

Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Verkehrsausschusses

Teil I – Verwaltungsvorlagen

11. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 31.01.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

- 4.2 Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz
hier: Ebenerdige Querung Ebertplatz zwischen Neusser Straße und Eigelstein
 DS-Nr.: 1604/005

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine direkte Fußläufigkeit zwischen Neusser Straße und Eigelstein herzustellen, d.h. entsprechend der Anlage 5 erfolgt die Fußgängerführung über einen markierten Fußweg auf der bestehenden Busfahrspur. Je eine Fahrtreppe mit Umkehrschaltung am Eigelstein und Neusser Straße wird erneuert. Vier Fahrtreppen werden ausgebaut sowie die ebenerdige Querung umgesetzt.

Sachstand zum 31.10.2011

Die Verwaltung hat auf Grundlage des Masterplans eine Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung des Ebertplatzes erarbeitet. Ein entsprechender Planungsbeschluss wurde vom Rat am 13.10.2011 gefasst. Der Beschluss wird bearbeitet.

Die im alten Beschluss geforderten Maßnahmen an den Fahrtreppen sind derzeit zurückgestellt.

Neuer Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

Im Zuge der Platzumgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans Innenstadt soll auch dieser Sachverhalt berücksichtigt werden. Die Konzepte sehen eine Aufgabe der Unterführung und somit einen Verzicht auf die Fahrtreppen vor.

TOP 5 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 5.1 Ausbau Oskar-Jäger-Straße (Aachener Straße – Widdersdorfer Straße)
 DS-Nr.: 0373/005

Beschluss (Rat am 14.02.2006):

Der Rat stimmt dem vorgelegten Entwurfsplan, Maßstab 1 : 1000, Blatt 1 und 2 (siehe Anlage), über den Ausbau der Oskar-Jäger-Straße in-

klusive der Nebenanlagen in dem Bereich zwischen der Aachener Straße und der Widdersdorfer Straße zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung mit der Umsetzung der Maßnahme

unter Berücksichtigung der von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen nachfolgend aufgeführten Änderungen

- ◆ Wegfall der zweiten Fahrspur und damit Verschiebung der Fahrspuren auf die Waschstraßenseite. Die zwei notwendigen Fahrspuren an der Kreuzung von der Stolberger Straße Richtung Melatengürtel können angelegt werden, dazu kann die Platane stehen bleiben und ein Buskap angelegt werden.
- ◆ Optimierung der Signalanlage gemäß dem Gutachten von Brenner+Münich
- ◆ Verzicht der zweiten Fahrspur auf der Oskar-Jäger-Straße vor dem Melatengürtel (von Aachener Straße kommend) zugunsten des Erhaltes der Grünanlage am Friedhof (1.000 Kfz. 15.00 – 19.00 Uhr).
- ◆ Führung des Radverkehrs auf der Oskar-Jäger-Straße vom Melatengürtel zur Aachener Straße auf der Fahrbahn mittels Fahrradstreifen.
- ◆ Erhalt des breiten Bürgersteiges vor dem Bezirksrathaus Lindenthal.
- ◆ Erhalt der Parkplätze auf der östlichen Seite der Oskar-Jäger-Straße zwischen Melatengürtel und Aachener Straße.

sowie der in der Anlage 9 erläuterten dreistreifigen Lösung

Sachstand zum 31.10.2011

Die Verwaltung hat sich um eine Zuschussfinanzierung aus dem Stadtverkehrsförderprogramm bemüht. Inzwischen stellte sich aber heraus, dass dies den Baubeginn unvermeidbar lange hinauszögern würde und zudem eine Förderung fraglich ist. Da die Finanzierung zudem im Haushalt mit 780.000 € gesichert ist, soll die Umsetzung nun in 2012 erfolgen.

Neuer Sachstand:

Die Ausführungsplanung wird derzeit abschließend bearbeitet. Die Verwaltung beabsichtigt, die Ausführungsplanung dem Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 30.10.2012 sowie den Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Sofern die politischen Gremien der vorgelegten Ausführungsplanung zustimmen, wird die Verwaltung die weiteren Schritte zur Bauvorbereitung und -ausführung kurzfristig durchführen.

- 5.4 Baubeschluss für den Umbau der U-Bahn-Haltestellen Appellhofplatz und Poststraße sowie Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushaltes im Hpl-UA 8200, Haushaltsstelle 950.6008.4, T Stadtbahnst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz – Bahnsteiganhebungen – DS-Nr.: 0070/006

Beschluss (Rat am 04.04.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und vorbehaltlich der Abrufbarkeit bewilligter Zuschüsse nach dem GVFG oder alternativ vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Ausnahme vom HSK verbunden mit der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit dem Umbau der U-Bahn-Haltestellen Appellhofplatz und Poststraße mit städtischen Gesamtkosten von 2.050.000,00 Euro ohne Grunderwerbskosten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 500.000,00 Euro Kassenmitteln aus Haushaltsausgaberesten des Hj. 2005 und die Freigabe von 500.000,00 Euro Kassenmitteln des Hj. 2006. Die Bereitstellung der Mehrausgabe in Höhe von 1.050.000,00 Euro erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit (s. Anlage 1).

Der Verkehrsausschuss und der Finanzausschuss nehmen die Sollumbuchung im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit zur Kenntnis.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Bahnsteiganhebungen sind abgeschlossen. An der Haltestelle Poststraße müssen noch im Nachgang brandschutztechnische Nachrüstungen erfolgen. Hierzu laufen Abstimmungen mit der KVB.

Neuer Sachstand:

Die brandschutztechnische Nachrüstung der Haltestelle Poststraße ist weiterhin Gegenstand einer intensiven Abstimmung mit der KVB. Hierzu erfolgte eine Mitteilung im Verkehrsausschuss am 14.06.2012 (Session-Nummer 2193/2012). Für Herbst 2012 wird ein Planungsbeschluss zur Umplanung der brandschutztechnischen Nachrüstung angestrebt.

- 5.5 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Rathaus
hier: Verlegung des Aufzuges in das „Rote Haus“, Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
DS-Nr.: 0212/005

Beschluss (Rat am 14.02.2006):

Der Rat beschließt die Verlegung des Aufzuges der Haltestelle Rathaus in das neu zu bauende Rote Haus gemäß Variante B (Anbindung der Ebenen Alter Markt und Rathaus).

Die erforderlichen Mehrkosten in Höhe von 2.840.000 Euro sind nach Abstimmung mit der Bezirksregierung nicht zuwendungsfähig nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und werden im Rahmen des § 7 des bestehenden Nord-Süd Stadtbahnvertrages finanziert. Ab Haushaltsjahr 2007 sind die Mittel in den jeweiligen Haushaltsplänen bereitzustellen.

Sachstand zum 31.12.2009:

Die Kosten wurden 2009 aktualisiert; im Übrigen ergibt sich kein neuer Sachstand.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Neuer Sachstand:

Vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen im Finanz- und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, das Grundstück "Rotes Haus" an einen Investor zu veräußern, wurden alle Planungen sofort gestoppt, die externen Büros wurden hierüber informiert, zur Zeit wird der Verkauf des Grundstücks vorbereitet.

12. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 21.03.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

- 4.1 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd-Stadtbahn
hier: Planungsbeschluss für die Umgestaltung Chlodwigplatz,
 Baustein 8
 DS-Nr.: 0062/006
hierzu auch
 Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.03.2006
 Suche nach einem neuen Linienweg und Endpunkt für die Buslinien
 132 und 133
 DS-Nr.: 0441/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung für die Neugestaltung des Chlodwigplatzes nach Fertigstellung der Nord-Süd Stadtbahn zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Ausarbeitung dieser Planung sowie der Durchführung der erforderlichen Abstimmungen und Verhandlungen mit der KVB AG und der Sicherstellung der Finanzierung

unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzungen/ Maßgaben:

- Der Abschnitt Bonner Straße wird von der Beschlussfassung ausgenommen.
- Die Haltestelle Chlodwigplatz in der Bonner Straße für die Linien 132/133 wird keine Endhaltestelle. Dadurch kann ein Buskap entfallen.
- Der Ausschuss bittet die Verwaltung, dem zu Folge alternative Linien-Führungen für die Buslinien 132 und 133 im Streckenabschnitt Bonner Wall bis Chlodwigplatz mit einem neuen Endpunkt der Linien für die Zeit nach der Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn zu *prüfen* und dem Verkehrsausschuss unter Beteiligung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Am östlichen Ende der oberirdischen Haltestelle Chlodwigplatz im Ubierring wird unmittelbar nach der Rampe ein Überweg zu beiden Ringseiten geschaffen.

Sachstand zum 31.12.2009:

Die Wiederherstellung der Kreisfahrbahn und angrenzender Nebenanlagen wurde Mitte Februar 2009 abgeschlossen. Die Buslinienführung am Chlodwigplatz und auf der Bonner Straße wurde im Rahmen der Maßnahme „Umgestaltung der Bonner Straße zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall“ abschließend geklärt und umgesetzt. Die Bonner Straße wurde in diesem Abschnitt Mitte November 2009 fertiggestellt. Die oberirdische Stadtbahnhaltestelle Chlodwigplatz im Ubierring und der Überweg östlich der Bahnsteige wurde Anfang Oktober 2009 in Betrieb genommen. Die Gestaltungsplanung der Platzfläche zwischen Severinstorburg und Kreisverkehr wird dem Verkehrsausschuss zu gegebener Zeit vorgelegt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand. Die Gestaltungsplanung der Platzfläche zwischen Kreisverkehr und Severinstorburg ist noch in der Entwicklung. Die Umgestaltung ist frühestens voraussichtlich ab Ende 2013 in Teilbereichen möglich.

Neuer Sachstand:

Am 09.02.2012 hat die Verwaltung interessierten Bürgern und Anwohnern in einer Informationsveranstaltung erste Planungsentwürfe vorgestellt. Es wurde vereinbart, ein Gremium Chlodwigplatz einzurichten, in dem Anwohner, Gewerbetreibende, Interessengemeinschaften und die Bezirksvertretung Innenstadt gemeinsam mit der Verwaltung Wünsche und Anregungen diskutieren und in die Planung einbringen können. Sitzungen haben bereits am 14.05.2012, 25.06.2012 und am 29.08. 2012 stattgefunden. Die Verwaltung wird den politischen Gremien voraussichtlich im 4. Quartal 2012 einen erweiterten Planungsbeschluss zur Entscheidung vorlegen.

13. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 02.05.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

- 4.1 Fahrrad- und fußgängerfreundliche Gestaltung der Haltestelle Heumarkt
DS-Nr.: 0075/006

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Haltestelle Heumarkt gemäß beigefügter Anlage 4, **Variante 4** umzugestalten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet im Rahmen des Freigabeverfahrens auf Wiedervorlage.

Sachstand zum 31.12.2009:

Die Überlegungen zur Schließung der Unterführung wurden bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zurückgestellt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Neuer Sachstand:

Die vom Verkehrsausschuss beschlossenen Anpassungen des ebenerdigen Überwegs sind abgeschlossen. Die Überlegungen zur Schließung der Unterführung wurden bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zurückgestellt.

- 4.7 Verschiedene Eingaben gegen die Einrichtung von Kreisverkehrsanlagen vor der Grundschule in Junkersdorf
(Az.: 02-1600-23/05 bzw. -26/05)
DS-Nr.: 0593/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss lehnt das Begehren der Bürger ab und bestätigt seinen Beschluss vom 18.01.2005 zum Ausbau der beiden Kreisverkehre Kölner Weg/Am Weidenpesch/Am Himmel/ Statthalterhofweg/Kirchweg.

Sachstand zum 31.12.2009:

Gemäß dem Beschluss, die Baumaßnahme auf die letzte Priorität zu setzen, ruht die weitere Bearbeitung zurzeit.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

- 4.9 Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP) des Landes Nordrhein-Westfalen
Ortsumgehung Zündorf (L 82)
DS-Nr.: 0689/006

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss bekräftigt nochmals seinen Beschluss zum Ausbau der Ortsumgehung Zündorf in höchster Priorität. Die Ortsumgehung Zündorf beginnt an der umgebauten Anschlussstelle Köln-Porz-Wahn (BAB 59) und endet an der Ranzeler Straße (L 82). Die Verwaltung wird gebeten, beim Land darauf hinzuwirken, *dass – ohne Etatsatz - die planerischen Voraussetzungen für einen Anschluss im Zusammenhang mit dem Ausbau der BAB 59 durch eine entsprechende Einstufung (in Stufe 2* des Bedarfsplanentwurfes für die Landesstraßenvorhaben) geschaffen werden können.*

Sachstand zum 31.12.2009:

Die verkehrliche Problematik im Bereich des Porzer Süden ist von der Verwaltung nochmals untersucht worden. Hierbei sind auch Lösungen angedacht, die eine verkehrliche Entlastung des Siedlungsraumes auch ohne die bisherige Planung der Umgehungsstraße Zündorf ermöglichen. Nach erfolgter Verwaltungsabstimmung sollen die Ergebnisse der Untersuchung in die politische Beratung eingebracht werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand, da die weitere Entwicklung auch von der Streckenführung und Anbindung der L 274n aus dem benachbarten Rhein-Sieg-Kreis abhängt.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

16. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, den 17.08.2006

TOP 5 **Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)**

- 5.1 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie außerplanmäßige Ausgabe im Hpl-Unterabschnitt 8200, Stadtbahn bei neuer Haushaltsstelle 950.6305.4 T Umbau Stadtbahnhaltestelle Severinstraße
DS-Nr.: 0775/006

Beschluss (Rat am 29.08.2007):

Der Rat ist mit der Planung zur Anhebung der Bahnsteige der oberirdischen Haltestelle Severinstraße (Stadtbahnlinie 3 und 4) auf 90 cm über Schienenoberkante einverstanden. Bei der weiteren Planung sollen folgende Varianten berücksichtigt werden:

Der nördliche Bahnsteig (Fahrtrichtung Poststraße) bleibt in der Lage unverändert.

Der südliche Bahnsteig (Fahrtrichtung Severinsbrücke) wird gegenüber heute um rund 25 m in Richtung Brücke verschoben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen, die Finanzierung sicherzustellen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 60.000,00 Euro bei neuer Haushaltsstelle 8200.950.6305.4 T Umbau Stadtbahnhaltestelle Severinstraße. Die Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben in Höhe von 60.000,00 Euro bei Haushaltsstelle 8200.950.7000.0 T Nachträglicher Einbau von Aufzügen.

Der Rat ist weiterhin mit den infolge dieser Planung ergebenden Auswirkungen auf den Bau der unterirdischen Haltestelle Severinstraße der Nord-Süd-Stadtbahn einverstanden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich im Bau.

Neuer Sachstand:

Die alten Bahnsteige wurden abgebrochen. Der Neubau der Bahnsteige (Beginn ca. Sommer 2013) erfolgt nach der Herstellung der Brücke über den Perlengraben.

18. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 31.10.2006

TOP 5 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 5.3 Planungsbeschluss zur Generalsanierung von sechs Stützmauern und zwei Straßenbrücken im Bereich zwischen Boltensternstraße und Slabystraße sowie erste Freigabe von Planungsmitteln im Hpl.-Unterabschnitt 6300, Gemeindestraßen bei Haushaltsstelle 6300.950.2075.0 – T Stützmauer Boltensternstraße/An der Schanz -, Hj. 2006
DS-Nr.: 1493/006

Beschluss (Rat am 14.11.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Sanierung der sechs Stützmauern und zwei Straßenbrücken im Bereich zwischen Boltensternstraße und Slabystraße.

Gleichzeitig beschließt der Rat die erste Freigabe von Planungsmitteln in Höhe von 100.000,00 EURO bei der Haushaltsstelle 6300.950.2075.0 – T Stützmauer Boltensternstraße / An der Schanz – im Haushaltsjahr 2006.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planung ist nach Abstimmung des Vertrags mit den Riehler Heimstätten in der Endabstimmung. Der Baubeschluss soll Anfang 2012 eingeholt werden.

Neuer Sachstand:

Der erste Bauabschnitt befindet sich in der Ausführung. Mit einer Fertigstellung ist im Herbst 2012 zu rechnen.

19. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 28.11.2006

TOP 5 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 5.5 1. Planungsbeschluss für die Maßnahme „Südliche Ringstrecke“ zwischen Ubierring/Mainzer Straße und Ulrepforte
 2. Überplanmäßige Ausgabe und zusätzliche Freigabe bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel und weitere Freigabe von Planungsmitteln bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 – Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung), Haushaltsjahr 2006
 DS-Nr.: 1747/006

Beschluss (Rat am 14.12.2006):

Der Rat ist mit der Aufnahme der Planung der Maßnahme „Südliche Ringstrecke“ zwischen Ubierring/Mainzer Straße und Ulrepforte einverstanden und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen, die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten und die Finanzierung sicherzustellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe von 38.000,00 € bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel sowie die Freigabe von Planungsmitteln und in Höhe von 29.000,00 € bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel und in Höhe von 33.000,00 € bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 – Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung), Haushaltsjahr 2006. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch Wenigerausgaben in Höhe von 38.000,00 € bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 - Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung).

Sachstand zum 31.10.2011:

Südliche Ringe Nord:
 Zurzeit werden die Zuschussanträge bearbeitet.

Südliche Ringe Süd:
 Inzwischen wurde ein Ingenieurbüro von der KVB mit der Signalplanung beauftragt. Nach Abschluss der Planung wird die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine Mitteilung zu den Konsequenzen des Beschlusses vom 01.12.2009 (TOP 4.3) vorlegen..

Neuer Sachstand:

Südliche Ringe Nord:

Der Knotenpunkt Karolinger Ring/Brunostraße wird zurzeit signaltechnisch überplant. Mit der Umsetzung wird in Kürze gerechnet.

Südliche Ringe Süd:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

20. Sitzung (3. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, den 14.12.2006

TOP 1 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 1.1 Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Zoobrücke in dem Streckenabschnitt zwischen BAB-Autobahnkreuz Köln-Ost bis Amsterdamer Str. (1. Stufe)
 DS-Nr.: 1755/006
 Änderungsantrag der Fraktion pro Köln vom 12. Dezember 2006
 DS-Nr.: 1918/006
 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14. Dezember 2006
 DS-Nr.: 1932/006

Beschluss (Rat am 14.12.2006):

Der Rat beschließt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Zoobrücke in dem Streckenabschnitt zwischen BAB-Autobahnkreuz Köln-Ost bis Amsterdamer Straße die Einrichtung einer kaskadenförmig angeordneten stationären Geschwindigkeitsüberwachung. Ziel ist es, bei einmaligen Investitionskosten von 200.000 EUR sowie laufenden Kosten von jährlich 110.700 EUR, Unfallhäufungen und Geschwindigkeitsüberschreitungen nachhaltig zu reduzieren.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung der Investitionskosten die Freigabe vorhandener Kassenmittel i. H. v. 128.000 EUR sowie eine überplanmäßige Mehrausgabe von 72.000 EUR bei Hst. 1120.950.1000.8; Herrichtung stationärer Geschwindigkeitskontrollen, mit Deckung aus Hst. 0210.936.0100.9, Ausstattung und Geräte anlässlich Umzüge, Hj. 2006.

Die erforderlichen Mittel zur Unterhaltung der Anlage sind im Hpl.-Entwurf 2007 bereits berücksichtigt.

mit der Ergänzung:

Der Rat beauftragt die Verwaltung ergänzend mit der Prüfung weiterer Unfallpräventionsmaßnahmen und Maßnahmen zur Verringerung der Stauerscheinungen auf der Zoobrücke bzw. auf der Abbiegespur zur Rheinuferstraße.

Hierbei ist insbesondere eine durch entsprechende Fahrbahnmarkierung zu schaffende zweiseitige Verkehrsführung auf der Rampenabfahrt zur Rheinuferstraße zu prüfen sowie darüber hinaus eine Führung des Verkehrs durch die vorhandene Schleife unter der Zoobrücke hindurch.

Die Ergebnisse sind dem Verkehrsausschuss umgehend vorzulegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Signaltechnische Anpassungen sind nur möglich, wenn die Rampe mit einer zweispurigen Führung umgestaltet werden kann. Die Untersuchungsergebnisse liegen noch nicht vor.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

22. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 13.03.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Neugestaltung des nördlichen Bahnhofsvorplatzes - Breslauer Platz nach Abschluss der Arbeiten an der Nord-Süd-Stadtbahn Ds-Nr.: 0731/006

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss nimmt die Planungsgrundlage für die Gestaltung des nördlichen Bahnhofsvorplatzbereiches – Breslauer Platz zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Variante 1 (Kreisverkehr und Radfahrstreifen) mit der weiteren Ausarbeitung dieser Planung.
2. Auf eine Wiederherstellung der Oberflächen in ihrer bis vor dem U-Bahn Bau vorhandenen Form durch die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) wird verzichtet. Eine Verrechnung der dafür veranschlagten Kosten mit den höheren, durch die Stadt Köln zu tragenden Kosten der Neugestaltung, ist anzustreben.
3. Die notwendigen Grundstücksverhandlungen mit den beteiligten Gesellschaften der Bahn AG sind durch die Verwaltung aufzunehmen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Neugestaltung der Straßenflächen und der nördlichen Nebenanlagen wurde von der KVB AG im Juni 2011 weitgehend abgeschlossen. Im Umfeld der U-Bahn-Einbauten (Aufzug, Ausgänge) werden bis Dezember 2011 kleinere Restarbeiten fertig gestellt. Die Ausbauplanung (unter anderem Fahrradabstellanlagen) wurde dem Verkehrsausschuss unter anderem am 07.12.2010 zur Beschlussfassung vorgelegt, die Vorlage Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens am 22.03.2011. Mit der Umgestaltung der Platzfläche wurde Ende Juli 2011 begonnen. In einem ersten Bauabschnitt wird die Platzfläche neben der Johannisstraße und entlang der Bahnhofsfassade umgebaut. In einem zweiten Bauabschnitt sollen dann in 2012 die Platzinnenfläche mit der Wasserdüsenanlage und die westlichen Teilflächen vor der DB-Anlieferung sowie eine Restfläche am Eigelstein umgestaltet werden.

Neuer Sachstand:

Der 1. Bauabschnitt wurde 2011 fertig gestellt. Mit dem 2. Bauabschnitt wird nach den Sommerferien 2012 begonnen, die Arbeiten werden voraussichtlich im Spätherbst 2012 abgeschlossen.

**4.5 Ausbau der Lützerathstraße (L358) zwischen Rösrather Straße (L284) und Rather Mauspfad (L73) inkl. Umgestaltung des Knotenpunktes Lützerathstraße/Rösrather Straße in einen Kreisverkehr
Ds-Nr.: 0039/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt den vorgelegten Ausbauplänen LP/8-808-2078 1 bis 7 zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme nach Sicherstellung der Finanzierung für den Bauabschnitt Rösrather Straße bis Lützerathstraße Hausnummer 113 nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und für den Bauabschnitt Lützerathstraße Hausnummer 113 bis Rather Mauspfad aus dem Erschließungshaushalt.

Abweichend von der vorgelegten Ausbauplanung sollen folgende Planänderungen eingearbeitet werden:

- Der Linksabbieger auf der Rösrather Straße in die Porzer Straße wird nicht separat markiert. Um den Verkehr nicht optisch aufzufordern, in die Porzer Straße einzufahren, soll hier nur eine überbreite Fahrspur hergestellt werden, die es ermöglicht, dass an einem auf den Gegenverkehr wartenden Kfz vorbeigefahren werden kann.
- Der Straßenquerschnitt der Lützerathstraße soll entgegen der vorliegenden Planung wie folgt aufgeteilt werden: Beidseitige Gehwege, einseitiges Parken und beidseitige Schutzstreifen für Radfahrer, die auf der Fahrbahn markiert werden. Hierdurch soll gewährleistet sein, dass entlang der Lützerathstraße ausreichender Parkraum für die Anlieger zur Verfügung steht. (Dieser Querschnitt wird aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ca. ab Höhe Hausnr. 26 möglich sein. Von der Rösrather Straße bis Hausnr. 26 ist aus Platzgründen nur eine Aufteilung in Fahrbahn und beidseitige Gehwege möglich.)
- Der Parkstreifen in Höhe der Einmündung Am Burgacker wird auf die gegenüberliegende Straßenseite verlegt. (Anmerkung: Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der freizuhaltenden Sichtdreiecke an den beiden Einmündungen und den bestehenden Zufahrten weniger Parkplätze als auf der gegenüberliegenden Seite möglich sind.)
- Des Weiteren ist an den Einmündungen Rather Kirchweg die Einrichtung zusätzlicher Querungshilfen für Fußgänger, Radfahrer und Reiter zu prüfen.
- Des Weiteren ist an den Einmündungen östlich der Gröppersgasse die Einrichtung zusätzlicher Querungshilfen für Fußgänger und Radfahrer zu prüfen.
- Alle Querungshilfen sollen, wenn möglich, mit einer Aufstellfläche für linksabbiegende Radfahrer kombiniert werden
- Die bestehende signalisierte Fußgängerquerung westlich der Einmündung Gröppersgasse soll an ihrem jetzigen Standort bestehen bleiben.

- Die geplanten Bäume innerhalb des Parkstreifens entlang der Wiese entfallen.
- Der Plan Nr. 7 bleibt wie bisher geplant bestehen, da hier der Anschluss an den vorhandenen einseitigen gemeinsamen Geh- und Radweg erfolgt.

Die Verwaltung wird gebeten:

- Die Grundstücks- und Eigentumsverhältnisse werden noch einmal genau überprüft. Bei eventuellen punktuellen Einengungen wird der Querschnitt entsprechend angepasst. Dies trifft insbesondere auf Hausnr. 20 zu.
- Für den Baum östlich Hausnr. 44 wird ein Fällantrag gestellt, da eine Gefährdung der Verkehrssicherheit besteht und ein voraussichtlicher Mangel an Standsicherheit nach erfolgter Ausbaumaßnahme zu erwarten ist. Für die nötigen Ausgleichsmaßnahmen ist zu sorgen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Alle gewünschten Änderungen wurden in die Planung integriert. Das Vergabeverfahren wurde eingeleitet, so dass mit einer Vergabe noch in 2011 zu rechnen ist.

Neuer Sachstand:

Mit der Baumaßnahme wurde am 19.03.2012 begonnen. Der Ausbau des Kreisverkehrs Rösrather Straße/Lützerathstraße ist abgeschlossen. Der Ausbau der Lützerathstraße erfolgt nun im Anschluss.

23. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 23.04.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Buslinienführung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz nach Fertigstellung der 1. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn Ds-Nr.: 0194/007

Beschluss:

Anstatt der vorgeschlagenen zwei Buskaps wird nur ein Buskap baulich hergerichtet. Dieses Buskap wird so gestaltet, dass zwei Busse hintereinander in das Buskap einfahren und dort halten können.

Damit Irritationen für die Fahrgäste vermieden werden, ist durch eine Signalisierung sicherzustellen, dass für die Fahrgäste jederzeit ersichtlich ist, welche Buslinie im vorderen und welche Buslinie im hinteren Bereich des Buskaps hält und abfährt und welches Ziel sie hat.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit der KVB dahingehend zu führen, dass die Tageszeitpläne so gestaltet werden, dass nicht zwei Busse gleichzeitig die notwendigen Pufferzeiträume im Buskap verbringen.

Sachstand zum 31.12.2009:

Die Anregung bezüglich der Ausbauf orm des Buskaps wurde im Rahmen der Ausführungsplanung Bonner Straße berücksichtigt und umgesetzt. Die Fahrgastinformationstechnik wird zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Nord- Süd Stadtbahn mit der KVB abgestimmt; entsprechendes gilt für die Tageszeitpläne.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Sachstand ist unverändert.

Neuer Sachstand:

Zurzeit ist die Belegung der Bushaltestelle so geregelt, dass die Buslinie 142, die seit Ende 2011 bis zum Chlodwigplatz verkehrt, an der vorderen Position ihre Wartezeit verbringt. Die Linien 106, 132 und 133 führen ihren Fahrgastwechsel im hinteren Bereich der Haltestelle durch. Die Verkehrsabwicklung funktioniert, sofern keine wartenden Pkw oder Lieferfahrzeuge die Zufahrt der Busse an die Haltestellenkante behindern oder erschweren. Da dies jedoch vor allem zu den Stoßzeiten häufiger vorkommt, hat die Bezirksvertretung Innenstadt im Anschluss an einen Ortstermin in ihrer Sitzung am 10.05.2012 beschlossen, die Endhaltestelle der Linie 142 zur Haltestelle Ubierring zu verlegen. Verwaltung und KVB kalkulieren derzeit die kostenseitige

gen Auswirkungen dieses Vorschlags und werden dem Verkehrsausschuss voraussichtlich im Herbst dieses Jahres eine Beschlussvorlage hierzu vorlegen.

24. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 12.06.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Optimierung von Lichtsignalanlagen entlang der Inneren Kanalstraße - Universitätsstraße

Ds-Nr.: 0030/007

Gemeinsamer Ergänzungsantrag der SPD- Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2007

Ds-Nr.: A/0274/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, neue signaltechnische Planungen für die 25 Lichtsignalanlagen auf dem Streckenzug Innere Kanalstraße – Universitätsstraße, von der Niehler Straße bis zur Straße Am Vorgebirgstor, zu erarbeiten und Zuschüsse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu beantragen.

mit folgenden Ergänzungen/Maßgaben:

1. Es ist grundsätzlich auf die Schaltung von Fußgänger-Anforderungsampeln zu verzichten. Sollte die Verwaltung nach Prüfung bei konkreten Übergängen anders agieren wollen, ist dies dem Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.
2. Die Ampelschaltung ist so einzurichten, dass mobilitätseingeschränkte Personen queren können.
3. Bei der Entwicklung der neuen signaltechnischen Planungen für die 25 Lichtsignalanlagen soll die potenzielle Buslinie mit einprogrammiert werden.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen, wo die Geschwindigkeit auf Tempo 50 km/h reduziert werden kann und die Ampelschaltung danach auszurichten.
5. Im Fall der Einrichtung einer Linksabbiegespur (Fahrtrichtung Zoobrücke) in die Vogelsangerstraße ist die Einziehung der Linksabbiegespur in die Venloer Straße zu prüfen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ausschreibung der verkehrstechnischen Untersuchung ist erfolgt, die Angebote wurden ausgewertet und das Vergabeverfahren wurde eingeleitet. Bestandteil der Beauftragung ist auch eine Präsentation der Untersuchungsergebnisse vor dem Verkehrsausschuss.

Neuer Sachstand:

Die Vergabe der Untersuchung ist noch nicht erfolgt. Die Radwegführungen werden derzeit überprüft bzw. überarbeitet.

- 4.6** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens**
2. Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushaltes
Hier: Hst. 6300.950.5048.4 - Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße
Ds-Nr.: 0500/007

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 214.000 € bei Hst.: 6300.950.5048.4, Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße, Hj. 2007

Sachstand zum 31.10.2011:

Aufgrund personelle Engpässe und dadurch erforderliche geänderte Prioritätensetzungen verzögert sich der Baubeginn auf 2012.

Neuer Sachstand:

Aufgrund der beabsichtigten Umsiedlung der AWB und der Feuerwehr Gießener Straße wird die Planung derzeit noch einmal überprüft.

25. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 14.08.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.8 Radwegnetzschluss parallel der Kaiserstraße in Köln-Porz-Urbach von der östlichen Seite des Brückenbauwerkes der DB bis zu den vorhandenen Radwegen in Höhe "Lidl-Markt" Ds-Nr.: 0703/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung - nach Sicherstellung der Finanzierung - den Radwegnetzschluss parallel der Kaiserstraße in Köln-Porz-Urbach von der östlichen Seite des Brückenbauwerkes der DB bis zu den vorhandenen Radwegen in Höhe „Lidl-Markt“ baulich herzustellen.

Gleichzeitig erkennt der Verkehrsausschuss den Bedarf für den Ausbau des Radwegnetzschlusses an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Porz uneingeschränkt zustimmt.

Sachstand zum 31.10.2011 :

Die TV-Befahrung der Sinkkastenleitungen ist mittlerweile abgeschlossen, so dass der konkrete Sanierungs-Aufwand in der Ausschreibung erfasst und das Vergabeverfahren gestartet werden kann. Die Realisierung wird dann in 2012 erfolgen.

Neuer Sachstand:

Die Bauvorbereitungen für die Sanierung der Kaiserstraße von DB-Unterführung bis Frankfurter Straße laufen weiter, die Ausschreibung wird vorbereitet, der Baubeginn wird in 2013 erfolgen. Im Zuge dieser Maßnahme erfolgt auch die Umsetzung des Radwegnetzschlusses.

26. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 11.09.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba Ds-Nr.: 0499/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage des Planfalles 2 (als Weiterentwicklung des Planfalles 1) die erforderlichen Abstimmungen und Verhandlungen sowie die Sicherstellung der Finanzierung herbeizuführen.

Sachstand zum 31.10.2011 :

In der Vorlage 4845/2010, "Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß Masterplan" gibt die Verwaltung einen Sachstandsbericht in Form eines Zeit- und Maßnahmenplans zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba. Beigefügt ist ein Ausschnitt aus der Vorlage:

"Die Umsetzung ist in drei Ausbaustufen vorgesehen, wobei sich die erste Ausbaustufe über die Jahre 2011 und 2013 in zwei Unterstufen gliedert. In der ersten Stufe 1a, deren Umsetzung für 2011 geplant ist, erfolgt die Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes. Die Seitenbereiche der Glockengasse Ost werden angepasst, ohne dass die Verkehrsführung geändert wird.

Die Parkmöglichkeiten in der südlichen Hälfte des Quartiers werden für Bewohner im Bereich des L.-Fritz-Gruber-Platzes aus Anlass der Umgestaltung überarbeitet. Mit Beginn der Umgestaltungsarbeiten für die Platzfläche werden die Bewohnerparkmöglichkeiten neu strukturiert. Dabei soll eine durch Verkehrserhebungen ermittelte und daher angemessene Anzahl von Stellplätzen ausschließlich für Bewohner reserviert werden. Die bisherige Konkurrenzsituation mit Nutzern der öffentlichen Stellplätze wird durch die Neuordnung vermieden und es wird sich damit ein verbessertes Parkraumangebot für Bewohner einstellen. Alle Anlieger des betroffenen Bereiches werden mit einem Informationsblatt zu Beginn der Neuregelung über die Änderungen im Einzelnen unterrichtet. Insgesamt wird sich die Parksituation für Bewohner mit der Neuregelung verbessern.

In der Baustufe 1b erfolgt die Änderung der Erschließung des Quartiers. Die Zufahrt in das Quartier über die Glockengasse/Brückenstraße wird geöffnet. Gleichzeitig wird die bisherige Zufahrt über die Breite Straße/Minoritenstraße geschlossen. Diese Änderung der Erschließung erfordert eine komplexe Umgestaltung des Kreuzungsbereiches mit der Tunisstraße, der im nachfolgenden Text erläutert wird.

In der Baustufe 2 ab 2013 ff soll die Fußgängerachse zwischen der Fußgängerzone Hohe Straße und Tunisstraße zum Fußgängerbereich umgestaltet werden. Detail-

planungen sowie Materialien werden noch festgelegt. Auch die Fußgängerachse vom Wallrafplatz zum Museum für angewandte Kunst soll fußgängerfreundlich gestaltet werden. In der nördlichen Hälfte des Quartiers wird ebenfalls das Parken neu geordnet.

Kurzfristig wird geprüft, inwieweit, durch Öffnung der Minoritenstraße und der Ludwigstraße/Richartzstraße für den Radverkehr in Gegenrichtung, vorab die Durchlässigkeit des Quartiers für den Radverkehr verbessert werden kann.

In der Baustufe 3 werden sich Platzkanten des Offenbachplatzes zur Tunisstraße und zur Glockengasse aufgrund der Neugestaltung des Opernquartiers ergeben."

Die Baustufe 1a befindet sich derzeit in der Bauvorbereitung. Der Baubeginn ist unmittelbar nach Karneval 2012 geplant.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich keine neuer Sachstand, da sich die Beschlussvorlage 4845/2010, "Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß Masterplan", noch in der politischen Beratung befindet.

27. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 23.10.2007

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.4 Planungsbeschluss für die Umrüstung weiterer Haltestellen der Stadtbahnlinie 5 in Ehrenfeld sowie Freigabe von Planungsmitteln im Hpl.-Unterabschnitt 8200, Stadtbahn bei Haushaltsstelle 950.6007.6 T Stadtbahnst. Lenauplatz.- Endhst. Ossendorf.- Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2007
3978/2007**

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planungen zur Umrüstung der Haltestellen Gutenbergstraße, Liebigstraße, Subbelrather Straße/Gürtel, Nußbaumerstraße, Margaretastraße und Rektor-Klein-Straße der Stadtbahnlinie 5 auf eine Bahnsteighöhe von 90 cm über Schienenoberkante aufzunehmen und nach Ausarbeitung und Abstimmung der Planung die Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicher zu stellen. Die abgestimmten Pläne der einzelnen Haltestellen werden dem Verkehrsausschuss vor der Beantragung der Genehmigungsverfahren jeweils zur abschließenden Beschlussfassung vorgestellt.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 100.000 Euro Kassenmittel des Hj. 2007 im Hpl.-UA 8200 bei Hst. 950.6007.6 T Stadtbahnst. Lenauplatz – Endhst. Ossendorf. - Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2007.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Haltestellen Gutenbergstraße, Liebigstraße und Margaretastraße sollen vorbehaltlich Baurecht und gesicherter Finanzierung im Jahr 2012 umgebaut werden. Weitere Haltestellenumbauten sollen sukzessive in den nächsten Jahren erfolgen.

Neuer Sachstand:

Der Umbau der Haltestelle Margaretastraße wird voraussichtlich Ende August abgeschlossen.

Der Umbau der Haltestelle Liebigstraße hat im Mai 2012 begonnen.

Der Umbau der Haltestelle Gutenbergstraße verzögert sich. Neuer Baubeginn ist voraussichtlich Mitte/ Ende September 2012.

28. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 27.11.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.6 Zukünftige Verkehrsführung des Chlodwigplatzes im Bereich zwischen der Severinstorburg und dem Kreisverkehr Chlodwigplatz 3265/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung, den Bereich des Chlodwigplatzes zwischen der Severinstorburg und dem Kreisverkehr Chlodwigplatz vom motorisierten Individualverkehr freizustellen und in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen (Variante 1) einzuführen:

1. Einrichtung der Fußgängerzone auf der gesamten Fläche des Platzes mit Ausnahme für das temporäre Laden und Liefern,
2. Drehung der Einbahnstraßenrichtung des Hirschgäßchen zwischen Severinstraße und Dreikönigenstraße in Richtung Rheinufer,
3. Schaffung eines Linksabbiegers von der Brunostraße zum Karolingerring in Richtung Chlodwigplatz und
4. Einrichtung der Taxistellplätze auf dem Karolingerring.
5. Drehung der Einbahnstraße Kartäuserwall in dem Abschnitt Kartäuserhof bis Ulrichgasse
6. Zweirichtungsverkehr von der Brunostraße bis zum Kartäuserhof, um eine Durchfahrt vom Severinstor bis zur Nord-Süd-Fahrt zu ermöglichen

Sachstand zum 31.10.2011:

Die KVB AG hat die Fläche zwischen den Baumreihen und der Severinstorburg zunächst provisorisch wieder hergestellt. Dort wurden ab Ende Juli 2011 die Baustelleneinrichtungsflächen für den Innenausbau der U-Bahn Haltestelle Chlodwigplatz eingerichtet. Die KVB AG hat diese Flächen in Abstimmung mit der Stadtverwaltung auf das unbedingt notwendige Maß reduziert, da Materiallagerung und -transporte zu einem großen Teil über die Tunnelröhren abgewickelt werden können.

Erst nach der Räumung dieser Flächen und nach Einstellung des Busverkehrs, der bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn weiterhin über die östliche Platzfläche fahren wird, können die Bushaltestellen zurückgebaut werden bzw. stehen alle Flächen für eine Umgestaltung zur Verfügung. Sollte der Stadtrat die von der KVB AG vorgeschlagene Teilbetriebnahme Süd beschließen, wäre ein Teilumbau des Chlodwigplatzes ohne die östliche Seite voraussichtlich frühestens 2014/2015 möglich. Hier wird mit der KVB AG aber noch eine Klärung herbeiführt, ab wann die Baustelleneinrichtungsflächen nicht mehr benötigt werden, so dass gegebenenfalls ein Teilumbau auch schon früher erfolgen könnte. Die Bearbeitung der Gestaltungskon-

zepte für die Platzfläche wird im Herbst 2011 fortgeführt mit dem Ziel, die Vorschläge noch in diesem Jahr der Politik und der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Drehung der Einbahnstraßenrichtung des Hirschgäßchen, die Schaffung eines Linksabbiegers von der Brunostraße zum Karolingerring in Richtung Chlodwigplatz sowie die Drehung der Einbahnstraße Kartäuserwall wird dann zeitgleich mit der Umgestaltung des Chlodwigplatzes umgesetzt.

Die Taxistellplätze auf dem Karolingerring wurden bereits im März 2010 eingerichtet.

Neuer Sachstand:

Am 09.02.2012 hat die Verwaltung interessierten Bürgern und Anwohnern in einer Informationsveranstaltung erste Planungsentwürfe vorgestellt. Es wurde vereinbart, ein Gremium Chlodwigplatz einzurichten, in dem Anwohner, Gewerbetreibende, Interessengemeinschaften und die Bezirksvertretung Innenstadt gemeinsam mit der Verwaltung Wünsche und Anregungen diskutieren und in die Planung einbringen können. Drei Sitzungen haben am 14.05., 25.06.2012 und am 29.08.2012 stattgefunden. Die Verwaltung wird voraussichtlich im 4. Quartal 2012 den politischen Gremien einen erweiterten Planungsbeschluss zur Entscheidung vorlegen. Die begleitenden Maßnahmen wie z. B. der Umbau des Knotens Brunostraße/Karolingerring werden voraussichtlich in 2013 durchgeführt.

5.6 P+R-Palette in Porz-Wahn 0600/2007

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Verwaltungsvereinbarung über den Bau einer P+R-Palette in Porz-Wahn mit der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (SRS) sowie der KVB abzuschließen. Danach errichtet die SRS die P+R-Palette und beantragt Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die Stadt beteiligt sich an den Investitionskosten in Höhe von 25 % der zuwendungsfähigen und aller nicht zuwendungsfähigen Kosten aus Mitteln des Stellplatzablösebudgets.

Der städtische Zuschuss in Höhe von 925.000,00 € ist über den Veränderungsnachweis zum Hpl.-Entwurf 2008, im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und –anlagen, einzustellen.

Die Stadt übernimmt die Kosten der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht von jährlich ca. 40.000,00 € längstens bis zur Neuregelung der Zuständigkeiten für die Er- und Unterhaltung aller P+R-Anlagen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Sachstand ist unverändert. Der erforderliche Grunderwerb konnte noch nicht abgeschlossen werden. Über den von der Stadt gestellten Antrag auf Freistellung des Grundstücks von Bahnbetriebszwecken (Entwidmung) hat das Eisenbahnbundesamt

noch nicht entschieden. Ergänzend wird auf die Mitteilung der Verwaltung an den Verkehrsausschuss zur Sitzung am 28.06.2011 verwiesen (2382/2011).

Neuer Sachstand:

Das Eisenbahn-Bundesamt hat das Grundstück mit Bescheid vom 11.05.2012 von den Bahnbetriebszwecken freigestellt. Der erforderliche Grunderwerb konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert.

29. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 15.01.2008

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg 3105/2006

Beschluss (Rat am 29.01.2008):

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 4 (vierspurige Lösung vom Verteilerkreis Süd bis Bayenthalgürtel und zweispurige Lösung von Bayenthalgürtel bis Brühler Straße) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage im Bereich des Verteilerkreises Köln-Süd weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Stadtvorstand hat am 08.02.2011 entschieden, die 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn in städtischer Eigenregie abzuwickeln. Der Rat hat daraufhin am 07.04.2011 unter TOP 10.14 die Vorlage „Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen- / Personalbedarf“ (Session-Nr. 0439/2011) beschlossen.

Beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau (69) wurde daraufhin eine Projektgruppe zur Bearbeitung der 3. Baustufe eingerichtet, die zum 01.07.2011 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Teilprojektleitung für den Straßenbau wird durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik (66) wahrgenommen.

Mit den vorliegenden Entwürfen wurden seitens 69 mit allen Eigentümern der von der Planung betroffenen Gebäude Gespräche organisiert, um die Verkaufsbereitschaft zu eruieren und das Betretungsrecht für die Wertermittlungen sicherzustellen. Die genaue Anzahl der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke kann erst nach Vorlage einer detaillierteren Planung ermittelt werden, deren Vergabe zurzeit läuft. Hiervon abhängig ist auch die Fortsetzung der Verhandlungen über den Ankauf benötigter Grundstücke.

Hinsichtlich der genauen Lage einer P+R-Anlage am Verteiler hat der Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 28.06.2011 die Variante D (Tennisplatz) als Standort beschlossen. Deren Ausgestaltung ist ebenfalls Bestandteil der weiteren und in der Vergabe befindlichen Planung.

Neuer Sachstand:

Nachdem in 2011 mit allen Eigentümern der von der Planung betroffenen Gebäude Gespräche organisiert wurden, konnten in 2012 weitere Wertermittlungen durchgeführt werden und die Verkaufsverhandlungen mit den Eigentümern beginnen.

Am 21. August 2012 erfolgte die Beauftragung der Leistungen der Generalplanung, so dass voraussichtlich Ende 2012 eine erste Detailplanung und damit die genaue Anzahl der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke vorliegen wird. Erst dann können die Verhandlungen für den Ankauf der benötigten Grundstücke beginnen.

Ziel ist es, die Planfeststellung in 2013 einzuleiten.

30. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 19.02.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Ergänzende Verkehrsuntersuchung für das Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Ehrenfeld 4533/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die vorgelegte Untersuchung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die weitere Planung für die Verkehrserschließung des Gewerbegebietes Braunsfeld/Ehrenfeld auf der Grundlage der Planvariante 4 durchzuführen.

Für die Knoten Aachener Straße/Militärringstraße, Stolberger Straße/Militärringstraße und den Bereich Widdersdorfer Straße/Vitalisstraße/Josef-Lammerting-Allee sind Detailplanungen zu erstellen. Die Planungen Aachener Straße und Stolberger Straße/Militärringstraße sind mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abzustimmen. Das für den Bau erforderliche Planrecht soll über ein Planfeststellungsverfahren gesichert werden. Die Finanzierung ist zu sichern.

Auf der nord-östlichen Rampe zwischen Aachener Straße und Militärringstraße soll der Linksabbieger auf die Militärringstraße erhalten bleiben.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planfeststellungsunterlagen wurden bei der Bezirksregierung eingereicht.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

31. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 03.04.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67410/10 Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg 4672/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss schließt sich der Empfehlung der Bezirksvertretung Rodenkirchen an und bittet die Verwaltung, noch vor dem Satzungsbeschluss Maßnahmen gegen den Schleichverkehr über die Gerhard-vom-Rath-Straße und Raderberger Straße sowie für eine Verbesserung der Verkehrsprobleme im gesamten Bereich vorzulegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Aufgrund eingeschränkter personeller Ressourcen konnten und können die notwendigen Verkehrserhebungen bisher nicht durchgeführt werden.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung hat zu diesem Beschluss eine Zwischenmitteilung (4643/2008) zur Sitzung am 02.12.2008 gefertigt.

Eine Baustelle im Bereich Bonner Straße/Markstraße/Schönhauser Straße hätte die gewünschte Untersuchung verfälscht. Mittlerweile wurde diese Baumaßnahme abgeschlossen. Die Verwaltung plant, zeitnah aktuelle Verkehrserhebungen durchzuführen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.2 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Heumarkt hier: Durchführung des Hauptsammlers Mitte durch das Haltestellenbauwerk 1256/2008

Beschluss (Rat am 24.04.2008):

Der Rat beschließt, den Hauptsammler Mitte entgegen der bisherigen Beschlusslage vom 18.12.2003 in einem Rohr mit zusätzlichem Bypass-Rohr durch die Haltestelle Heumarkt zu führen, um eine angemessene Gestaltung der Haltestelle mit größtmöglicher Sicherheit und Sozialkontrolle zu ermöglichen. Mit Unterstützung der Stadtentwässerungsbetriebe Köln besteht nunmehr die Möglichkeit dieser alternativen Ausführung.

Die investiven Mehrkosten in Höhe von 650.000 Euro sind aufgrund der Kostendeckelung durch Zuwendungen nicht mehr abgedeckt und werden im Rahmen des zwischen Stadt und KVB geschlossenen Nord-Süd Stadtbahnvertrages finanziert. Diese Mehrkosten sowie die durch die Änderung der baulichen Ausführung begründeten Folgekosten sind von der Stadt zu übernehmen.

Ein Verzicht auf die Führung des Hauptsammlers durch die Haltestelle Heumarkt wird wegen der sehr hohen Kosten nicht weiter verfolgt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung durch die KVB AG.

Neuer Sachstand:

Hauptsammler und Bypass sind im Rohbau fertig gestellt und werden im Rahmen der Ausbauarbeiten der Haltestelle Heumarkt vollendet.

34. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 02.06.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Busnetz im Teilraum Rechtsrheinisch Nord 1180/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Umsetzung des in Anlage 1, Nr. IV dargestellten Busnetzes für den Teilraum Rechtsrheinisch Nord (Stadtbezirke Kalk und Mülheim sowie Stadtteil Deutz) zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008

mit folgenden Ergänzungen:

- Bezirk Innenstadt

Für das Eduarduskrankenhaus und Seniorenheim in Deutz ist der Rufbus auszuprobieren. Dem Verkehrsausschuss sind schriftlich die Vor- und Nachteile darzulegen, wenn die Buslinie 150 durch 155 ersetzt wird.

Die Gebrüder-Koblenz-Straße und das Eduarduskrankenhaus sind durch einen Rufbus an den ÖPNV für eine Probephase von 2 Jahren anzubinden.

Die Verwaltung wird gebeten, den Vorschlag, die Buslinie 150 weiterzuführen (über den Gotenring, Suevenstraße, Endhaltestelle Suevenstraße, Alemannenstraße, Alarichstraße, Gotenring), zu prüfen.

- Bezirk Kalk

Die Verwaltung wird beauftragt, in das Konzept zur Weiterentwicklung des Busnetzes "rrh. Nord" eine konkrete Lösung für die Merheimer Gärten (ehem. Madausgelände) mit aufzunehmen. Sie soll bezüglich einer möglichen Anschubfinanzierung kurzfristig Gespräche mit der KVB unter Beteiligung potentieller Sponsoren, insbesondere der Bauträger und Investoren, führen. Die Realisierung des Angebotes soll möglichst schon zum Fahrplanwechsel 2008/2009 erfolgen. Weiter soll geprüft werden, inwieweit die eventuellen Mehrkosten durch Einsparung von Haltestellen, u. a. in Merheim und eine weitere Optimierung der Ampelschaltung Rösrather Str. / Frankfurter Str. reduziert werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzungen und Lichtsignalanlagen im Rahmen der geplanten Umgestaltung der Kalker Hauptstraße soll eine geänderte optimierte Linienführung der Buslinie 159 im Sinne der BV Kalk-Beschlusses vom 17.04.2008 mittelfristig realisiert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Angebotsausweitung auf der Linie 154 im Abendverkehr konkret zu prüfen. Dazu soll nach 20:00 Uhr ein Rufbus-Verkehr im 60-Minuten Takt zwischen den Stadtteilen Dellbrück, Brück und Rath/Heumar ggf. mit

Anschluss an den Abendverkehr in Porz eingerichtet werden. Die Verwaltung soll die Kosten für die Angebotsausweitung ermitteln und zugleich prüfen, ob diese Kosten durch Reduzierungen des Angebotes der Linie 154 (z. B. Einführung des Rufbussystems auch in den frühen Morgenstunden oder am Sonntagmorgen) erwirtschaftet werden kann.

Vor einer Umstellung der bisherigen Linie 158 auf das Rufbus-System sollen Verwaltung und KVB rechtzeitig in geeigneter Weise (z. B. durch Presseinformation, Aushänge an Haltestellen und in den eingesetzten Fahrzeugen) über die Systemumstellung informieren

Die von der Verwaltung im Hinblick auf eine verbesserte Anbindung des Stadtteils Vingst für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste in Erwägung gezogene Veränderung der Linienführung der Linie 153 über die Haltestelle Frankfurter Straße lehnt die Bezirksvertretung Kalk als nicht zielführend ab. Eine wirkliche barrierefreie Anbindung des Stadtteils Vingst insbesondere an die Innenstadt und das Mittelzentrum Kalk ist nur durch eine vorrangige Priorisierung der Ausrüstung der U-Bahnhaltestelle Vingst mit Aufzügen erreichbar. Bei der Bewertung sind eben nicht nur die Nutzerfrequenzen zu berücksichtigen, sondern auch die Tatsache, dass im Gegensatz zu der Haltestelle Kalk Post im Stadtteil Kalk für die Vingster Bürger keine Alternativen bestehen und es in Vingst eine besondere Dichte an Senioreneinrichtungen und auch Müttern mit Kleinkindern gibt.

Sachstand zum 31.10.2011:

1. Dem Verkehrsausschuss hat in der Sitzung am 10.05.2011 eine Beschlussvorlage zur Aktualisierung der Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachschrüstungen im 1. Durchgang vorgelegen. Die Aufzugsnachschrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst soll demnach vorrangig bearbeitet werden. Die Variantenuntersuchung und der Planungsbeschluss wurden vom Rat am 24.11.2011 gefasst (siehe Session-Nr.: 2004/2011).
2. Das Angebot mit bedarfsorientierten Verkehren (AST, RufBus) wird im Rahmen der Erstellung des neuen Nahverkehrsplans überprüft.

Neuer Sachstand:

Die RufBus-Linie 188 wird nach vierjährigem Betrieb wieder eingestellt, da das Seniorenheim in der Gebrüder-Coblenz-Straße nicht mehr existiert und die Nutzerzahlen seither gegen Null tendieren (vgl. Mitteilung zum Verkehrsausschuss am 08.05.2012, Session-Nr. 1621/2012).

Zur Buslinienführung über die Dillenburger Straße hat der Rat am 28.06.2012 nach Vorberatung durch den Verkehrsausschuss und die Bezirksvertretung Kalk eine gegenüber dem Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 17.04.2008 geänderte Führung beschlossen. Demnach wird die Buslinie 150 ab Dezember 2012 über ihren bisherigen Endpunkt Bf Deutz/Messe hinaus und unter Bedienung des Bereichs Kalk-West/Odysseum bis zur Dillenburger Straße verlängert. Ihren Endpunkt erhält die Linie gemäß Beschluss in der Heinrich-Bützler-Straße. Damit ist dieser Teil des Beschlusses ebenfalls erledigt.

36. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 19.08.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Straßenumbau Maarweg zwischen Scheidtweilerstraße und Aachener Straße im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemals "Möbel Buch" 1012/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung, den Bau des zusätzlichen Fahrstreifens im Maarweg zum Rechtsabbiegen in die Aachener Straße umzusetzen.

mit dem Zusatz:

Die Verwaltung wird gebeten,

- die Anregungen aus der heutigen Sitzung zur Radwegeführung vom Maarweg über die Aachener Straße in die Kitschburger Straße

und darüber hinaus

- die Ergänzung der BV Lindenthal
„Auf der Kitschburger Straße wird in Richtung Aachener Straße von der Friedrich-Schmidt-Straße und von der Aachener Straße bis zur Christian-Gau-Straße eine Radspur (unterbrochene weiße Linie, erlaubt zum Überfahren) angelegt.“

zu prüfen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme wird im Zusammenhang mit der Untersuchung zum Frischezentrum überprüft.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

4.2 Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven 2491/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung für den vierspurigen Ausbau der Frankfurter Straße zwischen Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Gremberghoven, inkl. der Erweiterung der Steinstraße um einen zusätzlichen Geradeausfahrstreifen am Knotenpunkt Frankfurter Straße/Steinstraße Richtung Osten und einen zusätzlichen Verflechtungsfahrstreifen auf dem Maarhäuser Weg zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die weitere Entwurfsplanung zu erstellen und Gespräche mit der Bewilligungsbehörde über die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aufzunehmen. Das für den Ausbau notwendige Baurecht soll durch ein Planfeststellungsverfahren hergestellt werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das Ingenieurbüro Kocks Consult GmbH stellt zur Zeit die Plangenehmigungsunterlagen für die Beantragung des Planfeststellungsverfahrens bei der Bezirksregierung Köln zusammen. Hierzu werden die Ergebnisse aus den Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, den Stadtentwässerungsbetrieben, den Fachämtern und dem Ergebnis aus dem Lärmgutachten in die Planung eingearbeitet. Im Vorgriff auf die Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren fand eine Bürgerinformationsveranstaltung im Bezirksamt Porz statt. Die hier eingebrachten Anregungen und Hinweise sind bereits in die Planung eingeflossen. Das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster hat bereits alle betroffenen Grundbesitzer angeschrieben und bereitet entsprechende Abtretungsverträge vor.

Neuer Sachstand:

Die Ergebnisse aus den Abstimmungen und den Gutachten sind in die Planunterlagen eingearbeitet. Die letzten Verhandlungen zum Grunderwerb stehen an. Die Planfeststellungsunterlagen werden angepasst.

4.5 Einrichtung eines Turbo-Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Emdener Straße/Causemannstraße in Köln-Merkenich 0763/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung, an dem Knotenpunkt Emdener Straße/Causemannstraße einen Turbo-Kreisverkehr einzurichten.

Sachstand zum 31.10.2011:

Aufgrund personeller Engpässe und dadurch erforderlichen geänderten Prioritätensetzungen musste die Bearbeitung dieser Baumaßnahme in das Jahr 2012 verschoben werden.

Neuer Sachstand:

Vorbereitende Arbeiten zur Aufstellung eines Leistungsverzeichnisses sind erledigt. Da die Leistungsphasen 6 bis 8 an ein Ingenieurbüro vergeben werden sollen, ist ein Vertrag bereits vorbereitet, aber noch nicht unterzeichnet worden. Aufgrund der Erkenntnisse aus den vorbereitenden Arbeiten ergab sich eine Erhöhung der Kostenschätzung, sodass Mittel nachgefordert werden müssen.

**4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss
hier: Bedarf an Beratungsleistung zur Vorbereitung eines Vergabeverfahrens bei der Übertragung aller Leistungen im Bereich der Beleuchtung öffentlicher Straßen in Köln
2072/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf an einer Beratungsleistung zur Vorbereitung eines Vergabeverfahrens bei der Übertragung aller Leistungen im Bereich der Beleuchtung öffentlicher Straßen in Köln fest. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Stadtvorstand hat am 12.10.2010 das Gutachten zur Kenntnis genommen und die Kämmerei mit der Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung des zentralen Vergabebeamten, des Rechts- und Versicherungsamtes und des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sowie Vertretern der RheinEnergie AG zur Ausarbeitung einer vergaberechtlich unbedenklichen Organisation der Straßenbeleuchtung unter Berücksichtigung des von LUTHER erstellten Gutachtens beauftragt.

Eine erste interne Zusammenkunft der Fachämter unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes stellte allerdings die eigentumsrechtliche Klärung unabdingbar vor die weiteren Überlegungen. Hierzu wurde im April 2011 Luther mit der Erstellung eines weiteren Gutachtens beauftragt. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, jedoch wurde der RheinEnergie AG durch LUTHER zur Erfüllung dieses Auftrages ein Fragenkatalog zugesandt, dessen Beantwortung durch RheinEnergie in der noch zu terminierenden ersten gemeinsamen Arbeitskreissitzung unter Moderation von LUTHER erfolgen soll.

Neuer Sachstand:

Das Ergebnis zur weiteren Beauftragung der öffentlichen Straßenbeleuchtung bei der Stadt Köln liegt inzwischen vor. Demnach ist die RheinEnergie in jeglicher Hinsicht Eigentümerin der Beleuchtungseinrichtungen.

Nach verwaltungsinterner Abstimmung erfolgt eine Ratsvorlage, mit der die weitere Direktvergabe der öffentlichen Straßenbeleuchtung an die RheinEnergie beschlossen werden soll.

**4.7 Ausbau des Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Ranzeler Straße (L 82)/Loorweg (K 22)/Anker-gasse/Hauptstraße in Köln-Porz/Zündorf so-wie Teilausbau der Ranzeler Straße/Loorweg in den Abschnitten des neuen Wohngebietes
2357/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung - nach Sicherstellung der Finanzierung – den Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Ranzeler Straße/Loorweg/ Anker-gasse/Hauptstraße in Köln-Porz-Zündorf sowie den Teilausbau der Ranzeler Stra-ße/Loorweg in den Abschnitten des neuen Wohngebietes baulich umzusetzen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Durch personelle Engpässe verzögert sich der Baubeginn auf 2012.

Neuer Sachstand:

Die personelle Situation hat sich entspannt, so dass die Bauvorbereitung in Angriff genommen wurde. Eine Realisierung in 2013 ist vorgesehen.

**4.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung auf das Vergabever-fahren
Sanierung des Gehwegbereiches Leostraße in Köln-Ehrenfeld
2872/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Gehwegschäden im Bereich der Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße fest und beauf-tragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ausschreibungsunterlagen sind nach Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes und Einarbeitung der Anmerkungen fertig gestellt. Die Maßnahme ist im Haushaltsplan-entwurf für 2012 veranschlagt. Die entsprechende Beschlussvorlage hat die entspre-chenenden Gremien bereits passiert. Der Baubeginn ist für März 2012 anvisiert.

Neuer Sachstand:

Die Baumaßnahme befindet sich in der Vergabephase. Es ist vorgesehen, nach Si-cherstellung der Finanzierung mit den Bauarbeiten im 4. Quartal 2012 zu beginnen.

**4.11 Ausbau der Steinstraße vom Kreisverkehr Urbacher Weg/Deutzer Weg bis zur Einmündung Hauptstraße sowie eines Teilbereiches der Hauptstraße von ca. 50 m in südlicher Richtung bis ca. 310 m in nördlicher Richtung in Köln-Porz, 2. Bauabschnitt
2966/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Planung zum Umbau der o.g. Teilabschnitte der Steinstraße und der Hauptstraße zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung mit dem Ausbau.

Sachstand zum 31.10.2011:

In Folge eines Beschlusses der Bezirksvertretung Porz vom 05.10.2010, TOP 2.1 ("Die Verwaltung wird gebeten, an dieser Stelle die Einrichtung eines Kreisverkehrs unter Berücksichtigung eines Minikreisels erneut zu prüfen und der BV Porz bis zur nächsten Sitzung eine Einschätzung hinsichtlich der Auswirkungen auf die bestehende Planung - zeitlicher Verzug, Kosten, Raumbedarf - zur Verfügung zu stellen.") musste die Planung überarbeitet werden. Mit einem Baubeginn ist voraussichtlich in 2012 zu rechnen.

Neuer Sachstand:

Die Planung wurde an den Ausbau übergeben, ebenso die in Folge eines Ergänzungsantrages erforderliche Planung des Minikreisels im Kreuzungsbereich Steinstraße/Dülkenstraße/ Josephstraße. Die Bauvorbereitung der Maßnahme wird nun entsprechend der vorhandenen Personalkapazitäten begonnen, ein Baubeginn ist jedoch nicht vor der zweiten Jahreshälfte 2013 möglich.

**4.14 Regionale 2010 - Projekt "mobil-im-rheinland"
5093/2007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Projekt „mobil-im-rheinland“ im Rahmen der Regionale 2010 inhaltlich weiter zu bearbeiten, das Projekt weiterhin federführend für die Region Köln/Bonn zu betreuen und die Finanzierung für die weiteren Arbeitsschritte und Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Köln sicherzustellen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Finanzierung der Maßnahmen innerhalb von mobil-im-rheinland, die dem Verkehrsausschuss am 19.08.2008 vorgestellt wurden, sind durch den Doppelhaushalt 2010/2011 gesichert und darüber hinaus für die Haushaltsplanentwürfe bis 2014 vorgesehen. Weiterhin wurden die entsprechenden Ausschreibungs- und Vergabever-

fahren eingeleitet, so dass nach derzeitigem Zeitplan die jeweiligen Beauftragungen in 2011 erfolgen werden.

Zur Sicherstellung des fortlaufenden Betriebs von mobil-im-rheinland fasste der Stadtvorstand am 16.08.2011 einen entsprechenden Beschluss.

Die Finanzierung durch das Land und die Personalbereitstellung der kommunalen Partner ist inzwischen gesichert.

Neuer Sachstand:

Die Finanzierung von mobil-im-rheinland ist weiterhin gesichert. Hierzu besteht kein neuer Sachstand. Das Projekt hat inzwischen die Arbeit beim VRS aufgenommen, der mobil-im-rheinland mit Wirkung vom 01.01.2012 als Projektträger übernommen hat. Der Projektleiter ist allerdings zunächst weiterhin bei der Stadt Köln beschäftigt, weil zu den Personal - Übernahmeregelungen dieser Person verwaltungsintern bisher kein Einvernehmen erzielt wurde.

40. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 28.10.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Verkehrsgutachten Sanierung der Kölner Rheinbrücken 3838/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Erstellung eines Verkehrsgutachtens zur Sanierung der Kölner Rheinbrücken fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Simulationsberechnungen werden gemäß der verkehrstechnischen Anforderungen sukzessive abgearbeitet. Neben den Rheinbrücken werden auch die Verkehrssimulationen für die Generalsanierung der 7 Straßentunnel in Abhängigkeit der Brückensanierung in diesem Auftrag abgewickelt. Die Erfüllung des Auftrages wird noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung hat unter anderem dem Verkehrsausschuss zu seiner Sitzung am 27.09.2011 eine entsprechende Mitteilung (1652/2011) vorgelegt.

4.8 Sachstand Internetservice "Pendlernetz.de" 4231/2008

Beschluss:

Die Verwaltung beendet im Rahmen des Sonderkündigungsrechtes das Vertragsverhältnis mit dem Hersteller der Software „Pendlernetz.de“ und geht im Gegenzug eine Kooperationsvereinbarung zur Neuorientierung des Netzwerkes Pendlernetz NRW unter Federführung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr ein.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Pendlerbörsen mitpendler.de und pendolaris.de sind als selbstständige Internetportale im städtischen Internetauftritt weiterhin aufgelistet. Sie sind erreichbar über stadt-koeln.de/4/verkehr unter „Interessante Links - Mitfahrgelegenheiten und Pendlerportale“. Die Stadt Köln ist Mitglied der Arbeitsgruppe mitpendler.de und nimmt an den jährlichen Marketingaktionen für das Portal teil. Leider ist der Nutzungsgrad ver-

schwindend gering. Die AG arbeitet an einer Kooperation aller Pendlerbörsen unter einer bundesweit einheitlichen Dachmarke.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand. Bei den Pendlerportalen gab es keine Veränderung, beide Portale werden weiterhin auf der städtischen Internetseite beworben. Die Verwaltung ist immer noch bei "mitpendler.de" in der Arbeitsgruppe aktiv tätig und auch weiterhin zahlendes Mitglied.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.6 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der Richtlinie
für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006)
hier: Erweiterter Planungsbeschluss
3863/2008**

Beschluss (Rat am 13.11.2008):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der RABT 2006 und der Vorbereitung der Ausschreibung. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes - Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV - Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die erforderlichen Ingenieurbüros sind beauftragt und bearbeiten die Planung zur Generalsanierung der 7 Straßentunnel seit Mai 2010. Die Planung der ersten beiden Tunnelbauwerke, Tunnel Grenzstraße und Tunnel Herkulesstraße befinden sich in der Entwurfsphase. Im Herbst sollen die jeweiligen Baubeschlüsse eingeholt werden. Mitte 2012 kann mit der Sanierung begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Zurzeit laufen die Planungen zu den Tunnelbauwerken Tunnel Grenzstraße, Tunnel Herkulesstraße und Tunnel Am Domhof.

Mit den Sanierungsarbeiten des Tunnels Grenzstraße soll im Mai 2013 begonnen werden.

Der Tunnel Herkulesstraße befindet sich in der Entwurfsphase. Es ist beabsichtigt mit den Arbeiten Ende 2013 zu beginnen, vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse sowie der Bereitstellung zusätzlichen Personals.

Der Tunnel Am Domhof wird in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe „Umgestaltung des östlichen Dombereichs“ bearbeitet.

**5.7 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes
4190/2008
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2008
AN/2171/2008**

Beschluss (Rat am 13.11.2008):

Der Rat nimmt die Ausführungs- und Gestaltungsplanung des Breslauer Platzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

1. die notwendigen Abstimmungen mit der KVB fortzuführen, mit dem Ziel, den Ausbau der Verkehrsflächen (Maximinenstraße, nördliche Nebenanlagen und Kreisverkehr Johannisstraße/Goldgasse) im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn ab November 2008 - 2010 durchzuführen. Die Materialien aus dem Gestaltungskonzept sollen dabei verwendet werden.
2. zu prüfen, ob auf eine Signalisierung an den Fußgängerüberwegen Domstraße und Altenberger Straße verzichtet werden kann. Voraussetzung ist eine Zustimmung der Behindertenverbände.
3. die Umsetzung einer Wasserdüsen-/Brunnenanlage auf der zentralen Platzfläche weiter zu verfolgen und die Planungen den Gremien des Rates vorzulegen.
4. die Umgestaltung der Platzflächen nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen.
5. die erforderlichen Vereinbarungen mit der Bahn AG abzuschließen, mit dem Ziel, die DB-Kurzzeitparkplätze auf dem Gelände unter den Gleisanlagen und Teilen des ehemaligen Ämtergebäudes oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz auszubauen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Neugestaltung der Straßenflächen und der nördlichen Nebenanlagen wurde von der KVB AG im Juni 2011 weitgehend abgeschlossen. Im Umfeld der U-Bahn Einbauten (Aufzug, Ausgänge) werden bis Dezember 2011 kleinere Restarbeiten fertig gestellt. Die Ausbauplanung (unter anderem Fahrradabstellanlagen) wurde dem Verkehrsausschuss am 07.12.2010 zur Beschlussfassung vorgelegt, die Vorlage Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens am 22.03.2011. Mit der Umgestaltung der Platzfläche wurde Ende Juli 2011 begonnen. In einem ersten Bauabschnitt wird die Platzfläche neben der Johannisstraße und entlang der Bahnhofsfassade umgebaut. In einem zweiten Bauabschnitt sollen dann in 2012 die Platzinnenfläche mit der Wasserdüsenanlage und die westlichen Teilflächen vor der DB-Anlieferung und ein Restfläche am Eigelstein umgestaltet werden. Ein Ausbaupvertrag zwischen Stadt Köln und DB AG wurde im Oktober 2010 abgeschlossen.

Die Punkte 1, 2, 4 und 5 sind hiermit erledigt.

Neuer Sachstand:

Der 1. Bauabschnitt wurde 2011 fertig gestellt. Mit dem 2. Bauabschnitt wird nach den Sommerferien 2012 begonnen, die Arbeiten werden voraussichtlich im Spätherbst 2012 abgeschlossen.

Punkt 3: Die Entwurfsplanung für die Wasserdüsen-/Brunnenanlage wurde abgeschlossen. Die Verwaltung wird den politischen Gremien im 4. Quartal 2012 eine Beschlussvorlage für die Beauftragung der Ausführungsplanung zur Entscheidung vorlegen.

41. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 02.12.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.4 Teilfinanzplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV: Erneuerung der Treppenanlage der Haltestelle Severinstraße zur Tel-Aviv-Straße 4248/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Erneuerung der Treppenanlage der Haltestelle Severinstraße zur Tel-Aviv-Straße bei Gesamtkosten in Höhe von 790.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

mit dem Zusatz:

Außerdem ist eine ebenerdige Querungsmöglichkeit des Perlengrabens einzurichten, so dass die Südseite der Haltestelle Severinstraße vom Pantaleonsviertel aus ohne Umwege zu erreichen ist. Die Nordseite soll weiterhin über die dann erneuerte Treppenanlage erreichbar sein.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Treppenanlage wurde im Frühjahr 2010 nach Beseitigung der Mängel von der technischen Aufsichtsbehörde abgenommen. Die Baumaßnahme ist somit abgeschlossen.

Die ebenerdige Querungsmöglichkeit des Perlengrabens gehört nicht in diese Baumaßnahme und soll im Zuge des Haltestellenneubaus Severinstraße im Jahr 2012 erfolgen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Beschluss ist somit abschließend erledigt.

42. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 03.02.2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels 4623/2007

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung – nach Sicherstellung der Finanzierung - den langjährigen Unfallhäufungspunkt Dürener Straße / Lindenthalgürtel I/ Stadtwaldgürtel durch die Einrichtung einer eigenen Signalisierung für den gefährdeten Linksabbieger sicherer zu gestalten.

mit der Maßgabe:

- Für die Verkehrsspitzenzeiten soll ein Signalprogramm mit einer Umlaufzeit von 110 Sekunden (TU110s) erstellt und geschaltet werden. Dieses Programm soll eine volle Priorisierung der Straßenbahnen beinhalten. Um die Abwicklung des Verkehrs im Bereich Lindenthalgürtel nicht zu beeinträchtigen, wird das Signalprogramm mit der erhöhten Umlaufzeit an weiteren sechs Lichtsignalanlagen geplant und zeitgleich geschaltet.
 - Außerhalb der Verkehrsspitzenzeiten soll, analog zu heute, ein Signalprogramm mit 86 Sekunden Umlaufzeit (TU86s) und voller Bahnbevorrechtigung geschaltet werden.
 - Um die Leistungsfähigkeit des Knotens zu erhöhen und gleichzeitig die Querungsbedingungen für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern, soll im nord-westlichen Bereich die Fußgänger-/Radfahrerführung zur Querung der Dürener Straße, durch bauliche Änderungen optimiert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt – nach Sicherstellung der Finanzierung - eine verkehrstechnische Untersuchung zu beauftragen, die Verbesserungspotentiale für Fußgänger und Querverkehre an den Lichtsignalanlagen der Stadtbahnbeschleunigungsstrecke des Gürtels aufzeigt, daraus eine Maßnahmenliste mit Kosten entwickelt und gutachterliche Empfehlungen zur Umsetzung ausweist.
 3. Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob für nachweisbare Verbesserungen der Verkehrsqualität für Fußgänger und Querverkehre ohne Einschränkung der Bahnpriorität Zuwendungen aus Landes –und/oder Bundesmitteln zu erlangen sind.

4.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Verkehrsausschuss hat am 28.06.2011 (Session 0608/2011) die Erstellung der Ausführungsplanung zur Beseitigung des Unfallhäufungspunktes Dürener Straße/Gürtel beschlossen. Diese Signalplanung muss auf der aktuellen Straßenplanung basieren. Die im Jahr 2009/2010 auf Grundlage des Verkehrsausschussbeschlusses von 09.02.2009 erfolgte Signalplanung muss hierzu überarbeitet werden. Voraussetzung für den Baubeschluss ist jedoch, dass die Leistungsfähigkeit der aktuellen Straßenplanung noch gutachterlich bestätigt wird.

Neuer Sachstand:

Folgende drei Beschlüsse aus dem Verkehrsausschuss können inhaltlich zusammen gefasst werden:

- 12.09.2002 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
- 03.02.2009, TOP 4.1 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
- 28.06.2011, TOP 4.6 - Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße
- 27.09.2011, TOP 4.5 - Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel

Die straßenplanerische Ausführungsplanung wurde inzwischen fertig gestellt und die Signalplanung entsprechend angepasst. Nach den Sommerferien wird der Gutachter der Verwaltung und der KVB AG die verkehrsabhängige Steuerung und das Ergebnis seiner Leistungsfähigkeitsuntersuchung vorstellen. Danach erfolgt die Vorstellung im Verkehrsausschuss mit dem Ziel, einen Baubeschluss zu erwirken. Anschließend wird der Umbau der Kreuzung in die Wege geleitet.

4.8 Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Neusser Landstraße/Oranjarahofstraße in Köln-Seeberg 5782/2008

Beschluss:

Die Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, den signalisierten Kreuzungsbereich Neusser Landstraße/Oranjarahofstraße durch einen Kreisverkehr zu ersetzen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Aufgrund personeller Engpässe und dadurch erforderlichen geänderten Prioritätensetzungen musste die Bearbeitung dieser Baumaßnahme in das Jahr 2012 verschoben werden.

Neuer Sachstand:

Die Aufstellung des Leistungsverzeichnisses für diese Maßnahme ist in der Endphase; Unterlagen werden im September 2012 zur weiteren Bearbeitung an das Rechnungsprüfungsamt gesendet. Mit einem Baubeginn ist nicht vor dem 2. Quartal 2013 zu rechnen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.7 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Erweiterter Planungsbeschluss für die Erneuerung von 14 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Lohsestraße, Ebertplatz, Florastraße, Kalk Post und Kalk Kapelle
5605/2008**

Beschluss (Rat am 10.02.2009):

Der Rat ist mit der Planung für die Erneuerung von 14 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Lohsestraße, Ebertplatz, Florastraße, Kalk Post und Kalk Kapelle einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Planung bis zur Ausschreibungsreife durchzuführen.

Planungsmittel stehen im städtischen Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrs-flächen und –anlagen, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die ersten sechs Fahrtreppen wurden eingebaut. Zur Zeit laufen noch Restarbeiten.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten zum ersten Abschnitt sind abgeschlossen.

43. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 10.03.2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Ehrenfeldgürtel und Innere Kanalstraße hier: 2. Bauabschnitt von Piusstraße/Fuchsstraße bis Innere Kanalstraße 5766/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Ausbauplanung für den 2. Bauabschnitt der Venloer Straße von Piusstraße/Fuchsstraße bis Innere Kanalstraße gemäß den Anlagen 1.1 – 1.5.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die DITIB beabsichtigt, die Zentralmoschee im Mai 2012 zu eröffnen. Gemäß Ausbauplanung ist die DITIB verpflichtet, vor Inbetriebnahme der Moschee den Straßenausbau Venloer Straße, 2. Bauabschnitt, zwischen Piusstraße/Fuchsstraße und Innere Kanalstraße fertig zu stellen. Das vom Bauherrn beauftragte Büro hat im Juli 2011 die Ausführungsplanung vorgelegt, die sich zur Zeit in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet.

Die Signalplanung kann erst beauftragt werden, wenn die Ausführungsplanung abgeschlossen ist und ein endgültiger Plan vorliegt.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahmen des städtischen Anteils an den Umbaumaßnahmen (Fahrbahn und Gehweg) befinden sich in der Vergabephase. Da die DITIB mit ihren Hochbaumaßnahmen nicht planmäßig fertig wurde, mussten die Arbeiten im Tiefbau (DITIB-Anteil) unterbrochen werden und daraus folgend konnten auch die städtischen Maßnahmen nicht begonnen werden. Ein Termin kann zur Zeit nicht genannt werden.

Die Signalplanungen für die Lichtsignalanlagen Innere Kanalstraße/Venloer Straße und Fuchsstraße wurden erstellt und geprüft. Das neue Steuergerät für den Knoten Innere Kanalstraße/Venloer Straße wird kurzfristig ausgeschrieben. Die Inbetriebnahme der Lichtsignalanlage Fuchsstraße soll erst erfolgen, wenn die Kreuzung Innere Kanalstraße/Venloer Straße umgebaut wurde.

4.3 Erschließung des Gewerbegebietes "Airport City Cologne" an der Kennedystraße, L 84 in Köln-Porz/Urbach 0525/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für die Erschließung des Gewerbegebietes "Airport City Cologne" an der Kennedystraße in Köln-Porz-Urbach an und beauftragt die Verwaltung, die Erschließungsmaßnahme entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung baulich umzusetzen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Unterlagen wurden dem Landesbetrieb Straßen NRW (LBS) zur Mitzeichnung im November 2010 vorgelegt. Da der Bereich der Kennedystraße nach Ansicht der LBS bis zur BAB auszuweiten ist, wurden die Unterlagen im Mai 2011 ohne Mitzeichnung an die Stadt zurückgegeben. Derzeit werden die umfangreichen Ergänzungen in den Plänen vorgenommen und nach Fertigstellung erneut den LBS zur Mitzeichnung übergeben. Ein endgültiger Abschluss ist derzeit nicht vorhersehbar.

Neuer Sachstand:

Die Planunterlagen wurden überarbeitet bzw. ergänzt und liegen derzeit erneut beim Landesbetrieb Straßen NRW zur Prüfung und Mitzeichnung vor.

44. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 21.04.2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.2 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6646 Nd/03 (67470/03)
Arbeitstitel: 2. Änderung Stadtautobahn/Innere Kanalstraße in Köln-Neustadt/Nord
hier: verkehrliche Erschließung
0136/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die verkehrliche Erschließung des neuen Eis- und Schwimmstadions an die Lentstraße (Bebauungsplan-Änderungsentwurf Nr. 67470/03-00-02), auf Grundlage der Variante Planfall 4a umzusetzen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich derzeit in der Umsetzung.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme wurde in der Zwischenzeit umgesetzt. Der Beschluss ist damit erledigt.

- 4.3 Umbau und Erweiterung des Busbahnhofs in Köln-Porz-Wahn
0113/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Planung zur Erweiterung des derzeitigen Busbahnhofs Köln-Porz-Wahn zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung mit der Umsetzung der Maßnahme.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planung ist abgeschlossen, die Zuschüsse seitens des Zuschussgebers wurden noch nicht bewilligt. Daher konnte bisher noch nicht mit der Bauvorbereitung begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Die Bauvorbereitung wurde begonnen, die Kostenberechnung wird derzeit beim Rechnungsprüfungsamt geprüft. Der Zuwendungsbescheid liegt zwar noch nicht vor, der Zuschussgeber hat aber einem vorzeitigen Baubeginn zugestimmt. Somit kann voraussichtlich Anfang 2013 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

**4.6 Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich des Bahnübergangs
Prämonstratenserstraße in Köln-Dünnwald
0785/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis des vorgelegten Lageplans (Alternative 1) mit dem Umbau der Kreuzung Prämonstratenserstraße / Am Klosterhof in einen Minikreis mit einem Fußgängerüberweg auf der Prämonstratenserstraße zwischen dem Bahnübergang und dem geplanten Kreisverkehr.

Gleichzeitig erkennt der Verkehrsausschuss den Bedarf für den Umbau an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Realisierung erfolgt zusammen mit dem Ausbau entlang des Klosterhofs und des Buskaps in 2012.

Neuer Sachstand:

Die Bauvorbereitung läuft, der Baubeginn ist für Anfang 2013 vorgesehen.

**4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Anlage von Radfahrstreifen und Deckensanierung auf der Stol-
berger Straße in Köln-Braunsfeld
1188/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Baumaßnahme fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.12.2009:

Da sich die Haushaltslage zwischenzeitlich erheblich verschlechtert hat, wurde diese Baumaßnahme aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

**4.15 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Instandsetzung der ortsfesten elektrischen Betriebsmittel der Deutzer
Brücke
1243/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der ortsfesten elektrischen Betriebsmittel bei Gesamtkosten in Höhe von 120.090,36 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme wird sukzessive fortgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die Umsetzung der Maßnahme ist abgeschlossen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.6 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Bedarfsfeststellung zur Planung der Ertüchtigung der Kölner Straßentunnel
1075/2009**

Beschluss (Rat am 05.05.2009):

Der Rat stellt den Bedarf für die externe Beauftragung der Planung zur Ertüchtigung der Tunnel Tunisstraße, Rheinuferstraße, Am Domhof/ Bahndamm, Herkulesstraße, Opladener Straße und Nord-Süd-Fahrt im Rahmen der Ertüchtigung der Kölner Straßentunnel fest und beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung der Ausschreibung durchzuführen.

Die voraussichtlichen Kosten für die externe Planung belaufen sich auf 2.354.000,00 EURO. Die Mittel werden nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans im Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das erforderliche Ingenieurbüro ist beauftragt und bearbeitet die Planung zur Generalsanierung der 7 Straßentunnel seit Mai 2010. Die Planung des ersten Tunnelbauwerkes, dem Tunnel Herkulesstraße, befindet sich in der Entwurfsphase. Im Herbst 2011 soll der Baubeschluss eingeholt werden. Mitte 2012 kann mit der Sanierung begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten werden sukzessive fortgeführt.

**5.7 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Bedarfsfeststellung zur Planung der Ertüchtigung des Tunnels Grenzstraße in Köln-Kalk
1179/2009**

Beschluss (Rat am 05.05.2009):

Der Rat stellt den Bedarf für die externe Beauftragung der Planung zur Ertüchtigung des Tunnels Grenzstraße im Rahmen der Ertüchtigung der Kölner Straßentunnel fest und beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung der Ausschreibung durchzuführen.

Die voraussichtlichen Kosten für die externe Planung belaufen sich auf 852.458,00 Euro. Die Mittel werden nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans im Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das erforderliche Ingenieurbüro ist beauftragt und bearbeitet die Planung zur Generalsanierung des Straßentunnels Grenzstraße seit Mai 2010. Die Planung befindet sich in der Entwurfsphase. Im Herbst 2011 soll der Baubeschluss eingeholt werden. Mitte 2012 kann mit der Sanierung begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Die Planung zur Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße befindet sich in der Endphase. Nach Abschluss der technisch - wirtschaftlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt soll im September 2012 der Baubeschluss erwirkt werden und anschließend die europaweite Ausschreibung durchgeführt werden. Im Mai 2013 sollen die Arbeiten vor Ort beginnen.

45. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 16.06.2009

- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 3.2 Eingabe für eine andere Verkehrspolitik
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 15.12.2008, TOP: 3.1
0376/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Zufahrtssituationen für den Radverkehr auf die Severinsbrücke unter Berücksichtigung der Überlegungen aus dem Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 15.12.2008 zu überprüfen und zu verbessern.

Sachstand zum 31.10.2011:

Für den Bereich der Zufahrtsrampe Teutonenstraße in Deutz wird derzeit eine Radverkehrsführung erarbeitet. Die Planung befindet sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. An der Unterführung von "An der Bastion" auf die Severinsbrücke wurden zur besseren Ausleuchtung der Radwegverbindung zwei neue Leuchten aufgestellt. Weitere Maßnahmen konnten bisher nicht umgesetzt werden.

Für den Stadtbezirk Innenstadt wird derzeit ein Radverkehrsgutachten ausgeschrieben. Ergebnis des Gutachtens soll ein Handlungskonzept zur Förderung des Radverkehrs im Stadtbezirk Innenstadt sein. Explizit sind in dem Aufgabenprofil auch die Situationen an den Zufahrten zu den Rheinbrücken benannt worden, hier sollen realisierbare Lösungen in einer Prioritätenliste erarbeitet werden.

Neuer Sachstand:

Das Gutachten soll voraussichtlich Ende 2013/Anfang 2014 beauftragt werden.

- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 4.7 Südliche Ringe Nord
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Überwegsicherungen Vorgebirgstraße/Sachsenring (Ulrepforte) und Karolinger-ring/Brunostraße sowie Änderung der Verkehrsführung am Knoten Ullrichgasse/Kartäuserwall
0839/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung die Umrüstung der Knotenpunkte Vorgebirgstraße/Sachsenring und Brunostraße/Karolingerring mit bahnabhängigen Rot-/Dunkel-Schaltungen gemäß der Ausbauplanung (Anlagen 2 und 3) vorzunehmen.

In diesem Zuge wird die Verwaltung beauftragt, die Einbahnstraßenregelung im Kartäuserwall zu drehen und die notwendige Ausführungsplanung gemäß Anlage 2 zu erstellen.

mit dem Zusatz:

Die Verwaltung wird gebeten, einen zusätzlichen Zugang zur Haltestelle Ulrepforte am nördlichen Ende der Haltestelle zu realisieren.

Sachstand zum 31.10.2011:

Zurzeit werden die Zuschussanträge bearbeitet.

Neuer Sachstand:

Der Knotenpunkt Karolinger Ring/Brunostraße wird zurzeit signaltechnisch überplant. Mit der Umsetzung wird in Kürze gerechnet.

**4.8 Umrüstung Haltestelle Neusser Straße/ Gürtel
Erweiterter Planungsbeschluss für zwei Zugänge in das bestehende
Haltestellenbauwerk
1196/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Variante 1, Zugang von der Neusser Straße über eine Brücke in das Stadtbahnbauwerk Neusser Straße/ Gürtel und beauftragt die Verwaltung die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme wurde ausgeschrieben. Die Voraussetzungen für den Bau sind gegeben. Vorbehaltlich der fristgerechten Vergabe der Bauleistungen soll im Dezember 2011 mit dem Bau begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Im Dezember 2011 wurde planmäßig mit dem Bau begonnen. Derzeit laufen die Bauarbeiten an den Deckendurchbrüchen als Vorbereitung für die Aufzugsmontage. Gemäß dem Terminplan werden die Aufzüge voraussichtlich im Frühjahr 2013 in Betrieb genommen.

**4.9 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: ÖPNV-Anbindung Kliniken Merheim und Merheimer Gärten
1333/2009**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) die von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik geforderte ÖPNV-Anbindung des Krankenhauses Merheim und der LVR-Klinik Köln durch Einrichtung einer separaten Buslinie (Linie 158) im 30-Minuten-Takt mit Anbindung an die Stadtbahnhaltestelle Merheim zum Fahrplanwechsel Dezember 2009 zu realisieren.
 - 1.1 Die Linienführung erfolgt dabei über die Ostmerheimer Straße direkt auf das Klinikgelände und zunächst als Stichfahrt bei Einrichtung einer Wendemöglichkeit im Bereich der LVR-Klinik. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Kliniken nach einer Lösung zu suchen, durch Veränderungen der Erweiterungsplanungen der Städt. Kliniken die Linie zu einem späteren Zeitpunkt als Rundverkehr durch das Klinikgelände zu führen.
 - 1.2 Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Investoren für die Neubebauung des Geländes der bestehenden Bus-Wendeschleife eine dauerhafte Wendemöglichkeit im Bereich der Haltestelle Merheim zu regeln und in dem noch aufzustellenden Bebauungsplan zu sichern.

Die von der Verwaltung geplante Wendefahrt der Linie 158neu durch die Straßen Kieskaulerweg, Fußfallstraße, Ostmerheimer Straße, Kratzweg ist als Dauerlösung nicht akzeptabel.

- 1.3 Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob aufgrund der verkürzten Wendezeit und der verkürzten Linienlänge auch ein 20-Minuten-Takt möglich ist.
2. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) zudem, die Buslinie 157 (Dünnwald – Ostheim; abschnittsweise 10-Minuten-Takt tagsüber) so zu verschwenken, dass sie zwischen den Haltestellen „Merheim“ und „Gewerbegebiet Broichstraße“ durch das Wohngebiet „Merheimer Gärten“ über die Straßen Ostmerheimer Straße, Auf dem Eichenbrett und Madausstraße verkehrt. Damit wird das Wohngebiet Merheimer Gärten optimal erschlossen und gleichzeitig eine Verbesserung der Anbindung des Klinikgeländes insbesondere aus Neubrück und Ostheim erreicht.
3. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus der durch die Einrichtung der neuen Linie ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linie.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, nach zwei Jahren die Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit der Fahrlinien darzulegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Punkt 1 bis 3 des Beschlusses sind erledigt.

In Zusammenarbeit mit dem Investor der Neubebauung am Kieskaulerweg wird eine dauerhafte Wendemöglichkeit für die Linie 158 im Bereich der Stadtbahnhaltestelle Merheim gesucht. Es zeichnet sich ab, dass diese durch den Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Kieskaulerweg/Kratzweg hergestellt werden kann.

Gemäß Punkt 4 wird die Verwaltung nach zwei Jahren, also Anfang 2012, einen Erfahrungsbericht zu den Linien 157 und 158 vorlegen.

Neuer Sachstand:

Zur Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der Buslinie 158 hat die Verwaltung dem Verkehrsausschuss zur Sitzung am 14.06.2012 einen Erfahrungsbericht zur Kenntnis gegeben (vgl. Session 1932/2012).

Für die Buslinie 157 zeigen aktuelle Fahrgastzählungen ebenfalls eine positive Entwicklung: Im Vergleich zu Zählungen aus dem Jahr 2007 hat die Zahl der Ein- und Aussteiger im Linienabschnitt zwischen Merheim und Gewerbegebiet Broichstraße an den Haltestellen Ostmerheimer Straße (wurde von der Olpener Straße in die Ostmerheimer Straße verlegt) und Merheim deutlich zugenommen. An der neu eingerichteten Haltestelle Hopfenstraße in den „Merheimer Gärten“ steigen in Fahrtrichtung Merheim durchschnittlich 270 Fahrgäste pro Tag in die Busse der Linie 157. In Gegenrichtung beträgt die Einsteigerzahl rund 90 Fahrgäste pro Werktag.

Aufgrund der guten Nachfrageentwicklung hat sich das geänderte Linienkonzept aus Sicht von Verwaltung und KVB bewährt.

Der Beschluss ist damit erledigt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.14 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Instandsetzungsplanung für die Mülheimer Brücke 1915/2009

Beschluss (Rat am 30.06.2009):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Instandsetzung der „Mülheimer Brücke“ an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Instandsetzung der Mülheimer Brücke einschließlich der Vorlandbrücken und der Vorbereitung der Ausschreibung. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des erforderlichen VOF-Verfahrens zur Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Auftrag wurde vergeben, die Planung durch das beauftragte Ingenieurbüro läuft.

Neuer Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

5.15 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel und des Pylons der Severinsbrücke 1860/2009

Beschluss (Rat am 30.06.2009):

Der Rat stimmt der Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel der Strombrücke und des A-Pylons der Severinsbrücke mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 5.310.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Die Arbeiten werden voraussichtlich im 1. Quartal 2013 beendet werden (vgl. hierzu auch Mitteilung 2192/2011).

46. Sitzung/8. Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 09.07.2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 "Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buskonzept für den Porzer Südwesten"
1287/2009
Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09. Juli 2009
AN/1228/2009**

Beschluss :

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit dem Rhein-Sieg-Kreis, den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) und der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG) das in Abbildung 2 dargestellte Buskonzept für den südwestlichen Teil von Porz (Stadtteile Zündorf, Langel, Libur; Haltepunkt Bf. Wahn) zum Fahrplanwechsel Dezember 2009 umzusetzen.

Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die neuen Linien für das Stadtgebiet Köln aus beihilferechtlichen Gründen entweder in Form von Gemeinschaftskonzeptionen oder als Konzession der KVB betrieben werden.

mit der Maßgabe:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Pünktlichkeitsuntersuchung für die Linie 501 nach Beginn des neuen Fahrplanes durchzuführen und Maßnahmen darzustellen, wie der Fahrplan pünktlich eingehalten werden kann.
2. Die in der Vorlage vorgesehenen Verstärkerlinien zur morgendlichen Verdichtung auf einen 10-Minuten-Takt sollen in den Fahrplan eingepflegt werden.
3. Zwischen 16.00 und 18.00 Uhr nachmittags soll als Ergänzung zur Linie 501 ein zusätzlicher Bus im 20-Minuten-Takt in Lastrichtung von Köln-Porz-Wahn bis Lülsdorf-Hallenbad eingerichtet werden, so dass auf diesem Streckenabschnitt ein 10-Minuten-Takt hergestellt werden kann.
4. Ab 21 Uhr bis Betriebsschluss sollen die Linie 501 und 504 - wie von Verwaltung und KVB vorgesehen - durchgängig fahren.
5. Zusätzlich soll geprüft werden, ob es einen Bedarf für einen Halbstundentakt analog dem S-Bahn-Takt gibt.
6. Zu den Ziffern 3. und 4. wird die Verwaltung beauftragt, dem Verkehrsausschuss nach Umsetzung des Buskonzeptes zum Fahrplanwechsel Dezember 2009 und einem ausreichenden Erfahrungszeitraum einen Bericht vorzulegen, aus dem sich die Auswirkungen der Angebotsverbesserungen ergeben.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Prüfaufträge gemäß Punkt 1 und 5 des Beschlusses werden ebenso wie Punkt 6 zurzeit von Verwaltung und KVB bearbeitet. Das Ergebnis der Untersuchung wird dem Verkehrsausschuss voraussichtlich Anfang 2012 als Erfahrungsbericht vorgelegt.

Neuer Sachstand:

Die Ergebnisse der Fahrgastzählung und -befragung werden derzeit aufbereitet und dem Verkehrsausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

47. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, den 25.08.2009

- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates
- 3.1 Eingabe zur Verbesserung des Radverkehrs in Köln-Mülheim
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 18.06.2007, TOP 3.2
5137/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen

1. die Einrichtung eines beidseitigen überfahrbaren Schutzstreifens entlang der Frankfurter Straße analog anderer Straßen im Stadtgebiet (Venloer Straße, Neusser Straße etc.),
2. die Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle auf halber Strecke zwischen Wiener Platz und Bahnhof Köln-Mülheim und
3. ob im Rahmen des Programms Mülheim 2020 mittelfristig eine komplette Umprofilierung des Straßenraums zu realisieren ist.

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Prüfauftrag zunächst in die Bezirksvertretung Mülheim zur Anhörung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Alle drei Punkte sind Bestandteil der aktuellen Planung. Die Planung soll in der zweiten Jahreshälfte 2011 bzw. Anfang 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Neuer Sachstand:

Die im Beschluss genannten Punkte wurden im Rahmen der Maßnahmen Mülheim 2020 – Frankfurter Straße mit berücksichtigt. Die entsprechende Vorlage (4147/2011) wurde am 31.01.2012 vom Verkehrsausschuss beschlossen. Dieser Beschluss ist damit erledigt.

- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.10 Vergabe eines Verkehrsgutachtens zum Barbarossaplatz 3037/2009

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.08.2009
AN/1418/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung ein Verkehrsgutachten zur Untersuchung der Leistungsfähigkeit des Barbarossaplatzes im Zusammenhang mit den

Gestaltungsvorschlägen des städtebaulichen Masterplanes Innenstadt durch ein Ingenieurbüro erstellen zu lassen.

mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Verwaltung wird beauftragt unter Punkt 1. zusätzlich folgende Varianten untersuchen zu lassen:

1. Variante 1 a.: Der vom Chlodwigplatz kommende IV-Verkehr wird östlich um den Barbarossaplatz geführt. (siehe Anlage)
2. Variante 1 b.: Die Linie 18 wird aus südwestlicher Richtung kommend weiterhin oberirdisch auf der Luxemburger Straße geführt, wobei die Verlegung der Haltestelle Eifelwall zum Bahnhof Süd erfolgt. Der stadteinwärtsfließende Individualverkehr wird auf der bisher freigehaltenen Trasse an der Stolzestraße parallel zur Luxemburger Straße mit Durchstich des Bahndammes auf die Trierer Straße geführt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Erste Ergebnisse des Verkehrsgutachtens liegen vor. Die Fertigstellung des Gutachtens wird voraussichtlich in 2011 erfolgen; anschließend erfolgt die Vorstellung in den zuständigen Gremien.

Neuer Sachstand:

Ein Entwurf des Abschlussberichts zum Verkehrsgutachten Barbarossaplatz wurde von den beteiligten Ämtern und der KVB geprüft und wird momentan von dem Büro, das das Verkehrsgutachten erstellt, noch einmal überarbeitet. Danach werden die Ergebnisse mittels einer Beschlussvorlage den zuständigen Gremien vorgestellt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.7 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Teilbauwerk Strombrücke (Los A) der Zoobrücke Planungsleistungen für die Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktionen 2757/2009

Beschluss (Rat am 10.09.2009):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktionen der Strombrücke der Zoobrücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der durchzuführenden Arbeiten und der Vorbereitung der Ausschreibung. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro. Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planungsleistungen wurden vollständig erbracht.

Neuer Sachstand:

Der Auftrag ist schlussgerechnet.

**5.13 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Erweiterter Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von Löschwasserleitungen und Digitalfunk für Feuerwehr und Rettungsdienst in bestehende Stadtbahntunnel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, Finanzstelle 6903-1201-0-8012, Einbau v. Löschwasserleit. in Stadtb.tunnel, Hj. 2009
3054/2009**

Beschluss (Rat am 10.09.2009):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die folgenden Tunnelabschnitte des Kölner Stadtbahnnetzes mit trockenen Löschwasserleitungen und digitalem BOS-Funk auszustatten:

- Ebertplatz bis Breslauer Platz
- Breslauer Platz bis Dom/Hbf
- Dom/Hbf über Appellhofplatz, Neumarkt, Poststraße bis Rampen Perlengraben bzw.

Barbarossaplatz

- Appellhofplatz bis Friesenplatz

und die hierfür erforderlichen Genehmigungen einzuholen, den als Anlage 2 beigefügten Vertrag mit der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB AG) zu schließen sowie die Finanzierung durch den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) sicherzustellen. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 342.200,00 Euro bei Finanzstelle 6903-1201-0-8012, Einbau v. Löschwasserleit. in Stadtb.tunnel, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2009.

Sachstand zum 31.10.2011:

Mit der KVB wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen. Das erste Baulos ist im Vergabeverfahren.

Neuer Sachstand:

Die Ausschreibung für das erste Baulos musste aufgrund unwirtschaftlicher Angebote aufgehoben werden. Im Anschluss wurde in Abstimmung mit der KVB die Struktur der Leistungsbeschreibung geändert und das Vergabeverfahren erneut begonnen. Eine Auftragsvergabe für das erste Baulos ist für das dritte Quartal 2012 vorgesehen.

48. Sitzung/9. Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, den 10.09.2009

4.2 Planungsbeschluss für eine Fuß- und Radwegüberführung des Auenweges 0914/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung die vorgestellte Planung einer barrierefreien Geh- und Radwegbrücke vom Eingangsbereich der Messe bis zur Hohenzollernbrücke weiter zu verfolgen, die Finanzierung für die Planung sicher zu stellen und einen Architektenwettbewerb durchzuführen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme wurde aus Kapazitätsgründen zurückgestellt.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme wurde aus Kapazitätsgründen bisher zurückgestellt. Im Bereich des Deutzer Bahnhofs sind die Überlegungen der DB bezüglich einer evtl. Anpassung der Bahnanlagen in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

4.4 Ersatzbau für die Fußgängerbrücke am Aachener Weiher / Museum für ost- asiatische Kunst 2038/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Realisierung des Ersatzbaus für die Fußgängerbrücke am Aachener Weiher gemäß Variante 1 mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 190.000,- Euro.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und –anlagen ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme ist im Bau; der Verkehrsausschuss wird im Übrigen über die Entwicklung durch Mitteilungen auf dem Laufenden gehalten.

Neuer Sachstand:

Es wird zunächst auf die Mitteilung (Nr. 0923/2012) im Verkehrsausschuss am 08.05.2012 zum Sachstand Brücke Aachener Weiher verwiesen. Die neue Ausschreibung der Bauleistung erfolgte im August 2012.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Erweiterter Planungsbeschluss für die Verlängerung Linie 3, Bocklemünd-Mengenich, 2. Bauabschnitt in Ehrenfeld 1876/2009

Beschluss (Rat am 10.09.2009):

Der Rat stimmt der Variante 2.2 Schumacherring - Schule zu und beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen, die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die betroffene Schule vor Ort soll in die Planungen mit einbezogen werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planungen wurden weiter ausgearbeitet und mit den zuständigen Dienststellen sowie der betroffenen Schule abgestimmt. Die Planfeststellung wurde bei der Bezirksregierung Köln beantragt. Vom 12.09 - 11.10.2011 läuft die Offenlage im Stadthaus Deutz.

Neuer Sachstand:

Während des laufenden Planfeststellungsverfahrens kam es seitens der Politik zu gravierenden Planungsänderungen (Ersatzloser Entfall der Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und der Fußgängerbrücke über die Tollerstraße). Das entsprechende Deckblatt zur Plangenehmigung wurde erstellt und bei der BR Köln eingereicht. Der Erörterungstermin hat im September 2012 stattgefunden.

Die Leistungen der Projektsteuerung und die Leistungen der Objektplanung für Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke wurden zwischenzeitlich jeweils an ein externes Ingenieurbüro vergeben, so dass die Planungen weiter ausgearbeitet wurden. Nach derzeitigem Zeitplan ist der Baubeginn vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts, einer gesicherten Finanzierung sowie noch erforderlicher Grundstücksankäufe für 2013 vorgesehen.

1. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 01.12.2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Südliche Ringe Süd

**hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Knoten Ubierring/Alteburger Straße und Ubierring/Mainzer Straße
0063/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Knotenpunkt Ubierring/Alteburger Straße gemäß Anlage 2.1, Variante 1 (LSA, Seitenlage) die Ausbauplanung zu erstellen und die Maßnahme im Rahmen des Projektes Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe von der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG) zeitnah nach Fertigstellung der Stadtbahnhaltestelle Chlodwigplatz auf dem Ubierring umsetzen zu lassen.

Die Planung des Knotens Ubierring/Mainzer Straße sollte in gleicher Weise/Variante erfolgen wie die der Alteburger Straße. Der signalisierte Fußgängerüberweg an der heutigen Haltestelle Ubierring entfällt. Dieser Bereich wird einstreifig umgebaut.

mit dem Zusatz:

Auf die Errichtung einer Anforderungsampel und Aufstellfläche für Fußgänger wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Inzwischen wurde ein Ingenieurbüro von der KVB mit der Signalplanung beauftragt. Nach Abschluss der Planung wird die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine Mitteilung zu den Konsequenzen des Beschlusses vom 01.12.2009 (TOP 4.3) vorlegen.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

2. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 19.01.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Optimierung der Fußgänger- und Radfahrsignalisierung an den Lichtsignalanlagen Rheinauhafen 3238/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Optimierung der Fußgänger- und Radsignalisierung der Lichtsignalanlagen auf der Rheinuferstraße zwischen Ubierring und Filzengraben entsprechend der Beantwortung der Anfrage AN/1428/2008 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.10.2008

mit der Maßgabe:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme so umzusetzen, dass Fußgänger sich nicht ins System einwählen müssen, um „Grün“ zu bekommen, d.h. vollständiger Verzicht auf Anforderungsampeln.

Sachstand zum 31.10.2011:

Ergänzend zum Beschluss beabsichtigt die Verwaltung die Auswirkungen dieses Beschlusses im Rahmen eines Ortstermins im 4. Quartal 2011 zu demonstrieren. Zurzeit werden die hierzu erforderlichen Signalplanungen erstellt.

Neuer Sachstand:

Die dazu erforderlichen Signalplanungen wurden fertig gestellt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.6 Brücke Weinsbergstraße 0684/2009

Beschluss (Rat am 07.10.2010):

Der Rat beschließt,

1. die Machbarkeitsstudie durchzuführen und erst wenn das Ergebnis vorliegt und die Finanzierung des Brückenneubaus sichergestellt ist, die derzeitige HGK-Brücke abzurechnen.
2. Darüber hinaus ist die Rad- und Fußwegeverbindung über die HGK-Flächen in Richtung Oskar-Jäger-Straße sicherzustellen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Auf Grund der hohen Auslastung mit dringenderen Projekten und eingeschränkter Personalkapazität konnte mit der Bearbeitung noch nicht begonnen werden. Es ist derzeit beabsichtigt die Machbarkeitsstudie 2012 durchzuführen.

Neuer Sachstand:

Aus Kapazitätsgründen konnte mit der Machbarkeitsstudie noch nicht begonnen werden.

4. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 09.03.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens Hier: Umgestaltung des Auerbachplatzes in Köln-Sülz 0135/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung des Auerbachplatzes in Köln-Sülz fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens und des Vergabeverfahrens.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Baumaßnahmen zur Umgestaltung haben am 15.08.2011 begonnen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme wurde im Herbst 2011 umgesetzt und ist damit erledigt.

4.9 Erarbeitung des 3. Nahverkehrsplans Köln 0672/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie den Bericht „Analyse des Nahverkehrsplans 2003-2007; Ermittlung von Änderungserfordernissen für die Fortschreibung des NVP“ des Gutachterbüros KCW, Hamburg zur Kenntnis und erkennt den Bedarf für eine Neuaufstellung des Nahverkehrsplans an. Er beauftragt die Verwaltung,

- mit der Erarbeitung des 3. Nahverkehrsplans Köln unter Berücksichtigung der Ausführungen des Gutachters zu den Anpassungserfordernissen aufgrund der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und der Betrauungsregelung zu beginnen,
- notwendige Analysen und Planungen, die für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Köln von Bedeutung sind, in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben vorzunehmen, nach Bedarf extern zu vergeben und aus den zweckgebundenen Mitteln der ÖPNV-Pauschale nach §11 ÖPNVG NRW zu finanzieren,
- dem Verkehrsausschuss und allen Bezirksvertretungen im 1. Halbjahr 2011 einen Entwurf des 3. Nahverkehrsplans Köln vorzulegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der 3. Nahverkehrsplan (NVP) befindet sich noch in Erstellung. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 26.05.2011 zum Nachtverkehr in Köln wurde die Bearbeitung die-

ses Teilprojektes des NVP vorgezogen. Die Verwaltung wird dem Verkehrsausschuss im 2. Halbjahr 2011 den Entwurf des 3. NVP zur Entscheidung vorlegen.

Neuer Sachstand:

Leider hat sich die Bearbeitung des 3. Nahverkehrsplans (NVP) durch den externen Gutachter weiter verzögert. Die Verwaltung geht inzwischen davon aus, den Entwurf des 3. NVP dem Verkehrsausschuss erst in der Dezembersitzung 2012 vorlegen zu können.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.2 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Instandsetzungsplanung für die Deutzer Brücke
4311/2009**

Beschluss (Rat am 23.03.2010):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Instandsetzung der „Deutzer Brücke“ an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Instandsetzung der Deutzer Brücke inklusive der Erneuerung der Fahrbahnbeläge einschließlich der Vorlandbrücken sowie der Vorbereitung der Ausschreibung. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des erforderlichen VOF-Verfahrens zur Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen ist in Vorbereitung.

Neuer Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

**5.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier:
Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-1-5041 Regionale 2010, Ottoplatz, Umgestaltung
0481/2010**

Beschluss (Rat am 23.03.2010):

- Der Rat stellt den Bedarf für die Maßnahme Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

- Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Kostenprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt – die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für neue Maßnahmen in Höhe von 3.589.518,34 € bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041 Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen Haushaltsjahr 2010.
- Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NW.

Sachstand zum 31.10.2011:

Auf Basis des damaligen Beschlusses aus 2010 hat die Verwaltung mit der Vorbereitung des Vergabeverfahrens begonnen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die damals beschlossenen Gesamtkosten von 4,8 Mio. € nicht auskömmlich waren. Daraufhin wurde dem Rat (mit Vorberatung des Ausschusses und der Bezirksvertretung) unter Session Nr. 0732/2011 eine Vorlage über die Erhöhung der Gesamtkosten vorgelegt, der am 26.05.2011 zugestimmt wurde. Gleichzeitig hat der Rat der Vergabe an einen Generalunternehmer zugestimmt.

Die Sanierungsarbeiten für die denkmalgeschützte Treppenanlage werden zur Zeit ausgeführt.

Neuer Sachstand:

Die Sanierungsarbeiten der Treppenanlage wurden am 20.09.2011 beendet. Die Submission der Hauptmaßnahme "Umgestaltung des Ottoplatzes" erfolgte am 28.06.2012. Der Vergabevorgang ist derzeit noch in Bearbeitung. Die Beauftragung kann voraussichtlich im September/Oktober 2012, der Baubeginn im 4. Quartal 2012 erfolgen.

5. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 20.04.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67480/03 - Clouth-Gelände in Köln-Nippes hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.12.2008, TOP 3.1 0295/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Vorentwürfe, die Detailplanungen für den Umbau der Kreuzungen Xantener Straße/Nieher Straße und Blücherstraße/Nieher Straße zu Minikreisverkehren zu erstellen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahmen werden in Abhängigkeit der Neuentwicklung des Clouthgeländes umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

4.2 Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes Baubeschluss 5070/2009

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss nimmt die Entwurfsplanung zur Neugestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung die Erstellung der Ausführungsplanung durchzuführen und die Umgestaltung vorzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ahornbaum vor dem Gebäude Glockengasse Nr. 1 zu fällen. Vor der Fällung soll eine Ersatzpflanzung in der Ludwigstraße erfolgen. Für die Pflasterung wird Basaltkleinsteinpflaster und Betonwerkstein verwendet.
2. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Umgestaltung befindet sich derzeit in der Bauvorbereitung und der Baubeginn ist für Anfang des 2. Quartals 2012 vorgesehen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahmen zur Umgestaltung haben am 21.05.2012 begonnen.

4.3 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn

hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes sowie die Wiederherstellung der Straßenflächen und der oberirdischen Stadtbahntrasse, Haltestelle Heumarkt, Baustein 4

0315/2010

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Ausführungsplanung zu erstellen und die Umgestaltung der Plätze nach Räumung der Baustelleneinrichtungsflächen – auch dem Gestaltungsbeirat und dem Stadtentwicklungsausschuss - zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit der KVB sind die erforderlichen Abstimmungen aufzunehmen, damit im Rahmen der Baugrubenverfüllung und des Leitungstiefbaus wesentliche Bestandteile des Straßenoberbaues so hergerichtet werden, dass später ein kostengünstiger und einfacher Endausbau erfolgen kann.
2. Der Verkehrsausschuss stimmt der geänderten Verkehrsführung im Knotenpunkt Cäcilienstraße/Kleine Sandkaul zu und beauftragt die Verwaltung, dieses Konzept im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn umsetzen zu lassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Abstimmungen mit der KVB aufzunehmen um sicherzustellen, dass im Rahmen des städtebaulichen Masterplans Innenstadt bei der Wiederherstellung der oberirdischen Gleisanlagen ein Rasengleis mit Mittelmasten zwischen der Hohe Straße und der Straße Kleine Sandkaul angelegt wird.

Bei der Ausführungsplanung sind folgende Anregungen der Bezirksvertretung Innenstadt und des Verkehrsausschusses zu berücksichtigen:

1. Die Führung des Radverkehrs erfolgt auf markierten Radfahrstreifen auf der Fahrbahn und nicht auf hochbordig angelegten Radwegen. Die Planung zur nördlichen Seite der Pipinstraße zwischen Große Sandkaul und Hohe Straße wird dahingehend modifiziert. Die Verwaltung wird zudem beauftragt zu prüfen, wie der nach Osten führende Radweg nicht erst ab Kasinostraße, sondern bereits ab der Nord-Süd-Fahrt auf der Fahrbahn geführt werden kann. Gegebenenfalls muss hierfür die lange Spur zur Wendefahrt vor der Hohe Straße verkürzt werden. Auf die Rampenführung im Osten der Pipinstraße Richtung Deutzer Brücke wird verzichtet, der nach Osten fahrende Radverkehr weiterhin auf der Fahrbahn geführt (analog Deutzer Brücke vor Heumarkt).
2. a) Auf die dritte Fahrspur der Pipinstraße Richtung Westen zwischen Kleiner Sandkaul und Hohe Straße wird verzichtet. Stattdessen wird diese Fläche zur Einrichtung eines bislang nicht vorgesehenen Bürgersteigs entlang des U-Bahn-Ausgangs umgenutzt.
b) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Verlagerung des Taxistands Hohe Straße vor das Hotel Intercontinental sinnvoll ist, auch um in der Hohe Straße eine Entlastung zu erreichen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob eine Gestaltung der Hohe Straße zwischen Burghöfchen und Cäcilienstraße analog Breite Straße möglich ist.
3. Beim Überweg Hohe Straße soll die Führung des nach Süden fahrenden Radverkehrs nicht auf der Verkehrsinsel erfolgen (Konfliktpotential mit dem Fußgängerverkehr), sondern auf der Fahrspur der Linksabbieger. Eine Begradigung der

Wegeführung ist hier zu begrüßen. Im Rahmen der Prüfung der Radverkehrsführung nach Norden ist eine Führung via Hohe Straße – Burghöfchen – Große Sandkaul in Erwägung zu ziehen. Sowohl eine Führung über den Augustinerplatz als auch über die Gürzenichstraße birgt zu große Konfliktpotentiale mit dem Fußgängerverkehr, wie sich an der derzeit schon geltenden Radwegführung in die Gegenrichtung zeigt.“

4. Die Verwaltung wird gebeten, Aufstellflächen für Radfahrer an der Ampelanlage Kleine Sandkaul sowie überfahrbare Schutzstreifen für Radfahrer vorzusehen.
5. Die KVB wird gebeten zu prüfen, ob auf den geplanten Z-Überweg am Elogiusplatz verzichtet werden kann; stattdessen soll eine gradlinige Wegeführung ermöglicht werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planung der drei Plätze soll an ein Architekturbüro vergeben werden. Der Leistungsumfang und die Vergabeunterlagen werden zurzeit stadintern abgestimmt. Die Bearbeitung der Gestaltungsplanung wird voraussichtlich ab Ende 2011/Anfang 2012 erfolgen.

In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.11.2010 wurden weitere Optimierungen der Verkehrsführung beschlossen. Die Ausführungsplanung wurde dahingehend geändert, dass

- der Radverkehr weitestgehend auf markierten Schutzstreifen für Radfahrer geführt wird.
- auf eine dritte Fahrspur Fahrtrichtung Westen zwischen Kleiner Sandkaul und Hohe Straße verzichtet wird.
- am Überweg Hohe Straße der nach Süden fahrende Radverkehr über eine Radfahrfurt neben der Verkehrsinsel geführt wird.
- an der Ampelanlage Kleine Sandkaul Aufstellflächen für Radfahrer vor der Haltelinie der KFZ abmarkiert werden.

Die Radverkehrsführung Hohe Straße Fahrtrichtung Norden und die Erschließung Burghöfchen/Große Sandkaul sowie die Verlagerung der Taxistellplätze in der Hohe Straße ist nicht Gegenstand der Oberflächenwiederherstellung, sondern wird im Rahmen der Gestaltungsplanung Drei Plätze (siehe oben) untersucht und später umgesetzt.

Die Ausführungspläne für die Oberflächenwiederherstellung (Bauherr KVB AG) befinden sich zurzeit in der abschließenden Abstimmung. Der Straßenbau auf der Nordseite (Augustinerstraße/Cäcilienstraße) wird ab August/September 2011 umgesetzt. Die KVB AG wird im Rahmen der Wiederherstellung der oberirdischen Gleisanlagen im Abschnitt Heumarkt bis Hohe Straße ein Rasengleis anlegen.

Neuer Sachstand:

Die KVB AG hat im Herbst 2011 mit der Wiederherstellung der Oberflächen begonnen. Die Arbeiten auf der Nordseite sollen noch in diesem Jahr größtenteils abgeschlossen werden, die Wiederherstellung auf der Südseite wird bis 2013 andauern.

Der von der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Verkehrsausschuss gewünschte Verzicht des geplanten Z-Überweges (Punkt 5) wird nicht umgesetzt, da die Techni-

sche Aufsichtsbehörde (TAB, Bezirksregierung Düsseldorf) diesem Wunsch nicht zustimmen konnte. Die Genehmigung im Rahmen eines Planänderungsverfahrens erfolgte mit der Auflage, einen Z-Überweg herzustellen.

Die Planung für die angrenzenden Plätze (Elogiusplatz, Hermann-Josef-Platz und Augustinerplatz) wird derzeit mit der Bezirksvertretung und den Anliegern abgestimmt. Die entsprechende Vorlage wird der Bezirksvertretung voraussichtlich noch in 2012 vorgelegt.

**4.5 Brückenneubau an der Toyota-Allee in Köln-Marsdorf, Bauoberleitung für das Gesamtbauwerk (Straßen-, Brücken- und Stützwandbau) und örtliche Bauüberwachung für den Brücken- und Stützwandbau - Vergabe der Leistungen an externe Ingenieurbüros
0664/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Bauoberleitung und örtliche Bauüberwachung wie im Betreff beschrieben für den Brückenneubau an der Toyota-Allee in Köln-Marsdorf fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergaben vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die voraussichtlichen Kosten für die externe Vergabe von Bauoberleitung und örtliche Bauüberwachung betragen rd. 50.000 € netto (59.500 € brutto). Die Maßnahme wird aus der Finanzposition 6601.578.5200.6 und der Finanzstelle 6601-1201-3-8103 Erschließung Marsdorf Gewerbegebiet Horbell finanziert.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ingenieurleistungen wurden zwischenzeitlich vergeben.

Neuer Sachstand:

Der Auftrag mit der ausführenden Brückenbaufirma wurde gekündigt. Die weitere Vorgehensweise mit dem Ingenieurvertrag der o. g. Leistungen wird zurzeit geklärt.

**4.6 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Erneuerung der Beleuchtung an der Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße/Gürtel
1362/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Erneuerung der Beleuchtung an der Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße/Gürtel bei Gesamtkosten in Höhe von 194.529,59 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2010 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Bauauftrag wurde nach VOB-Ausschreibung erteilt. Die Arbeiten haben begonnen.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten sind in Ausführung.

6. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 11.05.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Umfeld 1713/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt den Maßnahmen zur Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Umfeld zu und beauftragt die Verwaltung mit der Sicherstellung der Finanzierung und der Realisierung der Maßnahmen.

Gleichzeitig erkennt der Verkehrsausschuss den Bedarf für die Maßnahme an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Allerdings soll der Überweg am nördlichen Messekreisel erst dann verlegt werden, wenn die geplante Bebauung des P 21 eine unmittelbare Durchwegung für RadfahrerInnen zulässt. Der Erhalt des Radweges, wie er jetzt konzipiert ist, ist durch Aufnahme in den B-Plan zu sichern.

Im Rahmen der Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Bereich Messekreisel und Umfeld wird

- die Verwaltung gebeten zu prüfen, wie die Umlaufzeiten im Bereich des Messekreisels für den Fuß- und Radverkehr optimiert (kürzere Wartezeit und automatische Freischaltung bei Grün für den Parallelverkehr) werden können. Die Prüfergebnisse sind dem Ausschuss vorzulegen.
- an der Südseite des Messekreisels zwischen Deutz-Mülheimer Straße und Brügelmannstraße ein Zweirichtungsradweg eingerichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Erstellung der Straßenplanung befindet sich derzeit in Vorbereitung. Zurzeit werden die Vermessungsunterlagen erstellt, da für diesen Bereich keine aktuellen Daten über die Höhenlage (wichtig im Hinblick auf eine funktionierende Entwässerung) vorliegen.

Die automatische Freischaltung der Fußgänger- und Radfahrersignale bei Grün für den Parallelverkehr wurde zwischenzeitlich realisiert.

Neuer Sachstand:

Die Planung wird voraussichtlich im Oktober/November 2012 fertig gestellt.

4.6 Programm Umgestaltung Ringe 0372/2010

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Radwegführung im Ringabschnitt zwischen Rudolfplatz und Einmündung Ehrenstraße auf der Grundlage der Entwurfsplanung gemäß Anlage 1 auszubauen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens.

Sachstand zum 31.10.2011:

Mit der Umsetzung der Maßnahme wurde im September 2011 begonnen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme wurde im Herbst 2011 umgesetzt und ist damit erledigt.

**4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
Sanierung des Geh- und des Radweges entlang des Rheinufers unterhalb der Uferstraße, Köln-Rodenkirchen
1230/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung des Geh- und Radweges entlang des Rheinufers in Köln-Rodenkirchen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ausschreibung wird zur Zeit erstellt.

Neuer Sachstand:

Derzeit wird der Landschaftspflegerische Begleitplan erstellt. Die Abstimmungen mit dem Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz laufen.

**4.11 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 an der Mülheimer Brücke in Köln (Stadtbezirke Nippes und Mülheim)
0968/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Hauptprüfung 2011 ff der Bauwerke der Mülheimer Brücke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Prüfung betragen netto 138.000,- € (+ 19% MwSt. = 164.220,- brutto). Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsentwurf 2010 inklusive der Finanzplanung bis 2013 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel,

Stadtbahn ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Auftrag zur Bauwerksprüfung wurde erteilt. Die Prüfung befindet sich in Ausführung.

Neuer Sachstand:

Die Leistungen der Bauwerksprüfung werden in 2012 abgeschlossen

**4.12 Verwendung von Stellplatzablösemitteln für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs
1596/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die aufgeführten Maßnahmen in Deutz auszuführen und die Finanzierung aus Stellplatzablösemitteln sicher zu stellen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die ersten Maßnahmen wurden ausgeführt. Durch die erneute Überprüfung der Benutzungspflicht hat sich in einigen Bereichen die Situation geändert, so dass Planungsänderungen erforderlich geworden sind. Ebenfalls hat sich zum Teil der Planungsumfang im Nachhinein innerhalb des Planungsprozesses erweitert, da die Radverkehrsführung großräumiger betrachtet wurde.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

**4.13 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier:
Platzgestaltung Cäciliengarten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle:
6601-1201-0-1002 Platzgestaltung (Öffentliche Platzflächen)
1768/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Platzgestaltung Cäciliengarten fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Baumaßnahme befindet sich zur Zeit in der Ausführung.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist größtenteils umgesetzt. Derzeit finden noch Arbeiten zur Mängelbeseitigung statt. Gegebenenfalls muss die Entwässerung noch angepasst werden. Die Abnahme steht noch aus.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.12 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Teilersatzneubau und Grunderneuerung des Rampenbauwerks der
rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke
1419/2010**

Beschluss (Rat am 20.05.2010):

Der Rat stimmt dem Teilersatzneubau und der Grunderneuerung der rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke bei Gesamtkosten in Höhe von 7.207.830,00 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Gleichzeitig beschließt der Rat im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung (§ 82 GO) die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 120.000,00 EURO bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0320, Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -; Hj. 2010. Die Realisierung der Gesamtmaßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Sachstand zum 31.10.2011:

Mit der Ausführung der Arbeiten wurde nach europaweiter VOB-Ausschreibung im Juni 2011 begonnen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Derzeit läuft die erste Bauphase mit den Arbeiten im Geh-/Radwegbereich. Diese wird im 4. Quartal 2012 abgeschlossen werden.

7. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 29.06.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.4 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 an der Zoobrücke in Köln (Stadtbezirk Innenstadt, Nippes, Kalk und Mülheim) 1661/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Hauptprüfung 2011 ff der Bauwerke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen netto 234.000,- € (+19% MwSt = 278.460,- € brutto). Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsentwurf 2010 inklusive der Finanzplanung bis 2013 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Bauwerksprüfung wurde beauftragt. Der Beginn der Prüfung steht unmittelbar bevor.

Neuer Sachstand:

Die Leistungen der Bauwerksprüfung befinden sich noch in der Ausführung

4.8 Abendliche Zusatzfahrten auf der Buslinie 130 2518/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Fahrtenangebot auf der Buslinie 130 in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) im Abschnitt zwischen Universität und Bayenthalgürtel bis ca. 22:00 Uhr im 30-Minuten-Takt auszuweiten. Die Maßnahme wird zunächst auf zwei Jahre befristet. Die Verwaltung wird beauftragt, nach ca. 1 bis 1 1/2 Jahren eine Überprüfung mittels Fahrgastzählungen vorzunehmen und auf dieser Basis eine Entscheidungsvorlage über die dauerhafte Einrichtung der zusätzlichen Fahrten vorzulegen.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dem zusätzlichen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das Fahrtenangebot auf der Buslinie 130 wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2010 ausgeweitet. Gemäß Beschluss wird die Verwaltung die Maßnahme 2012 mittels Fahrgastzählungen überprüfen und dem Verkehrsausschuss einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Neuer Sachstand:

Die Fahrgastzählungen werden derzeit vorbereitet. Die Ergebnisse werden dem Verkehrsausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 490 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle
6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0940/2010**

Beschluss (Rat am 13.07.2010):

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 490 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 481.500 € bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Haushaltsjahr 2010.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Verwaltung hat mit Datum vom 23.07.2010 das Vergabeverfahren eingeleitet und die Submission fand am 18.10.2010 statt. Die vorgelegten Angebote wurden geprüft. Gemäß den Ausschreibungsbedingungen sollen die angebotenen Parkscheinautomaten die Richtlinie 3546 der VdS Schadensverhütung GmbH (VdS-Richtlinie) in der Klassifizierungsklasse 4 (höchste Sicherheitsstufe) oder gleichwertig erfüllen. Die Sicherheitsstufe war durch eine Prüfbescheinigung (Zertifikat) oder gleichwertig nachzuweisen.

Beim Submissionstermin konnte keine beteiligte Firma eine solche Prüfbescheinigung vorlegen, da bisher kein Parkscheinautomat diese Sicherheitsstufe erfüllt. Ein wertbares Angebot lag somit nicht vor und die Ausschreibung wurde von Vergabebeamten aufgehoben.

Zurzeit beobachtet die Fachdienststelle den Markt und wird erneut ausschreiben, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden.

Neuer Sachstand:

Nachdem die Voraussetzungen bezüglich des Sicherheitsniveaus vorliegen hat die Verwaltung zunächst eine Teilmenge von 250 Parkscheinautomaten EU-weit in einem offenen Verfahren ausgeschrieben. Zur Zeit wird das Verfahren zur Auftragsvergabe abgeschlossen.

**5.10 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den
Stadtbahnanlagen im linksrheinischen Stadtgebiet
2152/2010**

Beschluss (Rat am 13.07.2010):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von Maßnahmen zum Schutz der linksrheinischen Stadtbahnanlagen vor Hochwasser. Für die beschriebenen Maßnahmen sollen die erforderlichen Planungsaufträge der Objektplanung und Tragwerksplanung zur Erstellung von ausschreibungsreifen Unterlagen erteilt, die erforderlichen Genehmigungen beantragt und die Finanzierung sichergestellt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung (§ 82 GO NW) die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 200.000 Euro bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Hochwasserschutz U-Bahn-Anlagen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen -; Haushaltsjahr 2010.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es wurden Ingenieurleistungen der Objekt- und Tragwerksplanung zum Einbau von Hochwasserschotts vergeben.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich zurzeit in der Planungsphase. Der Baubeschluss soll zum Ende des Jahres 2012 eingeholt werden. Die Ausschreibung erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2013.

**5.11 Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in der Kölner U-Bahn im Bereich der Innenstadt
2286/2010**

Beschluss (Rat am 13.07.2010):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in den städtischen U-Bahn-Strecken. Die Nachrüstung erfolgt in den

Tunnelstrecken vom Bereich des Ebertplatzes über die Haltestellen Breslauer Platz und Dom / Hauptbahnhof bis hin zum Friesenplatz, sowie um den Dammbereich der Hochbahnstrecke.

Die benötigten Mittel in Höhe von 1.483.597,10 Euro stehen im städtischen Haushaltsplanentwurf 2010/2011 inklusive der mittelfristigen Ergebnisplanung bis 2014 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich zur Zeit in der Ausführung. Es erfolgt eine abschnittsweise Realisierung.

Neuer Sachstand:

Es besteht noch Bedarf an Mängelbeseitigung. Die Arbeiten im Bereich zur neuen Trasse der Nord-Süd Stadtbahn (Gleisdreieck Dom/Hbf.) wurden durch die KVB im August 2012 fertig gestellt.

- 5.13 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanie-
rung**
**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6604-1201-3-4799 Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanie-
rung**
2149/2010

Beschluss (Rat am 13.07.2010):

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Aachener Straße von Hohenzollernring bis Bonnstraße, Radwegsanie- rung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Baumaßnahme befindet sich derzeit in der Ausführung.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme wurde am 18.10.2011 umgesetzt und ist somit erledigt.

9. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 07.09.2010

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.2 Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung/Umgestaltung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinswall 3134/2010

Beschluss (Rat am 14.09.2010):

1. Der Rat beschließt, auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG NRW i. V. m. der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen vom 28.02.2005 für die Erneuerung der Severinstraße (Fahrbahn, Gehwege, Parkflächen, Beleuchtung) im Abschnitt von An St. Katharinen bis Severinswall/Kartäuserwall zu verzichten und diese aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu tragen.
Die hierdurch entstehenden Mindereinzahlungen in Höhe von 803.500 € führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Finanzplans im Jahr 2013 und sind zunächst durch die Veranschlagung zusätzlicher Kreditaufnahmen auszugleichen. Diese Veränderungen sind im Hpl.-Entwurf 2010/11 für das Jahr 2013 zu berücksichtigen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die der Stadt entgangenen Beiträge als Forderung in den Schadensersatzprozess gegenüber den Verursachern des Großschadensfalles Waidmarkt einzubringen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Verwaltung beabsichtigt in Umsetzung des Ratsbeschlusses die entgangenen Beiträge als Forderung gegenüber den Verursachern des Großschadensfalles Waidmarkt geltend zu machen. Dies kann jedoch erst erfolgen, nachdem die laufende Ursachenforschung im Rahmen des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens sowie des von KVB und Stadt beantragten Beweissicherungsverfahrens abgeschlossen ist.

Neuer Sachstand:

Gegenüber dem zum 31.10.2011 mitgeteilten Sachstand gibt es keine aktuellen Entwicklungen zur Geltendmachung des Einnahmeausfalls als Schaden. Die Ursachenforschung im Rahmen des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens sowie des von KVB und Stadt beantragten Beweissicherungsverfahrens ist noch nicht abgeschlossen.

Inzwischen hat das Land seine Bedenken gegen den Ratsbeschluss vom 14.09.2010, mit dem auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen verzichtet wurde, dargestellt und angekündigt, die zugrunde liegende beitragsrechtliche Frage der Erhebungspflicht durch einen Gutachter klären zu lassen. Die Stadt Köln hat zuletzt zu dem von der Bezirksregierung gefertigten Entwurf einer Sachverhaltsdarstellung ein-

gehend Stellung genommen und in großem Umfange Material beigefügt. Der Schriftwechsel liegt den Fraktionen und den beiden Einzelratsmitgliedern vor.

10. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 23.09.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Umgestaltung Christophstraße, Gereonstraße, Unter Sachsenhausen mit Schutzstreifen für den Radverkehr und für einen Kreisverkehr Gereonstraße/Mohrenstraße 1147/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung – unter Berücksichtigung der Anregungen des Stadtentwicklungsausschusses und der heutigen Diskussionsbeiträge - die Ausführungsplanung für den Streckenabschnitt von Christophstraße über Gereonstraße/Unter Sachsenhausen bis zu der Straße An den Dominikanern gemäß dem beigefügten Vorentwurf zu erstellen (Anlagen 1, 2 und 3) und eine Bürgeranhörung durchzuführen. Das Ergebnis der Bürgeranhörung fließt in die weitere Planung ein und wird der Bezirksvertretung und dem Verkehrsausschuss vorgestellt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die für Herbst 2011 geplante Bürgeranhörung wird vorbereitet.

Neuer Sachstand:

Aufgrund der Prioritätenverschiebung ruht zurzeit die Bearbeitung dieser Maßnahme.

4.4 Bedarfsfeststellung für Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln Neustadt-Nord 3053/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung des westlichen Gehweges an der Spichernstraße zwischen der Gilbachstraße und der Venloer Straße sowie für die Herstellung der Fahrbahneinengung im südlichen Bereich des Zugangs zum Stadtgarten fest und beauftragt die Verwaltung,

- die Detailplanung zu gegebener Zeit der Bezirksvertretung und dem Verkehrsausschuss vorzulegen,
- das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Sachstand zum 31.10.2011:

Derzeit wird die Detailplanung erstellt.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist beauftragt. Die Umsetzung wird voraussichtlich noch im Herbst 2012 beginnen.

**4.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke
Baulose Z1, Z2 und D
Objektbezogene Schadensanalyse
3444/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Durchführung einer objektbezogenen Schadensanalyse an den Baulosen Z1, Z2 und D der Zoobrücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der durchzuführenden Arbeiten und der Vorbereitung der erforderlichen Ausschreibung. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro. Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Beauftragung an ein externes Ingenieurbüro ist erfolgt. Derzeit erfolgt die Bearbeitung der Leistungen durch das Ingenieurbüro.

Neuer Sachstand:

Die Bearbeitung durch das Ingenieurbüro ist abgeschlossen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.2 Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen und zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnst. Neusser Str./Gürtel sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlung gem. analog § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln 2008 / 2009 sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzügen, Hj. 2010
3147/2010**

Beschluss (Rat am 07.10.2010):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts und des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns sowie vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010 / 2011 – mit dem nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen sowie der Errichtung von zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße / Gürtel mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 4.532.901,43 EUR.

Der Rat stimmt einer Erhöhung der städtischen Investitionsauszahlungen für diese Stadtbahnmaßnahme in Höhe von 2.776.613,82 EUR zu. Die Gesamtkosten betra-

gen nunmehr 4.532.901,43 EUR statt 1.756.287,61 EUR. Die Finanzierung der Maßnahme wird durch Veranschlagung im Hpl. 2010 / 2011 sichergestellt. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 2.668.942,69 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzügen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010.

Sachstand zum 31.10.2011:

Derzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für den Rohbau und die Haustechnikgewerke. Die Beauftragungen sollen bis Ende November 2011 erfolgen. Der Baubeginn ist im Dezember 2011 geplant.

Neuer Sachstand:

Im Dezember 2011 wurde planmäßig mit dem Bau begonnen. Derzeit laufen die Bauarbeiten an den Deckendurchbrüchen als Vorbereitung für die Aufzugsmontage. Gemäß dem Terminplan werden die Aufzüge voraussichtlich im Frühjahr 2013 in Betrieb genommen.

**5.3 Gesamtinstandsetzung der Kölner Rheinbrücken
Zusätzlicher Stellen- bzw. Personalbedarf
1729/2010**

Beschluss (Rat am 07.10.2010):

Der Rat erkennt den zusätzlichen Personalbedarf für zwei Stellen (Diplomingenieure, Entgeltgruppe 11 TVöD) für die Projektgruppe Rheinbrücken an und genehmigt die unbefristete Stellenzusetzung.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stellen verbundenen Mehrkosten erfolgt im Rahmen des vorhandenen Personalkostenbudgets. Soweit das zur Verfügung stehende Personalkostenbudget im jeweiligen Haushaltsjahr überschritten wird, erfolgt soweit möglich eine Kompensation aus den Sachmitteln.

Die notwendigen investiven Auszahlungen zur Einrichtung von zwei Arbeitsplätzen inklusive der laufenden Unterhaltungskosten werden aus vorhandenen Ansätzen finanziert.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Stellen sollen in Kürze extern ausgeschrieben werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist auch auf Grund eventueller Kündigungsfristen Anfang 2012 mit einer Stellenbesetzung zu rechnen.

Neuer Sachstand:

Auf Grund von Personalgewinnungsschwierigkeiten konnte bisher nur eine der beiden Stellen zum 01.08.2012 mit einem internen Bewerber besetzt werden.

5.6 Vorzeitige Teilbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Dom/Hbf und Heumarkt 3680/2010

Beschluss (Rat am 07.10.2010):

Der Rat stimmt der vorzeitigen Teilbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Dom/Hbf und Heumarkt in zwei Stufen zu. Er beauftragt die Verwaltung, den Abschnitt Dom/Hbf bis Rathaus zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 und den daran anschließenden Abschnitt bis Heumarkt zum Fahrplanwechsel Dezember 2013 in Zusammenarbeit mit der KVB in Betrieb zu nehmen. Hierfür wird die Linie 5 ab der Haltestelle Dom/Hbf nach Süden verschwenkt. Zur fristgerechten Umsetzung der Teilbetriebnahme werden Verwaltung und KVB beauftragt, die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen.

Die Investitionskosten in Höhe von rund 4 Mio. € werden der KVB gemäß § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag vom 17.07.2002 von der Stadt Köln über den Schuldendienst ausgeglichen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Neuer Sachstand:

Die Umsetzung der 1. Stufe (bis Rathaus) wird planmäßig zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 erfolgen.

5.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 3314/2010

Beschluss (Rat am 25.11.2010):

Der Rat nimmt die Erhöhung der Kosten von 2.250.000 Euro um rund 1.831.000 Euro auf 4.081.000 Euro für die Optimierung der Rauchschutzmaßnahmen an den Haltestellen Bonner Wall, Chlodwigplatz, Heumarkt und Severinstraße zur Kenntnis und beschließt vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, dass die Optimierung der Rauchschutzmaßnahmen von der KVB AG vorgenommen wird.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 1.831.000 Euro sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen auf Grund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 1.831.000 Euro im Rahmen des Schuldendienstes gemäß §7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahmen werden von der KVB im Zuge des Haltestellenausbaus schrittweise umgesetzt. Die gestalterische Situation in der Haltestelle Chlodwigplatz wurde in einem ergänzenden Ortstermin zwischen Bezirksvertretung Innenstadt, KVB und Ar-

chitekt mit dem Ziel einer verträglicheren Einbindung in die Haltestellenarchitektur diskutiert.

Neuer Sachstand:

Zurzeit laufen die Vergaben für die Ersatzmaßnahmen. Der Einbau der feststehenden Schotts erfolgt im Rahmen des Ausbaus der Haltestellen im Jahr 2013.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 09.11.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd-Stadtbahn, Haltestelle Heu- markt hier: Wiederherstellung der Straßenflächen, Optimierung der Verkehrs- führung 3275/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der geänderten Verkehrsführung zu und beauftragt die Verwaltung, dieses Konzept im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn umsetzen zu lassen.

Auf eine überbreite Fahrspur wird verzichtet. Es soll eine 3,0 m breite rechte Fahrspur angelegt werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Forderung wurde in der Ausführungsplanung berücksichtigt. Die Ausführungspläne für die Oberflächenwiederherstellung (Bauherr KVB AG) befinden sich zurzeit in der abschließenden Abstimmung. Der Straßenbau auf der Nordseite (Augustinerstraße/Cäcilienstraße) wird ab August/September 2011 umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die KVB AG hat im Herbst 2011 mit der Wiederherstellung der Oberfläche begonnen. Die Arbeiten auf der Nordseite sollen noch in diesem Jahr größtenteils abgeschlossen werden, die Wiederherstellung auf der Südseite wird bis 2013 andauern.

4.8 Verwendung der Stellplatzablösemittel hier: Quartiersgarage Ehrenfeldgürtel/Subbelrather Straße 3621/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass von den 94 aus Stellplatzablösemitteln geförderten Anwohnerstellplätzen in der Quartiersgarage Ehrenfeld bis zu 28 Stellplätze als Car Sharing-Plätze vermietet werden können, soweit die Anwohnerstellplätze nicht ausreichend nachgefragt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Zusatzvereinbarung zum Zuschussvertrag vom 24.01.2001 abzuschließen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Entwurf der Zusatzvereinbarung wird derzeit vorbereitet.

Neuer Sachstand:

Die Zusatzvereinbarung wurde mit Datum 08.12./16.12.2011 abgeschlossen. Der Beschluss ist damit erledigt.

**4.10 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
Hier: Prüfung von Schilderbrücken nach DIN 1076
3993/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Prüfung von Schilderbrücken nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Der abzuschließende Vertrag wird auf zwei Jahre mit einer zweimaligen Verlängerungsoption für jeweils ein Jahr begrenzt.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Zwischenzeitlich wurde das Vergabeverfahren abgeschlossen und für die Jahre 2010/11 sowie optional 2012 und 2013 vergeben.

Die Prüfungen von 80 Schilderbrücken für die Jahre 2010/11 wurde abgeschlossen. Diese Daten werden zur Zeit vom Ingenieurbüro ausgewertet und bearbeitet, danach werden sie von der Verwaltung weiter bearbeitet und als Neuanlage in die Datenbank übernommen.

Neuer Sachstand:

Die Prüfberichte und neu erstellten Bauwerksbücher wurden in die Datenbank SIB-Bauwerke übernommen. Aktuell werden die restlichen Schilderbrücken und Ausleger geprüft, wie für 2012 vorgesehen. Die Prüfberichte sollen im Herbst 2012 zur Verfügung stehen und werden anschließend von der Verwaltung in die Datenbank übernommen.

**4.11 Umgestaltung Berliner Straße in Köln-Dünnwald
4159/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Entwurfs für die Umgestaltung der Berliner Straße in Köln-Dünnwald zwischen der Leuchterstraße und dem Bebauungsende, mit dem Ziel, einen Einplanungsantrag beim Zuschussgeber zu stellen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Erstellung des Entwurfs befindet sich derzeit in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Der Entwurf ist abgeschlossen und wird dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Mülheim zu gegebenen Zeit vorgestellt.

12. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 25.11.2010

1 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

1.1 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage 4354/2010

Beschluss (Rat am 25.11.2010):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.

Der Rat beschließt, dass Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels getroffen werden, um eine mögliche niveaufreie Querung der Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt zu geringeren Kosten zu ermöglichen. Der Rat ist damit einverstanden, dass die KVB Vorsorgemaßnahmen für den Bau eines Straßentunnels aus schreibt, vergibt und baulich umsetzt. Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von circa 5,0 Mio. Euro im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die gewonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs an dieser neuralgischen Stelle kurzfristig umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u.a.:

- Angebotsorientierte Erhöhung der Kapazitäten der P&R-Parkplätze in Godorf und Marienburg
- Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz
- Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

Sollte sich aufgrund erhöhter Fahrgastzahlen bei der Nord-Süd Stadtbahn die Notwendigkeit einer Taktverdichtung ergeben, ist auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse – z.B. Verringerung des motorisierten Individualverkehrs durch die oben genannten Maßnahmen – eine neue verkehrliche Bewertung durchzuführen. Wenn sich dabei nicht hinnehmbare verkehrliche Problemlagen ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, ein Mediationsverfahren zu planen und durchzuführen. Eine daraus resultierende Beschlussvorlage soll alle möglichen Varianten inklusive verbindlicher Zusagen über eine eventuelle Förderung enthalten und in den Kontext einer stadträumlich optimalen Planung gestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, maximale Fördermittel zu beantragen. Optional ist eine Ampelsimulation zu Spitzenzeiten mit verschiedenen Bahntakten der Beschlussvorlage vorzuschalten. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche technischen, rechtlichen, finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen eine Verlängerung der Linie 15 von der Endhaltestelle Ubierring bis Sürth/Godorf hat.

Die Verwaltung wird beauftragt

folgende Maßnahmen zur Stärkung der Nord-Süd-Verbindung umzusetzen:

- engere Taktung der Linie 106 in den Spitzenzeiten
- Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs
- Stärkung des Car-Sharing-Angebots in den südlichen Stadtteilen durch attraktive Flächenangebote

folgende Maßnahmen zu planen:

Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz, Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

folgende Maßnahmen zu prüfen:

Busführung über die Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt und Bäche bis zum Heu-
markt

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist dem Rat 2 Jahre nach ihrer jeweiligen Um-
setzung darzustellen.

Rechtzeitig vor Inbetriebnahme der 2. Baustufe sind die Kapazitäten der P&R-
Parkplätze in Godorf und Marienburg angebotsorientiert zu erhöhen.

Der Ausbau der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn incl. P&R- Anlage am Verteilerkreis
ist zügig umzusetzen.

Mit der Aufnahme des 5 Minutentaktes der Linie 16 ist die Ampelsteuerung auf der
gesamten Rheinuferstraße anzupassen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Verwaltung verweist hierzu auf die Mitteilung (1495/2011) aus der Sitzung am
10.05.2011, TOP 7.14.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

13. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 07.12.2010

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Umgestaltung Cäcilienstraße/Rasengleis, Umgestaltung Jabachstraße und Umgestaltung Leonhard-Tietz-Straße, Umgestaltung Haubrichhof 0355/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung für das Rasengleis Cäcilienstraße gemäß den beigefügten Anlage 3 weiterzuverfolgen mit der Maßgabe, die jetzige Querung Fleischmengergasse mit in die Planung einzubeziehen. Weiterhin wird die Kölner Verkehr-Betriebe AG um die Durchführung des notwendigen Planfeststellungsverfahrens für das Rasengleis von Neumarkt bis Heumarkt gebeten. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Ausführungsplanung für die Umgestaltung der Jabachstraße/Cäcilienkloster (Anlage 6), Umgestaltung der Leonhard-Tietz-Straße (Anlage 5) und die Umgestaltung des Haubrichhofes (Anlage 4) zu erstellen.

Die Radwege werden als abmarkierter Bereich auf der Fahrbahn geführt – analog zur beschlossenen Radwegführung östlich der Nord-Süd-Fahrt. Für den Radweg Richtung Osten ist die Überquerung des freien Rechtsabbiegers auf die Nord-Süd-Fahrt neu und für Radfahrer sicherer zu gestalten.

Die Anlage 1 der Verwaltungsvorlage „Umgestaltung Cäcilienstraße/Rasengleis, Umgestaltung Jabachstraße und Umgestaltung Leonard-Tietz-Straße, Umgestaltung Haubrichhof“

(S.-Nr. 0355/2010) wird auf Seite 2 (zu Punkt 1) wie folgt ergänzt:

Shared Space Zone Antonsgasse/Cäcilienkloster

Die Straßen Antonsgasse und Cäcilienkloster werden zu Shared Space Zonen ausgebaut.

Die Shared Space Zone Antonsgasse reicht von der Ecke Kronengasse bis zur Cäcilienstraße. Durch einen Übergang über die Querung Cäcilienstraße (Straße und Straßengleis) kann die Shared Space Zone in der Straße Cäcilienkloster erreicht werden. Diese erschließt das Schnütgen-Museum und verläuft südlich bis zum Beginn der Jabachstraße, nördlich von St. Peter.

Sachstand zum 31.10.2011:

Rasengleis:

Die Vorbereitungen für die Entwurfsarbeiten zur Planfeststellung werden derzeit mit der KVB durchgeführt.

Leonhardt-Tietz-Straße:

Die Ausführungsplanung wird zur Zeit erarbeitet.

Die Planung der Jabachstraße und des Haubrichhofes ist aufgrund der Prioritätenverschiebung zurückgestellt.

Neuer Sachstand:

Die KVB bereitet die Auftragsvergabe für die Ingenieurleistungen des Rasengleises vor. Die Ausführungsplanung für die Leonhard-Tietz-Straße wird derzeit erstellt. Für die Planung Jabachstraße und Haubrichhofs ergibt sich kein neuer Sachstand.

**4.2 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes, Variantenvorschläge Fahrradabstellanlagen
3593/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Variantenuntersuchung für die Fahrradabstellanlagen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Variante 1 – Schrägstellung gem. Anlage 7 - im Rahmen der Umgestaltung des Breslauer Platzes umzusetzen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Mit der Umgestaltung der Platzfläche wurde Ende Juli 2011 begonnen. In einem ersten Bauabschnitt wird die Platzfläche neben der Johannisstraße und entlang der Bahnhofsfassade umgebaut. In einem zweiten Bauabschnitt sollen dann in 2012 die Platzinnenfläche mit der Wasserdüsenanlage und die westlichen Teilflächen vor der DB- Anlieferung sowie eine Restfläche am Eigelstein umgestaltet werden. Die Vorgaben des Verkehrsausschusses (Fahrradabstellanlagen) werden umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Der 1. Bauabschnitt wurde 2011 fertig gestellt. Mit dem 2. Bauabschnitt wird nach den Sommerferien 2012 begonnen, die Arbeiten werden voraussichtlich im Spätherbst 2012 abgeschlossen. Die Fahrradabstellanlagen wurden und werden im Rahmen der Bauaktivitäten aufgestellt.

14. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 18.01.2011

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.3 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße
5348/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Straßenbrücke Waltherstraße / Paffrather Straße bei Gesamtkosten in Höhe von rd. 318.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Sanierung der Straßenbrücke Waltherstraße befindet sich in der Ausschreibung.

Neuer Sachstand:

Mit den Arbeiten konnte im Frühjahr 2012 begonnen werden. Während der Ausführung wurde ein Mehrbedarf an Sanierung des Stahlbaus erkannt. Die Arbeiten sollen jedoch termingerecht im Herbst 2012 abgeschlossen werden.

15. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 15.02.2011

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.6 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der Richtlinie für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunnel (RABT 2006)
hier: Beauftragung der Deutschen Bahn für die Umverlegung der DB eigenen Kabeltrassen im Bereich des Neubaus Fluchttreppenhaus für den Tunnel Grenzstraße
5259/2010**

Beschluss (Rat am 01.03.2011):

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Umverlegung der Kabeltrassen der Deutschen Bahn auf dem Gelände des Umschlagsbahnhof Köln-Kalk-Nord in Höhe von 496.077 € fest und ermächtigt die Verwaltung zur Beauftragung der DB AG. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in gleicher Höhe bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0400, Fluchtunnel Grenzstr., Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Arbeiten werden in den Monaten September bis Oktober 2011 durchgeführt.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten wurden im Herbst 2011 termingerecht abgeschlossen; der Beschluss ist erledigt.

16. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 22.03.2011

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Bedarfsfeststellung zur Sanierung von Straßenablaufleitungen in Köln-Dünwald/Höhenhaus 0545/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Straßenablaufleitungen in Köln – Dünwald/Höhenhaus fest und fordert die Verwaltung auf, die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, mit der Durchführung der Arbeiten zu beauftragen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Mit Schreiben vom 21.04.2011 wurde die StEB mit der Durchführung der Arbeiten beauftragt. Zwischenzeitlich wurden erste Planungsleistungen beglichen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist in 2011/2012 angelaufen. Bisher wurden Aufträge in Höhe von insgesamt 400.000 € vergeben. Kassenmittel sind in Höhe von 100.000 € abgeflossen.

- 4.4 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Breslauer Platz, Umgestaltung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze; Finanzstelle: 6601-1201-1-5040 Breslauer Platz, Umgestaltung
0564/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung des Breslauer Platzes fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Arbeiten zur Umgestaltung haben am 25.07.2011 begonnen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist in 2 Bauabschnitte aufgeteilt. Der 1. Bauabschnitt ist bereits fertig gestellt. Der 2. Bauabschnitt wurde inzwischen vergeben. Mit die Arbeiten wurde nach den Sommerferien 2012 begonnen.

4.6 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher 4359/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung, die Lichtsignalanlage Aachener Straße in Höhe des Aachener Weiher zu erweitern - Variante B gemäß der Anlage 4 - , damit Fußgängern die Möglichkeit gegeben wird, auch den nördlichen Teil der Aachener Straße sicher queren zu können.

Sachstand zum 31.10.2011:

Zurzeit wird die Ausschreibung zur Erweiterung der Lichtsignalanlage bearbeitet.

Neuer Sachstand:

Die dazu erforderlichen Signalplanungen wurden fertig gestellt.

4.7 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz 0869/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Verlängerung der Buslinie 106 zum Breslauer Platz aus und beauftragt die Verwaltung, diese in Zusammenarbeit mit der KVB unmittelbar nach den Sommerferien umzusetzen. 1 ½ bis 2 Jahre nach Umsetzung soll auf der Basis neuer Fahrgastzahlen über eine mögliche Taktveränderung entschieden werden.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Verlängerung der Linie 106 ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linie.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Buslinie 106 wird gemäß Beschluss am 07.09.2011 bis zum Breslauer Platz verlängert. Gemäß Beschluss wird die Verwaltung die Maßnahme mittels Fahrgastzahlungen in 2013 überprüfen und dem Verkehrsausschuss einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Neuer Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen 4570/2010

Beschluss (Rat am 07.04.2011):

Der Rat ist mit der Planung zum Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk vom 17.02.2011 zur Platzgestaltung, dem Erhalt von Baumstandorten und der Optimierung der Verkehrsführung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 100.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post – Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj.2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Derzeit laufen die Vergabeverfahren für die benötigten Ingenieurleistungen.

Neuer Sachstand:

Die Ingenieurleistungen wurden ausgeschrieben und können unmittelbar nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung beauftragt werden.

5.2 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 4814/2010

Beschluss (Rat am 07.04.2011):

Der Rat beschließt auf der Grundlage des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 01.03.2007 den Ausbau der Lützerathstraße und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 2.000.000 € im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6603-1201-8-5582, Lützerathstraße, Ausbau (Rösrather Straße –Am Burgacker), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das Vergabeverfahren wurde gestartet. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2012 vorgesehen.

Neuer Sachstand:

Mit der Baumaßnahme wurde am 19.03.2012 begonnen. Der Ausbau des Kreisverkehrs Rösrather Straße/Lützerathstraße ist abgeschlossen. Der Ausbau der Lützerathstraße erfolgt nun im Anschluss.

**5.3 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010**

Beschluss (Rat am 07.04.2011):

Der Rat stimmt der vorgelegten Planung des Brückenbauwerks Severinstraße über den Perlengraben ~~inklusive der vorgesehenen Gestaltung der Straßen- und Gehwegflächen zu. Die Führung der Sehbehinderten erfolgt gemäß dem Vorschlag der Verwaltung mit taktilen Leitstreifen in Kombination mit einer Führung entlang des Füllstabgeländers.~~

Für die vorgesehene Gestaltung der Straßen- und Gehwegflächen einschließlich der Details zur Barrierefreiheit wird die Verwaltung nochmals mögliche Alternativen prüfen bzw. mit den Behindertenverbänden erörtern und die Ergebnisse vorlegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Gestaltung der Straßen- und Gehwegflächen befindet sich noch in abschließender Abstimmung zwischen Stadt und KVB. Die abschließenden Ergebnisse können voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

Neuer Sachstand:

Der Verkehrsausschuss hat der vorgelegten Planung für die Oberflächengestaltung am 31.01.2012 zugestimmt. Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung.

**5.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Mülheimer Brücke
Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller
Teilbauwerke
0262/2011**

Beschluss (Rat am 07.04.2011):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Vergabe von Prüffingenieurleistungen für die Instandsetzung der Mülheimer Brücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe an einen externen Prüffingenieur. Die Realisierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Mittel in Höhe von 146.000,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011, veranschlagt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das Vergabeverfahren für die benötigten Leistungen läuft.

Neuer Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

**5.12 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen
an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011**

Beschluss (Rat am 07.04.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von Maßnahmen zum Schutz der rechtsrheinischen Stadtbahnanlagen vor Hochwasser. Für die beschriebenen Maßnahmen sollen die erforderlichen Planungsaufträge der Objektplanung und Tragwerksplanung zur Erstellung von ausschreibungsreifen Unterlagen erteilt, die erforderlichen Genehmigungen beantragt und die Finanzierung sichergestellt werden. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von mehreren Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans in Höhe von 125.000,- € bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, Haushaltsjahr 2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Ein Ingenieurauftrag für Leistungen der Objekt- und Tragwerksplanung wurde erteilt.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich zurzeit in der Planungsphase. Der Baubeschluss soll zum Ende des Jahres 2012 eingeholt werden. Die Ausschreibung erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2013.

17. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 10.05.2011

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.3 Verkehrsgutachten Ost-West-Achse in Köln mit Dreiwagenzügen der Stadtbahn
5221/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie für die Ost-West-Achse im Abschnitt vom Aachener Weiher bis zur Brückenrampe der Deutzer Brücke mit dem Ziel anzufertigen, die Machbarkeit der Einführung der Dreiwagenzüge der Stadtbahn und der Umsetzungsmöglichkeiten der Vorschläge des städtischen Masterplanes Innenstadt aus verkehrlicher Sicht zu prüfen. Hierbei sind die in der Anlage 1 dargestellten Anforderungen zu berücksichtigen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Beschluss ist in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

**4.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Verkehrszeichen
1424/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von Verkehrszeichen für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag befindet sich im Vergabeverfahren. Die Submission ist bereits erfolgt.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 15.03.2012 bis zum 14.03.2013 vergeben; der Beschluss ist damit erledigt.

**4.6 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von mobilen Absperreinrichtungen
1426/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von mobilen Absperrelementen für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag befindet sich im Vergabeverfahren. Die Submission ist bereits erfolgt.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 01.10.2011 bis zum 30.09.2012 vergeben; der Beschluss ist damit erledigt.

**4.9 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-4365,
Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"
1437/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Detektion von 26 P+R-Anlagen im Rahmen des Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland" fest und beauftragt die Verwaltung die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Das Vergabeverfahren wird derzeit durchgeführt.

Neuer Sachstand:

Der Auftrag für die Installation der Detektoren wurde im November 2011 erteilt. Derzeit finden Begehungen mit dem Auftragnehmer in den verschiedenen Örtlichkeiten statt. Die Installation der ersten technischen Einrichtungen ist im Herbst 2012 vorgesehen.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.6 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Neubau einer Lärmschutzwand in Köln-Rondorf 0794/2011

Beschluss (Rat am 26.05.2011):

Der Rat stellt den Bedarf zur Planung für den Neubau der Lärmschutzwände an der Kapellenstraße in Köln-Rondorf fest und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planung der Lärmschutzwand Kapellenstraße in Köln-Rondorf eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 45.000,00 Euro im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-2-0430 Lärmschutzwand Kapellenstraße, Hj. 2011. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6901-1202-1-0320, Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke, Hj. 2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Ein Ingenieurauftrag wurde erteilt. Die Planungsergebnisse werden derzeit innerhalb der Verwaltung abgestimmt.

Neuer Sachstand:

Die Planung der Maßnahme ist nahezu abgeschlossen. Der Baubeschluss soll im September 2012 eingeholt werden. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2013.

5.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Severinsbrücke, Strombrücke Nachrechnung des Überbaus und Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit 1194/2011

Beschluss (Rat am 26.05.2011):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Nachrechnung des Überbaus und zur Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Planungsmittel in Höhe von 213.900,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2011 veranschlagt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Ein Ingenieurbüro wurde mit der Durchführung der Planungsleistungen beauftragt.

Neuer Sachstand:

Die Planung der Verstärkungsmaßnahme durch das beauftragte Ingenieurbüro ist weiter fortgeschritten. Es liegen erste Berechnungsergebnisse und der Entwurf der Ausschreibungsunterlagen vor.

18. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 28.06.2011

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße 0946/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt den Abbau der Lichtsignalanlagen an der Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße und die Umgestaltung der Kreuzungen der Prioritätsstufe 4 zunächst als provisorischen Einfachkreisel gemäß Anlage 19.1 nach Sicherstellung der Finanzierung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ausführungsplanung für einen provisorischen einstreifigen Kreisverkehr wird derzeit erstellt.

Neuer Sachstand:

Die Planung für den Kreisverkehr erfolgt im zweiten Halbjahr 2012.

4.4 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 5332/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung den Standort D als P+R-Anlage bei den weiteren Planungen zur 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Endhaltestelle Richtung Norden verschoben werden kann, um alle Optionen für eine etwaige spätere Verlängerung der Bahnlinie nach Meschenich offen zu halten. Im weiteren Verfahren soll eine Bürgerinformation durchgeführt werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Beschluss zum Standort D wird bei den weiteren Planungen der Nord-Süd Stadtbahn berücksichtigt. Die Verschiebung der Endhaltestelle Richtung Norden wird derzeit von der Verwaltung geprüft. Die Bürgerinformation wird im Herbst 2011 durchgeführt.

Neuer Sachstand:

Der Beschluss zum Standort D wird bei den weiteren Planungen der Nord-Süd Stadtbahn berücksichtigt. Die Bürgerinformationsveranstaltung hat am 02.02.2012 stattgefunden.

Die Prüfergebnisse zur Verschiebung der Endhaltestelle werden voraussichtlich Ende 2012 oder Anfang 2013 den Gremien des Rates vorgelegt.

4.6 Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße 0608/2011

Beschluss:

Zur Beseitigung des Unfallhäufungspunktes Dürener Straße/Gürtel beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung – unter Berücksichtigung der heutigen Diskussionsbeiträge - die Ausführungsplanung gemäß Anlage 1 zu erstellen, den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße Fahrtrichtung Westen mit einer eigenen Phase zu versehen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Zurzeit wird das Verfahren für die Vergabe der Leistungsfähigkeitsuntersuchung und für die Änderung der Signalplanung vorbereitet.

Neuer Sachstand:

Folgende drei Beschlüsse aus dem Verkehrsausschuss können inhaltlich zusammen gefasst werden:

- *12.09.2002 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels*
- *03.02.2009, TOP 4.1 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels*
- *28.06.2011, TOP 4.6 - Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße*
- *27.09.2011, TOP 4.5 - Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel*

Die straßenplanerische Ausführungsplanung wurde inzwischen fertig gestellt und die Signalplanung entsprechend angepasst. Nach den Sommerferien wird der Gutachter der Verwaltung und der KVB AG die verkehrsabhängige Steuerung und das Ergebnis seiner Leistungsfähigkeitsuntersuchung vorstellen. Danach erfolgt die Vorstellung im Verkehrsausschuss mit dem Ziel, einen Baubeschluss zu erwirken. Anschließend wird der Umbau der Kreuzung in die Wege geleitet.

4.9 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buslinie auf der Inneren Kanalstraße/Universitätsstraße - Bewertung und Verlängerung 1382/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich auf Basis der vorgelegten Untersuchung für die Beibehaltung der mit Fahrplanwechsel Dezember 2009 veränderten Linienführung der Buslinie 142 aus.

Er beschließt zudem die Erweiterung der Linie 142 in Richtung Süden gemäß Variante C.2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Linienenerweiterung in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 umzusetzen. Parallel hierzu wird die Linie 138 auf den Abschnitt Südfriedhof – Güterverkehrszentrum reduziert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen neuen Haltestellen rechtzeitig - zunächst provisorisch - einzurichten. Für die diesbezüglichen Kosten in Höhe von rund 60.000 Euro stehen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale nach §11 (2) ÖPNVG NRW zur Verfügung. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen des Linienabschnitts der Buslinie 142 südlich der Aachener Straße soll zeitnah geplant und umgesetzt werden.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Verlängerung der Linie 142 ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linie.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlängerung der Linie 142 im Norden erneut zu prüfen. Dabei soll insbesondere die Erschließung neuer Ziele (z.B. Finanzamt Köln-Nord, Neusser Straße im Agnesviertel, Lentpark...) und die Verknüpfung mit bestehenden Stadtbahnlinien (z.B. am Ebertplatz) untersucht werden. Dem Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes sind entsprechende Vorschläge mit der dazugehörigen Kosten-Nutzen-Rechnung vorzulegen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Linienverlängerung wird zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 erfolgen. Neue Haltestellen werden zunächst provisorisch eingerichtet. Der Ausbau der Haltestellen zu Buskaps ist geplant und wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012 umgesetzt. Der Prüfauftrag wird in 2012 abgearbeitet.

Neuer Sachstand:

Die Linienverlängerung der Buslinie 142 in Richtung Süden wurde zum Fahrplanwechsel 2011 umgesetzt.

Der barrierefreie Ausbau der zunächst provisorisch eingerichteten Haltestellen wird zurzeit vom Fachamt geplant. Es ist vorgesehen, ab Anfang/Mitte 2013 die Haltestellen abschnittsweise sukzessive endgültig auszubauen.

Die Verlängerung der Linie 142 in Richtung Norden wird zurzeit im Rahmen der zusätzlichen ÖPNV-Anbindung des Eis- und Schwimmstadions Lentpark geprüft. Dazu wird die Verwaltung dem Verkehrsausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung vorlegen.

**4.10 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd
1596/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) gemäß den Ausführungen in Abschnitt 3 zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 anzupassen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Änderungen im Busnetz Linksrheinisch Süd werden zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die Umsetzung ist erfolgt, der Beschluss ist damit erledigt.

**4.11 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 nach Fertigstellung der Nordanbindung Bf. Wahn
1595/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 in Wahnheide/Lind gemäß Abbildung 2 aus und beauftragt die Verwaltung, diese in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben zum nächstmöglichen Fahrplanwechsel umzusetzen, sobald eine Befahrung der Nordanbindung durch Linienbusse ermöglicht werden kann. Dabei soll abweichend von Abbildung 2 die Endhaltestelle der Buslinie 160 an der Haltestelle Linder Mauspfad eingerichtet werden.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Änderungen der Buslinien 160 und 162 werden zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die Umsetzung ist erfolgt, der Beschluss ist damit erledigt.

**4.12 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Markierungsarbeiten
1585/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für Markierungsarbeiten als Folge von Baumaßnahmen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wieder-

vorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag befindet sich im Vergabeverfahren. Die Submission fand am 01.09.2011 statt.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 01.12.2011 bis zum 30.11.2012 vergeben; der Beschluss ist damit erledigt.

**4.13 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung und Montage von Fahrradständern
1742/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung und Montage von Fahrradständern fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag muss abweichend von der ursprünglichen Planung öffentlich ausgeschrieben werden. Die Vergabeunterlagen werden vorbereitet.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 01.07.2012 bis zum 30.06.2013 vergeben; der Beschluss ist damit erledigt.

**4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Schutz- und Leiteinrichtungen
1746/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag Schutz- und Leiteinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag befindet sich im Vergabeverfahren. Die Submission fand am 30.08.2011 statt.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 01.12.2011 bis zum 30.11.2012 vergeben; der Beschluss ist damit erledigt.

**4.16 Verwendung der Stellplatzablösemittel
Hier: Tiefgarage Börsenplatz in Köln-Altstadt/Nord
1972/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, für die aus Stellplatzablösemitteln geförderten 192 Stellplätze in der Tiefgarage Börsenplatz gegen Rückerstattung der Zuwendung in Höhe von 393.000 € die Nutzungsbindung zugunsten der Öffentlichkeit aufzuheben.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer der Tiefgarage einen entsprechenden Zusatzvertrag abzuschließen.

Die Rückerstattung der Zuwendung in Höhe von 393.000 € wird dem Stellplatzbudget zugeführt.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Entwurf des Zusatzvertrages wurde dem Eigentümer der Tiefgarage zugesandt. Dieser prüft noch den Vertragsentwurf.

Neuer Sachstand:

Der Zusatzvertrag wurde mit Datum vom 19.12./23.12.2011 abgeschlossen. Der Betrag in Höhe von 393.000,00 € ist an die Stadtkasse überwiesen worden. Der Beschluss ist damit erledigt.

**4.17 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Sanierung der Bahnsteigkanten an den Haltestellen Slabystraße, Linie 13
und Linie 18
2055/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Sanierung der Bahnsteigkanten an den Haltestellen Slabystraße zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 326.000,00 Euro. Die Mittel stehen im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich in der Ausschreibungsphase und soll gemäß Abstimmungen zwischen KVB und Verwaltung bis zum Jahresende durchgeführt werden.

Neuer Sachstand:

Der Baubeginn musste auf Anfang 2012 verschoben werden. Ende Mai 2012 wurden die Bahnsteigsanierungen fertiggestellt – der Beschluss ist somit erledigt.

**4.18 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Planungsbeschluss zum Neubau Brücke Ginsterberg in Köln Weiden-
pesch
2057/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung für den Neubau der „Ginsterbergbrücke“ in Köln-Weidenpesch die Finanzierung sicherzustellen, erforderliche Genehmigungen zu beantragen bzw. entsprechende Vereinbarungen zu schließen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 26.000 € stehen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2011, bereit.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Planungen werden größtenteils mit eigener Personalkapazität erbracht. Für bestimmte Sonderleistungen – u.a. Bestandsaufnahme des Grüns, Bewertung des Grüneingriffs und Festlegung erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen - ist die Vergabe von Aufträgen an externe Fachplaner erforderlich.

Neuer Sachstand:

Die Entwurfsplanung wurde fertig gestellt. Die Beschlussvorlage wurde in den Verkehrsausschuss eingebracht.

**4.20 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Grunderneuerung der Straßenbrücke Gleueler Str.
2056/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Grunderneuerung der Straßenbrücke Gleueler Str. bei Gesamtkosten in Höhe von rd. 770.000,00 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Baumaßnahme wurde im Sommer 2011 ausgeschrieben.

Neuer Sachstand:

Der Baubeginn fand im Juni 2012 statt. Die Arbeiten zur Generalsanierung des denkmalgeschützten Brückenbauwerks werden voraussichtlich 6 bis 8 Monate dauern.

**4.21 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen
hier: Streckenzug Wilhelm-Sollmann-Straße und Johannes-Rings-Straße
2365/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen im Zuge des Streckenzuges Wilhelm-Sollmann-Straße und Johannes-Rings-Straße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Straßenplanung der Wilhelm-Sollmann-Straße wurde zwischenzeitlich um Rad-schutzstreifen etc. erweitert. Zurzeit werden die Ausschreibungen und Planungen der Lichtsignalanlagen vorbereitet. Es ist jedoch fraglich, ob sich ein Baubeginn in diesem Jahr noch realisieren lässt.

Neuer Sachstand:

Die Straßenplanung mit den Radschutzstreifen wird überarbeitet. Die dazu erforderlichen Signalplanungen erfolgen im Anschluss daran.

**4.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Erste Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum "KVB-Nachtverkehr" vom 26.05.2011
2362/2011**

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, die Bedienungshäufigkeit der Stadtbahnen im NachtTakt (vor Samstagen, Sonntagen und Feiertagen) zum nächsten Fahrplanwechsel vom 60- auf einen 30-Minuten-Takt zu verdoppeln.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Angebotsausweitung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Regelung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Taktverdichtung des NachtTakts erfolgt zum Fahrplanwechsel Dezember 2011.

Neuer Sachstand:

Die Umsetzung ist erfolgt, der Beschluss ist damit erledigt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der vorgesehene Planungswettbewerb für eine barrierefreie Anbindung der Südbrücke wird ausgesetzt.

Stattdessen ist mit geeigneten Instituten der Universität oder den Fachhochschulen zunächst ein studentischer Ideenwettbewerb (Semesterarbeit oder Workshop) durchzuführen.

Sachstand zum 31.10.2011:

In Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt wird ein studentischer Ideenwettbewerb durchgeführt.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung hat die Durchführung eines studentischen Ideenwettbewerbes geprüft. Es ergaben sich hierbei Bedenken der Architektenkammer, da hier Architektenleistungen ohne entsprechendes Honorar erbracht werden sollen. Aufgrund der Haushaltslage der Stadt Köln wird das Projekt "Barrierefreie Anbindung der Südbrücke" nicht vorrangig bearbeitet.

5.4 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst 1364/2011

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Waldecker Straße auf Basis der vorgelegten Ausführungsplanung (Anlage 1) nach Sicherstellung der Finanzierung umzugestalten.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, die Anregung der BV Mülheim „Dabei ist die Querungshilfe am Stadtteilzentrum (Nähe Eulerstr.) als Zebrastreifen zu gestalten.“ zu prüfen.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Ausführungsplanung ist fertig gestellt. Die Bauvorbereitung ist derzeit in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Derzeit läuft das Vergabeverfahren, mit dem Baubeginn ist noch in der 2. Jahreshälfte 2012 zu rechnen.

**5.5 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margareta-
straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtig-
ungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Le-
naupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011**

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße in Form eines Mittelbahnsteiges mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 2.971.400,00 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Baufeldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von 1.791.200,00 EUR aus investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme soll in der ersten Jahreshälfte 2012 umgesetzt werden. Um die Beeinträchtigungen für die Stadtbahnnutzer zu minimieren, sollen nur kurze Sperrzeiten zur Einrichtung der verschiedenen Bau- und Verkehrszustände erfolgen. Während der eigentlichen Hauptbautätigkeiten kann die Stadtbahn eingleisig im Wechselbetrieb den Baustellenbereich passieren. Erste vorlaufende Arbeiten – z.B. Grundstücksfreistellungen und Leitungsverlegungen - sollen noch 2011 erfolgen.

Neuer Sachstand:

Der Bahnsteig ist fertig gestellt. Die Restarbeiten (ohne Beeinträchtigung des Bahnbetriebs) dauern noch bis Mitte September an; der Beschluss ist somit erledigt.

5.6 Erweiterter Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2011 bei Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung und Mittelung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle sowie Teilsanierung des Brückenbauwer-

kes
1167/2011

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich der Zustimmung des Zuwendungsgebers zur zuwendungsunschädlichen Fortsetzung der Maßnahme - mit dem Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel (Hochbahn) mit städtischen Gesamtkosten von 2.415.200,00 Euro.

Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen für die 5-teilige Gesamtmaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung in Höhe von 829.821,73 Euro zu. Die Gesamtauszahlungen betragen nun 3.473.200,76 Euro statt 2.643.379,03 Euro.

Die Bereitstellung der Mehrauszahlungen in Höhe von 990.252,90 Euro zur Finanzierung der im ersten Absatz aufgeführten Teilmaßnahme erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-9090, Beschleun.maßn. L12 nördl./Ast/Ringesüdl. in Höhe von 990.252,90 Euro - Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes i.H.v. 2.223.752,90 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung - Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2011.

Außerdem ist der Rat mit der Teilsanierung des Brückenbauwerkes der Hochbahn an der Haltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel mit Gesamtkosten in Höhe von 158.000,00 Euro einverstanden.

Die Mittel für die zuvor genannte Teilsanierung stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2011 zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Die Maßnahme befindet sich im Ausschreibungsverfahren. Der Baubeginn ist vorbehaltlich geeigneter Witterung für das erste Quartal 2012 vorgesehen. Die Fertigstellung soll bis Ende 2012 erfolgen.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme Amsterdamer Str. / Gürtel befindet sich zurzeit in der Ausführung und soll voraussichtlich Ende 2012 bautechnisch abgeschlossen werden.

5.8 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Straßenabläufe
1428/2011

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat stellt den Bedarf für die Reparatur, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßenentwässerungseinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag befindet sich im Vergabeverfahren. Die Submission fand am 07.09.2011 statt.

Neuer Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 15.11.2011 bis zum 14.11.2012 vergeben; der Beschluss ist somit erledigt.

**5.9 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Maßnahmen zur Straßenerhaltung
1429/2011**

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat stellt den Bedarf für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Zeitvertrag wurde geändert beschlossen. Die Änderungen werden derzeit eingearbeitet. Die Vergabe wird vorbereitet.

Neuer Sachstand:

Die Submission ist erfolgt. Der Vergabevorschlag liegt nun beim Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung.

**5.11 Stadtbahnhaltestelle Chorweiler
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die brandschutztechnische Nachrüstung
1927/2011**

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Planung der brandschutztechnischen Nachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Chorweiler. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung bis zur Ausschreibungsreife vorzubereiten, die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicherzustellen.

Der Bedarf für die brandschutztechnische Nachrüstung wird anerkannt.

Die benötigten Mittel in Höhe von 443.250 Euro stehen im städtischen Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2011, zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Auf Grund der eingeschränkten Personalkapazität wird die Planung inklusive der erforderlichen Vergabe von Ingenieurleistungen voraussichtlich erst ab Anfang 2012 erfolgen können.

Neuer Sachstand:

Es wird auf die Mitteilung (Nr. 2182/2012) an den Verkehrsausschuss am 14.06.2012 über die beabsichtigte Beauftragung der KVB AG mit der Maßnahmenplanung verwiesen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes soll die Vergabe an die KVB AG dem Rat der Stadt Köln im Herbst 2012 zur Entscheidung vorgelegt werden.

**5.15 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße entsprechend den geltenden Forderungen der RABT 2006
2109/2011**

Beschluss (Rat am 14.07.2011):

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für den Bau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße in Höhe von 3.118.500 Euro fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im Doppelhaushalt 2010/2011 im Teilfinanzplanplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen - unter der Finanzstelle 6901-1202-1-0400, Fluchttunnel Grenzstr. zur Verfügung.

Sachstand zum 31.10.2011:

Der Bau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße wurde im September 2011 ausgeschrieben. Mit einem Baubeginn ist noch im Jahr 2011 zu rechnen.

Neuer Sachstand:

Der Baubeginn musste aus administrativen Gründen auf Mai 2012 verschoben werden. Zurzeit laufen die Arbeiten termingerecht. Im Frühjahr 2013 ist mit der Fertigstellung des Rohbaus zu rechnen. Die betriebstechnische Ausrüstung erfolgt im Rahmen der Generalsanierung Tunnel Grenzstraße.

18. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 27.09.2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen
hier: Aktualisierung der Prioritäten
1479/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Prioritätenliste für Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen gemäß Anlage 1 zu *mit der Maßgabe, dass die Maßnahme Lohsestraße (bisherige Priorität 16) auf die Priorität 14 vorgezogen wird.* Alle Einzelmaßnahmen sind den zuständigen Gremien in Form eines Planungsbeschlusses zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat mit der Grundlagenermittlung zur Aufzugsplanung Lohsestraße begonnen. Der Bau der Aufzüge ist für das Jahr 2015 vorgesehen. Da alle Einzelmaßnahmen u.a. auch im Verkehrsausschuss in Form von Planungsbeschlüssen vorgestellt werden, wird auf die weitere Berichterstattung in den Jahresberichten verzichtet.

**4.2 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 an der Severinsbrücke in Köln (Stadtbezirk Innenstadt)
3277/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung 2012 ff der Bauwerke der Severinsbrücke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Prüfung betragen 202.798,04 € brutto. Die Mittel sind im städtischen Haushaltsentwurf 2012 inklusive der Finanzplanung bis 2015 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen - berücksichtigt.

Sachstand:

Die Verwaltung beabsichtigt die Bauwerksprüfung an der Severinsbrücke in 2014 in Eigenleistung durchzuführen. Voraussetzung dafür ist jedoch eine ausreichende Personal und Sachausstattung.

4.3 Gemeinsamer Geh- und Radweg auf dem Parkgürtel im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und BAB 57 1405/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Südostseite des Parkgürtels im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und Anschlussstelle BAB 57 gemäß der aktualisierten Alternativplanung (Anlage 6) im Zuge der vorgesehenen Fahrbahnsanierung einen Zweirichtungsradweg mit baulichem Sicherheitsstreifen auszubauen und die Finanzierung für die Maßnahme aus Eigenmitteln der Stadt Köln sicherzustellen.

Sachstand:

Die Baumaßnahme wird derzeit vorbereitet.

4.5 Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel 1748/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung die Einmündung gemäß der Anlage 1 umzugestalten, so dass der freilaufende Rechtsabbieger von der Aachener Straße in den Stadtwaldgürtel zurückgebaut und in die Signalsteuerung des Knotens Aachener Straße/Gürtel integriert wird. Weiterhin wird durch den Ausbau die Einfahrt vom Stadtwaldgürtel in die Hültzstraße nicht mehr möglich sein.

Sachstand:

Folgende drei Beschlüsse aus dem Verkehrsausschuss können inhaltlich zusammen gefasst werden:

- 12.09.2002 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
- 03.02.2009, TOP 4.1 - Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
- 28.06.2011, TOP 4.6 - Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße
- 27.09.2011, TOP 4.5 - Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel

Die straßenplanerische Ausführungsplanung wurde inzwischen fertig gestellt und die Signalplanung entsprechend angepasst. Nach den Sommerferien wird der Gutachter der Verwaltung und der KVB AG die verkehrsabhängige Steuerung und das Ergebnis seiner Leistungsfähigkeitsuntersuchung vorstellen. Danach erfolgt die Vorstellung im Verkehrsausschuss mit dem Ziel, einen Baubeschluss zu erwirken. Anschließend wird der Umbau der Kreuzung in die Wege geleitet.

4.7 Sperrung der Auffahrt vom Perlengraben zur Tel-Aviv-Straße 3096/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Auffahrt vom Perlengraben zur Tel-Aviv-Straße dauerhaft zu sperren.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

Sachstand:

Die Sperrung der Auffahrt ist bereits umgesetzt. Der Rückbau der Verkehrsfläche ist Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens Tel-Aviv-Straße 1.

4.9 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Baugrunduntersuchungen 1586/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für Baugrunduntersuchungen als Grundlage für die Durchführung von Baumaßnahmen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Ausschreibung wurde zurückgezogen, da sich aufgrund fachtechnischer Änderungen der Leistungsumfang erhöht hat. Der angepasste Bedarf wurde dem Verkehrsausschuss zur Sitzung am 04.09.2012 unter der Session-Vorlage 1626/2012 erneut zum Beschluss vorgelegt.

4.10 Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger an signalgeregelten Stadtbahnquerungen 1683/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, für einen zweijährigen Erprobungszeitraum an zwei geeigneten Stadtbahnquerungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger Bodenwarnelemente zu installieren und die Wirkung wissenschaftlich zu untersuchen.

Sachstand:

Die Erprobung erfolgt in Zusammenarbeit mit der KVB AG. Von dort wurde die wissenschaftliche Begleituntersuchung beauftragt. Derzeit wird die Bestandsanalyse und Passantenbefragung an drei ausgewählten Überwegen durchgeführt. Ab Frühjahr 2013 wird aufbauend auf den Ergebnissen der Vorher-Untersuchung die technische Aufrüstung der Überwege durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik erfolgen.

4.11 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Platten, Pflaster und Borden 1724/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von Platten, Pflaster und Borden für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Teil 1 des Zeitvertrages (Vergabe Nr. 1: Standardformate): wurde mit einer Laufzeit vom 01.06.2012 bis zum 31.05.2014 vergeben.

Teil 2 des Zeitvertrages (Vergabe Nr. 2: Sonderformate): wurde mit einer Laufzeit vom 01.03.2012 bis zum 28.02.2014.

Der Beschluss ist somit erledigt.

4.13 1. Teilplan 1201 Straßen, Wege, Plätze: Baubeschluss, Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens für die Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Auweiler Straße/Martinusstraße 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-6-6606, Auweiler Straße/Martinusstraße, Kreisverkehr 1936/2011

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stimmt der vorliegenden Ausbauplanung zu, stellt den Bedarf für den Kreisverkehr Auweiler Straße/Martinusstraße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 297.500 € für den Kreisverkehr Auweiler Straße/Martinusstraße bei der Finanzstelle 6601-1201-6-6606 - Auweiler Straße/Martinusstraße, Kreisverkehr, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Sachstand:

Die Maßnahme wurde im August 2012 umgesetzt und ist erledigt.

- 4.15 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Generalsanierung Radwege Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008 Generalsanierung Radwege, (Vorgebirgspark)**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008 Generalsanierung Radwege 2048/2011

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Generalsanierung Radwege, hier: Generalsanierung der Radwege, Vorgebirgspark, fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 561.271,37 € für die Generalsanierung der Radwege, Vorgebirgspark, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1008 – Generalsanierung Radwege, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2011.

Sachstand:

Die Maßnahme wurde im Sommer 2012 umgesetzt. Die Abnahme steht noch aus.

- 4.16 Baubeschluss und Vorbereitung der Vergabe für die Erneuerung von Schutzplanken auf der Industriestraße zwischen Geestemünder Straße und Emdener Straße 2195/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung der Schutzplanken im Bereich Industriestraße zwischen Geestemünder Straße und Emdener Straße fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Ausschreibung wurde auf der Grundlage einer Vergabebeschwerde aufgehoben. Das Leistungsverzeichnis wird derzeit überarbeitet. Das Vergabeverfahren soll im letzten Quartal 2012 eingeleitet werden.

- 4.17 1. Baubeschluss; hier: Generalsanierung Radwege Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008 Generalsanierung Radwege, (Elbeallee)**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008 Generalsanierung Radwege (Elbeallee)
2694/2011

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Generalsanierung der Radwege Elbeallee. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 449.820 € für die Generalsanierung der Radwege Elbeallee bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1008 – Generalsanierung Radwege, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Sachstand:

Die Maßnahme ist bereits abgeschlossen. Die Abnahme erfolgte am 31.07.2012. Der Beschluss ist somit erledigt.

- 4.21 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
 Sanierung der Stützwand Niehler Gürtel
 3145/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Sanierung der Stützwand am Niehler Gürtel zwischen der Boltensternstraße und der Zufahrtsrampe zur Mülheimer Brücke auf einer Länge von ca. 225 m zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 735.500,00 Euro brutto. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2012 einschließlich der Mittelfristplanung bis 2015 im Teilergebnisplan 1202- Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt worden. Die Realisierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushalts.

Sachstand:

Die Arbeiten wurden Anfang 2012 begonnen und werden voraussichtlich im Herbst 2012 abgeschlossen sein.

- 4.22 Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
 hier: Beschaffung einer Arbeitsmaschine mit Hubsteiger
 3161/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnah-

me einer selbstfahrenden Arbeitsmaschine mit Hubsteiger an und stimmt der Beschaffung zu.

Die nötigen Mittel in Höhe von rund 153.000 Euro brutto stehen im Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Zeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen -; Hj. 2011 bereit.

Sachstand:

Die AWB ist am 05.11.2011 mit der Erstellung des Leistungsverzeichnisses und der anschließenden Beschaffung schriftlich beauftragt worden. Mit der Bereitstellung der Maschine ist Ende 2012 zu rechnen.

**4.23 Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Beschaffung von zwei Prüffahrzeugen mit Doppelkabine mit begehbaren
Kastenaufbau und Anhängerkupplung
3163/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnahme von zwei Prüffahrzeugen für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau an und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens sowie der Beschaffung zu.

Die benötigten Mittel in Höhe von 154.700,00 Euro brutto sind im Haushaltsplanentwurf 2012 einschließlich der Mittelfristplanung bis 2015 im Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Zeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen – berücksichtigt worden.

Sachstand:

Das Beschaffungsverfahren der Prüffahrzeuge wurde in 2011 über die AWB Köln initiiert. Der Verwaltung liegen nun die konkreten Beschaffungskosten für beide Fahrzeuge vor. Die Kosten für beide Fahrzeuge betragen 195.000,00 €. Die Mehrkosten wurden vom Rechnungsprüfungsamt genehmigt und werden nun den zuständigen Gremien erneut zur Genehmigung vorgelegt.

**4.24 1. Baubeschluss; hier Generalsanierung Radwege Boltensternstraße
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-0-1008
Generalsanierung Radwege (Boltensternstraße)
3167/2011**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Generalsanierung der Radwege Boltensternstraße im Bereich von Amsterdamer Straße bis Barbarastrasse. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 874.650 € für die Generalsanierung der Radwege

Boltensternstraße im Bereich von Amsterdamer Straße bis Barbarastraße bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1008 – Generalsanierung Radwege, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Sachstand:

Die Baumaßnahme wurde im Juni 2012 begonnen und wird voraussichtlich in 2013 abgeschlossen sein.

4.25 Verwendung der Stellplatzablösemittel

**hier: Herstellung zusätzlicher öffentlicher Stellplätze in der Rhöndorfer Straße in Köln-Klettenberg
3236/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass für die Herstellung zusätzlicher öffentlicher Längsstellplätze in der Rhöndorfer Straße zwischen Stenzelbergstraße und Gottesweg ein Betrag in Höhe von 139.000,00 € aus Stellplatzablösemitteln zur Verfügung gestellt wird.

Die Finanzierung erfolgt aus den bei Finanzposition 6200.168.5100.3 vereinnahmten Mitteln.

Sachstand:

Die Maßnahme wird derzeit seitens der Bauausführung umgesetzt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.4 Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze;

**hier: Außerplanmäßige Auszahlung Umbau Kreuzungsbereich Tel-Aviv-Straße/Blaubach
1852/2011**

Beschluss (Rat am 13.10.2011):

Der Rat beschließt zur Sicherstellung des Umbaus der Kreuzung Tel-Aviv-Straße/Blaubach eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 158.104,08 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei neuer Finanzstelle 6601-1201-1-1059 Umbau Kreuzung Tel-Aviv-Straße/Blaubach im Haushaltsjahr 2011. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6601-1201-1-5607, Severinstraße, Umgestaltung, Haushaltsjahr 2011.

Sachstand:

Der Umbau des Kreuzungsbereiches ist abgeschlossen. Die städtische Kostenbeteiligung wurde investiv als eine außerplanmäßige Auszahlung abgewickelt. Die fällige Zahlung wurde im Haushaltsjahr 2011 angewiesen. Der Beschluss ist somit erledigt.

**5.5 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Planungsbeschluss sowie außerplanmäßige Auszahlung für den
Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Vingst
2004/2011**

Beschluss (Rat am 13.10.2011):

Der Rat ist mit der Planung zum Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Vingst gemäß Variante 1a mit dem Aufzugstyp Seiteneinsteiger einverstanden und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung für die Planungsleistungen in Höhe von 100.000,00 Euro im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114 Hst. Vingst – Einbau von Aufzügen, Hj. 2011. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6903-1202-0-7000 Nachträglicher Einbau von Aufzügen, Hj. 2011. Die weiteren Mittel für die Baumaßnahme werden im Rahmen der Hpl-Aufstellung 2012 berücksichtigt.

Sachstand:

Die Vergabe der Ingenieuraufträge ist für Anfang 2013 geplant. Infolge der sehr spät genehmigten Haushaltssatzung gibt es bei der Vorbereitung des Projektes derzeit eine Verzögerung von ca. 6 Monaten. Der Baubeginn kann daher erst in 2014 erfolgen.

**5.6 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Prüfingenieurleistungen für die Nachrechnung des Überbaus und die
Planung von Verstärkungsmaßnahmen
2637/2011**

Beschluss (Rat am 13.10.2011):

Der Rat erkennt den Bedarf zur Vergabe von Prüfingenieurleistungen für die Nachrechnung des Überbaus und die Planung von Verstärkungsmaßnahmen an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe an einen externen Prüfingenieur.

Die benötigten Mittel in Höhe von 47.200,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2011 veranschlagt.

Sachstand:

Der Auftrag ist erteilt. Der Prüfingenieur hat mit der Prüfung begonnen.

**5.8 Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege Plätze; hier: Außerplanmäßige Auszahlung für die Generalinstandsetzung und Umgestaltung Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße
2992/2011**

Beschluss (Rat am 13.10.2011):

Der Rat beschließt zur Sicherstellung der Generalinstandsetzung und Umgestaltung der Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 402.746,61 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei neuer Finanzstelle 6601-1201-4-1033, Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße, Haushaltsjahr 2011. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Haushaltsjahr 2011.

Sachstand:

Dieser Beschluss kann mit dem Beschluss vom 19.08.2008, TOP 4.9 zusammen gefasst werden. Es handelt sich bei beiden um die Maßnahme Leostraße.

Die Baumaßnahme befindet sich in der Vergabephase. Es ist vorgesehen, nach Sicherstellung der Finanzierung mit den Bauarbeiten im 4. Quartal 2012 zu beginnen.

**5.16 219. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3428/2011**

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

Der Rat beschließt den Erlass der 219. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Die Satzung wurde im Amtsblatt vom 28.12.2011, S.1170 ff veröffentlicht. Das Satzungsverfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

**5.19 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium
hier: Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
2673/2011**

Beschluss (Rat am 13.10.2011):

Der Rat erkennt den zusätzlichen Personalbedarf für 1 Stelle Diplom-Ingenieur / Diplom-Ingenieurin Entgeltgruppe 12 TVöD für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium“ in den Abteilungen Ent-

wurfsplanung und Neubau des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau an. Der Rat beschließt die Stellenzusetzung zum Stellenplan 2012. Da mit Abschluss der Genehmigungsplanung voraussichtlich im 4. Quartal 2011 die Teilprojektleitung für Ingenieurbauwerke auf das Amt für Brücken und Stadtbahnbau übergehen soll, ist im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 eine Besetzung der Stelle bereits Ende 2011 erforderlich. Verwaltungsintern wird eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Personalkosten in Höhe von jährlich 75.700,00 € ab dem Haushaltsjahr 2012 erfolgt mangels Kompensationsmöglichkeiten aus dem verfügbaren Budget durch eine entsprechende Aufstockung des Personalkostenbudgets. Die Arbeitsplatzkosten in Höhe von ca. 20.700,00 € sowie die laufenden Unterhaltungskosten werden aus vorhandenen Ansätzen finanziert.

Sachstand:

Die Stelle wurde im Mai 2012 mit einem internen Bewerber besetzt. Der Beschluss ist somit erledigt.

19. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 15.11.2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

**3.1 Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009
hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen
3849/2011**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2011
AN/2036/2011**

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der heutigen Diskussionsbeiträge beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung in Abstimmung mit der KVB, die ÖPNV-Erschließung von Gut Leidenhausen erneut zu prüfen und dem Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Insbesondere ist im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans Köln zu prüfen, ob alternative Bedienungsformen (Angebote auf Abruf: z.B. Rufbusse, Anruftaxi) zunächst zu bestimmten Jahreszeiten (z.B. von Anfang der Osterferien bis Ende der Herbstferien) eingerichtet werden können. Hierbei ist auch eine Anbindung an den Flughafen zu prüfen; des Weiteren Regelangebote wie z. B. stündliche Fahrten in den Sommermonaten. Bei positivem Prüfergebnis ist möglichst eine Ausweitung des bestehenden ÖPNV-Angebotes zum April 2013 vorzusehen.

Sachstand:

Eine Beschlussvorlage wird im 2. Halbjahr 2012 vorgelegt.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Erneuerungsprogramm ab 2012
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
27.11.2007, TOP 4.9
3265/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Signalplanung und Einleitung der weiteren Schritte zur Realisierung des Erneuerungsprogramms im Zuge der folgenden Streckenzüge:

- Magnusstraße zwischen Hohenzollernring und Tunisstraße

- Viktoriastraße und Turiner Straße zwischen Hansaring und Ebertplatz

und beauftragt die Verwaltung, im Vorfeld zu prüfen, ob zu erneuernde Signalanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden können.

Sachstand:

Die Magnusstraße wird wegen straßengestalterischen Umbauten zurückgestellt. Die Straßenzüge Viktoriastraße und Turiner Straße werden im Rahmen der Erneuerung der Lichtsignalanlagen auf Radwegführungen untersucht. Im Anschluss daran werden die dazu erforderlichen Signalplanungen fertig gestellt.

**4.4 Bedarfsfeststellung für Ingenieurleistungen des Programms "Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen"
1130/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Vergabe von Ingenieurleistungen für die Planung des Programms "Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen" fest und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe.

Sachstand:

Der Ingenieurvertrag ist abgeschlossen. Die Planungen werden derzeit erstellt.

**4.6 Durchführung einer Verkehrsuntersuchung für den Bereich der Magnusstraße-Burgmauer/Zeughausstraße-Komödienstraße
3857/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer Verkehrsuntersuchung zur Umgestaltung des Straßenzuges Magnusstraße-Burgmauer/Zeughausstraße-Komödienstraße. Dabei soll eine Bündelung des Kfz-Verkehrs auf der Straße "Burgmauer" und eine Sperrung der Zeughausstraße-Komödienstraße im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt vom 07.07.2011 mit untersucht werden.

Sachstand:

Nach der Sommerpause wird die Verwaltung mit der Untersuchung beginnen. Zunächst sollen aktuelle Verkehrsdaten durch Zählungen ermittelt werden.

**4.8 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Leistungen der Bauüberwachung während der Bauausführung
4406/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Vergabe der Bauüberwachung, der Bauoberleitung und der SiGeKo-Leistung fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Vergaben.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der baubegleitenden Leistungen betragen ca. 77.000 € brutto.

Die Mittel sind bei der Finanzstelle 6903-1202-5-6004 berücksichtigt.

Sachstand:

Die Baumaßnahme befindet sich in der Ausführung (vgl. hierzu die Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.06.2011). Die Leistungen wurden vergeben.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.2 Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße
2979/2011**

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

Der Rat stimmt den vorgelegten Ausbauplänen zum Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße zu und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte zur Realisierung der Maßnahme einzuleiten und die Finanzierung sicherzustellen.

Darüber hinaus bittet der Rat, die vorgesehene Fahrradverkehrsführung im geplanten Kreisverkehr Geestemünder Straße/Neusser Landstraße zu optimieren.

Sachstand:

Die Ausführungsplanung wurde gemäß dem Beschluss optimiert. Derzeit wird der landschaftpflegerische Begleitplan erarbeitet. Ferner führt die Verwaltung mit der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) zur Zeit weitergehende Abstimmungen zu einer Kostenbeteiligung für den Straßenausbau durch. Auf Wunsch der Bezirksregierung Köln wird der bisher vorgelegte Einplanungsantrag zudem zur Zeit aktualisiert.

Da der im Ausbaubereich liegende Medienkanal einsturzgefährdet ist, musste aus verkehrssicherheitstechnischen Gründen eine Richtungsfahrbahn der Geestemünder Straße für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Dies führt zu erheblichen verkehrlichen Problemen. Um schnellstmöglich eine Kanalsanierung durchführen zu können, wurde bei der Bezirksregierung am 10.07.2012 ein Antrag auf Anerkennung als Vorsorgemaßnahme gestellt. Diese Anerkennung ist erforderlich, damit keine eventuellen Zuschüsse verloren gehen. Die Bezirksregierung hat über den Antrag noch nicht entschieden. Zur Zeit werden einige Rückfragen beantwortet.

Darüber hinaus werden zur Zeit vorbereitende Arbeiten zur Aufstellung des Leistungsverzeichnisses durchgeführt. Nach Vorliegen des Bewilligungsbescheides wird mit den signaltechnischen Planungsarbeiten an der Geestemünder Straße begonnen.

**5.3 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebig-
straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen und Verpflichtungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007
3020/2011**

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

- I. Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße in Form eines Mittelbahnsteiges mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 3.707.328,98 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungs-

schädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Bau-
feldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.744.711,34 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.962.617,64 EUR, Hj. 2012.

Der Rat beschließt darüber hinaus unter Bezug auf die Beschlüsse der BV Ehrenfeld in den Sitzungen vom 12.09. sowie 10.10.2011 (Anlage 7), der Stellungnahme der Verwaltung hierzu (Anlage 8) sowie der Diskussion in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.11.2011 (Anlage 9) die Planung entsprechend der Anlage 8.1 weiter zu führen und umzusetzen.

Sachstand:

Der Umbau der Haltestelle Liebigstraße hat im Mai 2012 begonnen.

5.4 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007 3055/2011

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße in Form von Seitenbahnsteigen mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 1.093.908,66 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Bau-
feldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.093.908,66 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Die Ostseiten der Bahnsteige sollen eine Zugangsmöglichkeit für die aus den östlich gelegenen Wohnquartieren kommenden Fußgängerinnen und Fußgänger erhalten.

Sachstand:

Die Verwaltung verweist zunächst auf ihren in der Sitzung am 04.09.2012 gegebenen Sachstandsbericht.

**5.8 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4233/2011**

Beschluss (Rat am 20.12.2011):

Der Rat beschließt den Erlass der 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Die Satzung wurde im Amtsblatt vom 01.02.2012, S.99 f veröffentlicht. Das Satzungsverfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

**5.9 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn - Bedarfsfeststellungsbeschluss für die externe Vergabe der Generalplanung
4271/2011**

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

Der Rat stellt den Bedarf für die externe Vergabe der Leistungen der Generalplanung für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Das entsprechende Vergabeverfahren wurde noch in 2011 eingeleitet und die Leistungen der Generalplanung am 21.08.2012 beauftragt. Der Beschluss ist somit erledigt.

**5.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium; Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
4156/2011**

Beschluss (Rat am 24.11.2011):

Der Rat erkennt den Bedarf für eine zusätzliche Stelle Technischer Angestellter (Ingenieur/Ingenieurin) VGr. IV a/III BAT (EG 11 TVöD) für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium“ in der Abteilung Neubau des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau an. Er beschließt die befristete Stellenzusetzung zum Stellenplan 2012 und stimmt der Stellenbesetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 zu. Verwaltungsintern wird eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 65.100,00 € und Sachkosten in Höhe von jährlich 19.640,00 € erfolgt durch eine Einsparung in gleicher Höhe im gleichen Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -, TPZ 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Sachstand:

Die Stelle wurde nach Ausschreibung und Personalauswahlverfahren im Juni 2012 besetzt. Der Beschluss ist somit erledigt.

20. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 06.12.2011

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
 5387/2010

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Ehrenfeld wird die Verwaltung beauftragt, die bisher vorgesehene Umgestaltung der Querung für Fußgänger und Radfahrer über den Ehrenfeldgürtel in Höhe Bartholomäus-Schink-Straße nicht weiter zu verfolgen. Auch andere Zwischenlösungen sollen für den Bereich Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße/ Bartholomäus-Schink-Straße nicht weiter geplant und ausgebaut werden.

Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, langfristig die Einmündungen der Hüttenstraße und der Bartholomäus-Schink-Straße wieder direkt gegenüber anzuordnen, so dass eine Kreuzung ohne Versatz entsteht. Die heutige Bushaltestelle auf dem Ehrenfeldgürtel in Fahrtrichtung Subbelrather Straße bzw. Hüttenstraße ist dann linienbezogen als Bushaltestelle jeweils in der Hüttenstraße und auf dem Ehrenfeldgürtel anzulegen. Sowohl die Bartholomäus-Schink-Straße als auch die Hüttenstraße sind dann ebenfalls für den Radverkehr in beiden Richtungen zu öffnen.

Sachstand:

Auf Grund der Beschlusslage durch die politischen Gremien werden sowohl eine kurzfristige Umgestaltung als auch mögliche Zwischenlösungen von der Verwaltung nicht weiter verfolgt.

Die Verwaltung hat den weitergehenden Beschluss für eine langfristige Umgestaltung des Knotenpunktes in das Arbeitsprogramm aufgenommen.

- 4.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen
 hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010, TOP 5.1
 1732/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die sukzessive, systematische Erneuerung der in der Vorlage aufgeführten Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen - im Kölner Stadtgebiet, *ausgenommen die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Venloer Straße/ Hans-Böckler-Platz/ Ludolf-Camphausen-Straße* fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. *An der Kreuzung Venloer Straße/ Hans-Böckler-Platz/ Ludolf-Camphausen-Straße wird die Verwaltung beauftragt, einen Kreisverkehr einzurichten.*

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zudem

- 1. prioritär am Parkgürtel/Longericher Straße/Geldernstraße einen Kreisverkehr einzurichten oder hilfsweise – sollte dies nicht möglich sein – eine Linksabbiegespur aus der Longericher Straße in den Parkgürtel*
- 2. Kreisverkehre Neusser Straße/Friedrich-Karl-Straße und Friedrich-Karl-Straße/Duisburger Straße/Eichhornstraße schnellstmöglich zu realisieren.*

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Planung zur Kreuzung Venloer Straße/Hans-Böckler-Platz/Ludolf-Camphausen-Straße wird im Rahmen des Programms Alternative Knotenpunktsbetriebsformen erstellt.

Zu Punkt 1: Auf Grund der Lage der örtlichen Bebauung ist es geometrisch nicht möglich, den Knotenpunkt als Kreisverkehr auszubauen. Alternativ hat die Verwaltung zwischenzeitlich eine Konzeptskizze für eine zusätzliche Linksabbiegerspur erstellt. Auf der Grundlage dieser Konzeptskizze wird die Verwaltung noch im Jahr 2012 die Vorentwurfsplanung erarbeiten. Nach erfolgter verwaltungsinterner Abstimmung erhalten der Verkehrsausschuss und die Bezirksvertretung Nippes diese Planung zur weiteren Beratung und Beschlussfassung.

Zu Punkt 2: Die Verwaltung hat die Maßnahmen in das Arbeitsprogramm aufgenommen.

Die Kreisverkehrsanlage kann auf Grund der hohen Verkehrsbelastung erst nach dem Gürtelausbau realisiert werden.

4.7 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße 1961/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Hartwichstraße folgende Maßnahmen vorzunehmen:

1. Durchführung eines sechsmonatigen Verkehrsversuches, der folgende verkehrliche Änderungen beinhaltet:
 - Freigabe der Escher Straße im Abschnitt zwischen Hartwichstraße und Innere Kanalstraße *nur* in Fahrtrichtung Innere Kanalstraße für den Lkw-Verkehr in der Zeit zwischen 06:00 und 22:00 Uhr.
 - Sperrung der Hartwichstraße für den Lkw-Verkehr (Anlieger frei zwischen 06:00 und 22:00 Uhr und KVB frei) durch eine entsprechende Beschilderung.
2. Information der Anwohner und Gewerbetreibenden durch Faltblätter über die Änderung der Verkehrsführung.
3. Durchführung von Verkehrsuntersuchungen.
4. Erstellung eines abschließenden Berichtes und dessen Vorlage beim Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen.

Sachstand:

Der Verkehrsversuch läuft seit dem 07.05.2012. Die Anwohner und Gewerbetreibende wurden vor Beginn des Verkehrsversuchs durch Faltblätter informiert. Erste begleitende Verkehrsuntersuchungen wurden durchgeführt.

**4.10 Baubeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Generalsanierung der Peter-Griß-Straße in Köln-Stammheim
4367/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt aufgrund der Kostenerhöhung von 160.000,00 € auf 263.000,00 € erneut die Generalsanierung der Peter-Griß-Straße und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Das Vergabeverfahren läuft bereits, so dass mit einem Baubeginn noch Ende 2012/Anfang 2013 zu rechnen ist.

**4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen
4688/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Beauftragung eines Zeitvertrages zur Beauftragung von unvorhersehbaren Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Erneuerung von Lichtsignalanlagen fest und beauftragt die Verwaltung als Ergebnis des bereits durchgeführten Vergabeverfahrens für den Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2012 den Auftrag gemäß Vorschlag des städtischen Vergabebeamten an den Mindestbieter zu vergeben.

Sachstand:

Die Vergabe ist erfolgt. Der Beschluss wird als erledigt betrachtet.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.7 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4246/2011**

Beschluss (Rat am 20.12.2011):

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Die Satzung wurde im Amtsblatt vom 28.12.2011, S.1134 ff veröffentlicht. Das Satzungsverfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

**5.9 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße
3058/2011**

Beschluss (Rat am 14.02.2012):

Der Rat stimmt der dargestellten Variante 3 zu und beschließt, auf den Neubau der beiden Brückenbauwerke (Fußgängerbrücke über der Militärringstraße in Verlängerung der Tollerstraße sowie Verbindungsbrücke zwischen den Schulgrundstücken) zu verzichten. Die derzeit getrennten Schulhöfe der Max-Ernst-Gesamtschule sollen zukünftig zusammengelegt werden.

Als Ersatz für den in Verlängerung der Tollerstraße zwischen den Schulgrundstücken liegenden Gehweg wird im Zuge der Stadtbahnmaßnahme eine neue Wegeverbindung vom Wendehammer Schumacherring zum Militärring realisiert.

Sachstand:

Die Vorgaben wurden im Rahmen des Deckblattverfahrens zum Genehmigungsantrag zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 berücksichtigt.

**5.11 Vergabe von Ingenieurleistungen
hier Umgestaltung der Straßen um die Oper
4084/2011**

Beschluss (Rat am 20.12.2011):

Der Rat stimmt der Vergabe von Planungsleistungen der Oberflächengestaltung gemäß Anlage 1 für die Brüderstraße, Glockengasse, Kreuzgasse, Krebsgasse, Am Alten Posthof bis Hämergasse und Neue Langgasse bis Breite Straße zu.

Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für Planungsmittel in Höhe von 145.000,00 € im Haushaltsjahr 2011 im Teilplan 1201 Straßen, Wege und Plätze bei neuer Finanzstelle 6601-1201-1-1042 Straßen um Opernhaus, Umgestaltung. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6601-1201-1-5607, Severinstraße Umgestaltung in Höhe von 50.000,00 € und bei Finanzstelle 6601-1201-2-5615 Höninger Weg in Höhe von 95.000,00 €.

Sachstand:

Zur Zeit wird die Entwurfsplanung erstellt.

**5.14 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 sowie die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012
4656/2011**

Beschluss (Rat am 20.12.2011):

Der Rat beschließt:

1. Die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012 gemäß Anlage 1
2. Die ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 wird unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu einem Anteil von 95 Prozent (11.976.590,86 €) für die Finanzierung der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen auf dem Gebiet der Stadt Köln durch vom Rat der Stadt Köln mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtung betraute Unternehmen verwendet. Die restlichen fünf Prozent der ÖPNV-Pauschale in Höhe von 630.346,89 € verbleiben bei der Stadt Köln zur Verwendung für Zwecke des ÖPNV.
3. Für die Beschaffung von Stadtbahnwagen aus Vorjahren wird durch die Restablösung einer bestehenden Verpflichtungsermächtigung ein Betrag in Höhe von 4.761.151,22 € an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) ausbezahlt.
4. Dementsprechend wird die Auszahlung von bis zu 7.215.439,64 € aus der ÖPNV-Pauschale an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) als einziges von der Stadt Köln mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betrautes Verkehrsunternehmen vorgenommen. Die Auszahlung erfolgt in Form einer Gesellschafterzuzahlung im Sinne der Betrauung der KVB. Die KVB hat die Gesellschafterzuzahlung entsprechend den Regelungen in der Betrauung zu vereinnahmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen der KVB die Auszahlungen zu gewähren.

Sachstand:

Die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale nach §11(2) ÖPNVG NRW ist zum 01.01.2012 in Kraft getreten und gilt bis zum 31.12.2015. Sie wurde im Amtsblatt Nr. 12/2012 veröffentlicht.

Die Verwendung der Pauschale für das Jahr 2011 gemäß Beschluss des Rates vom 20.12.2011 ist fristgerecht erfolgt.

Der Beschluss ist damit erledigt.

22. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 31.01.2012

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.3 Umstufung der Kreisstraße 31 - Engeldorfer Straße in Köln-Meschenich - im Abschnitt von der Straße Im Rheintal bis einschließlich Parzelle 421 3100/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Kreisstraße 31 - Engeldorfer Straße - im Abschnitt von Im Rheintal bis einschließlich der Parzelle 421 umzustufen von „freie Strecke“ in „Ortsdurchfahrt“.

Sachstand:

Die Bezirksregierung wurde schriftlich informiert und um Genehmigung gebeten. Sobald eine positive Rückmeldung über die neue Festsetzung der Grenzen der Ortsdurchfahrt vorliegt, wird die Veröffentlichung im Amtsblatt in die Wege geleiten.

4.4 Umstufung der Kreisstraße 15 - Godorfer Straße in Köln Immendorf, im Abschnitt von Stormstraße in östliche Richtung bis Godorfer Straße 29 (Schule) und von Haus-Nr. 45 bis 61 3109/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Kreisstraße 15 - Godorfer Straße, im Abschnitt von Stormstraße bis Godorfer Straße 29 und von Haus-Nr. 45 bis 61, von „freie Strecke“ in „Ortsdurchfahrt“ umzustufen.

Sachstand:

Die Bezirksregierung wurde schriftlich informiert und um Genehmigung gebeten. Sobald eine positive Rückmeldung über die neue Festsetzung der Grenzen der Ortsdurchfahrt vorliegt, wird die Veröffentlichung im Amtsblatt in die Wege geleiten.

4.6 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll 1750/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll gemäß den beigefügten Planunterlagen Lage- und Markierungsplan 1-4 und dem Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 23.09.2008 mit der Neuordnung des öffentlichen Parkraums und die Maßnahme nach Sicherstellung der Finanzierung umzusetzen.

Darüber hinaus sollte die von der Verwaltung vorgeschlagene Testphase möglichst kurzfristig – idealerweise im ersten Quartal 2012 – zu beginnen.

Vor Beginn der Testphase soll folgender Vorschlag geprüft und unter der Voraussetzung eines geringen finanziellen Mehraufwandes eingearbeitet werden:

Die Planung soll ergänzt werden um die Einrichtung einer Fahrradspur oder eines Schutzstreifens auf der Fahrbahn. Die Parkflächen werden dafür um die Breite des jetzigen Fahrradstreifens von der Fahrbahn weg verschoben, so dass die entsprechende Fläche auf der Fahrbahn frei wird. Um während der Testphase das Auffahren auf den bestehenden Bordstein zu ermöglichen, kann diese Kante evtl. durch Aufbringen von Asphalt entschärft werden.

Sachstand:

Aufgrund des Ergänzungsantrages wird derzeit die Planung zur Anordnung von Schutzstreifen für Radfahrer auf der Fahrbahn erarbeitet und soll bis zum IV. Quartal dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Porz erneut zur Prüfung und Beratung vorgestellt werden.

4.7 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring 3799/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, die im rechtskräftigen Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Köln für das Stadtgebiet Köln (2007) vorgesehene Maßnahme zur Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte in Form einer umweltabhängigen Signalplanauswahl für den Streckenzug „Clevischer Ring/Bundesautobahn-Ausfahrt Mülheimer Zubringer bis Bergischer Ring/Grünstraße“ in der Variante 2 durch punktuelle Optimierungen am Wiener Platz, Bergischer Ring/Danzierstraße und Clevischer Ring/Berliner Straße unter Berücksichtigung der bestehenden Fahrbahnaufweitung einschließlich der Dosierung des Verkehrs durch dynamische Pfortnerung zu realisieren. Die Finanzierung der Maßnahme wird durch eine budgetneutrale Umschichtung im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze im Rahmen der Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan 2012 sichergestellt.

Sachstand:

Die Verwaltung überarbeitet zur Zeit das Leistungsverzeichnis für die zu ergänzende Umweltsensorik und die Aufrüstung der Verkehrstechnik einschließlich der Entwicklung der zusätzlichen Signalprogramme. Die Aufrüstung der Verkehrstechnik ist eng gekoppelt an die durch den Ausschuss beschlossene Neubeschaffung des zentralen Verkehrsrechners. Eine Förderfähigkeit der lokalen Maßnahmen wird von der Bezirk-

regierung eher kritisch gesehen. Die Fachverwaltung strebt aus Wirtschaftlichkeitsgründen wegen der dort existierenden signaltechnischen Ausstattung eine Einzelvergabe an die Firma Siemens als Generalunternehmer an.

4.8 MÜLHEIM 2020, Gestaltung Berliner Straße als Geschäftsstraße 4083/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss

beauftragt die Verwaltung, die vorgelegte Entwurfsplanung (Anlagen 1 - 3) in einer Bürgerinformation vorzustellen und dabei die Grundstückseigentümer über die entstehenden Straßenbaubeiträge (KAG) zu informieren.

Weiterhin beschließt der Verkehrsausschuss die Vergabe der Planung der Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung).

Ein Jahr nach Fertigstellung der Maßnahme ist der Bezirksvertretung Mülheim und dem Verkehrsausschuss vorzustellen, ob sich durch die neue Abbiegebeziehung (Linksabbieger) aus der Dünwalders Straße Richtung Clevischer Ring das Verkehrsaufkommen in der Mülheimer Freiheit und der Dünwalders Straße erhöht hat.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 44.500,00 € im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9- 5540 „MÜLHEIM 2020 – Berliner Straße“, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2012.

Sachstand:

Die Bürgerinformationsveranstaltung hat am 31.05.2012 stattgefunden, die Vergabe der Ausführungsplanung erfolgte im Juli 2012.

4.9 Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühlingen von Merianstraße bis Anschluss Blumenbergsweg/Neusser Landstraße 3972/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt den vorgelegten Ausbauplänen zum Ausbau der Verlängerung der Industriestraße von Merianstraße bis Anschluss Blumenbergsweg/Neusser Landstraße zu und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte zur Realisierung der Maßnahme einzuleiten und die Finanzierung sicherzustellen, vor-

behalten weiterer Alternativvorschläge zur der Querung der Umgehungsstraße vor allem im Bereich des Mohlenweg und Heinrichhofsweg. Zudem soll die geplante Rampe so schmal wie möglich ausgestaltet werden.

Sachstand:

Die geplante Rampe wurde bei der Ausführungsplanung gemäß dem Beschluss des Verkehrsausschusses optimiert. Derzeit erfolgt die Planung für die landschaftspflegerischen Arbeiten. Ebenso wird zur Zeit die erforderliche Kreuzungsvereinbarung für den Knotenpunkt Neusser Landstraße (B 9)/Blumenbergsweg (L 43)/Mennweg zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln abgestimmt.

**4.10 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
hier: Gestaltungskonzept der Hauptstraße von Steinstraße bis Poststraße
1721/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Entwicklungskonzeptes vom 13.03.2010, im Rahmen detaillierter Entwurfsplanungen des als Anhang beigefügten Gestaltungskonzeptes der Hauptstraße von Steinstraße bis Poststraße, *folgende Maßnahmen vorzunehmen:*

- 1) *Vorlage einer Verkehrsuntersuchung, welche die Auswirkungen auf die Verkehrsströme (Simulation) und den Wegfall von ca. 33 % der Parkplätze darstellt.*
- 2) *Die noch offenen Untersuchungen sind abzuschließen.*
- 3) *Frühzeitige Einbeziehung der Porzer Bürger in Form öffentlicher Bürgerinformationen.*
- 4) *Die Anregungen der Bürger sind in die Planungen einzubeziehen.*

Die Ergebnisse der Untersuchungen und der Bürgerinformationen sind dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Porz zur weiteren Beratung vorzulegen.

- *Für die Führung des Radverkehrs in Nord-Süd- und Süd-Nord-Richtung wird ergänzend zu den geplanten Schutzstreifen eine Route über das Friedrich-Ebert-Ufer (beginnend an der Kölner Straße bis zur Hauptstraße in Höhe der Hausnr. 334) ausgewiesen und so weit notwendig ertüchtigt.*
- *Im Benehmen mit dem Fahrradbeauftragten ist zu prüfen, ob in der Unterführung eine Lösung für Radfahrer mit Radstreifen oder Schutzstreifen möglich ist.*

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, die Finanzierung für die Umbaumaßnahme einzuplanen und sicherzustellen.

Sachstand:

Der Vorentwurf wird derzeit erarbeitet und soll dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Porz Ende 2012 bzw. Anfang 2013 zur Prüfung und Beratung vorgelegt werden.

4.13 MÜLHEIM 2020, Flaniermeile Frankfurter Straße 4147/2011

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung die vorgelegte Entwurfsplanung (Anlagen 1 – 3 und Anlage 4 Lösung 1) in einer Bürgerinformation vorzustellen und dabei die Grundstückseigentümer über die entstehenden Straßenbaubeiträgen (KAG) zu informieren.

Weiterhin beschließt der Verkehrsausschuss die Vergabe der Planung der Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung).

Bei den weiteren Planungen ist folgendes zu berücksichtigen:

- *Die Fahrbahnbreite wird außer zwischen Graf-Adolf-Str. und Bahnhof auf max. 8.50m festgelegt.*
- *-Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in Höhe der Glücksburgstr. ein zusätzlicher Fußgängerüberweg angelegt werden kann.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, detaillierte Phasenabläufe bei der Einrichtung von Diagonalquerungen von Fußgängern („Allgrün“) bei den drei ampelgestützten Kreuzungen darzustellen und die Anzahl der Fußgänger zu ermitteln.*
- *Alle nötigen Querungshilfen sollen max. 2m breit sein.*
- *Damit es für die Busse keinen Rückstau gibt, soll das Linksabbiegen aus der Frankfurter Straße in die Fürstenbergstr. unterbunden werden.*

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Ausführungsplanung die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 57.000,00 € im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-9- 5530 „MÜLHEIM 2020 – Frankfurter Straße“, Die Freigabe erfolgt aus im Haushaltsplan 2011 veranschlagten Auszahlungsermächtigungen, die in 2011 nicht vollständig in Anspruch genommen wurden und zur Fortführung der Maßnahme daher ins Haushaltsjahr 2012 übertragen werden.

Sachstand:

Die Bürgerinformationsveranstaltung hat am 24.05.2012 stattgefunden, die Vergabe der Ausführungsplanung erfolgte im Juli 2012.

**4.14 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung der Vergabe für den Zeitvertrag über die Lieferung und Montage von Stahlrohrgeländern
4288/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Reparatur, Instandsetzung und Erweiterung von Stahlrohrgeländern fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Der Zeitvertrag wurde für die Zeit vom 15.07.2012 bis zum 14.07.2014 vergeben. Der Beschluss ist somit erledigt.

**4.16 Bedarfsfeststellung für die Vergabe von Planungsleistungen für das Rasengleis Cäcilienstraße
4711/2011**

Beschluss

Der Verkehrsausschuss stimmt der Vergabe der Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-4 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure für das Rasengleis Cäcilienstraße zu.

Sachstand:

Die KVB führt derzeit die Angebotsabfrage durch.

**4.17 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens;
Beschluss zur Gestaltung der Straßen- und Gehwegsflächen auf der
Brücke
4729/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Planung zur Oberflächengestaltung des Brückenbauwerks über den Perlengraben mit der Errichtung eines unsignalisierten Fußgängerüberwegs im Bereich einer Straßeneinengung zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Planung.

Sachstand:

Die vorgelegte Planung zur Oberflächengestaltung war Bestandteil der Ausschreibung zum Neubau des Brückenbauwerks zur Überquerung des Perlengrabens und wird im Zuge der Umsetzung berücksichtigt. Der Auftrag an die Baufirma wurde im April 2012 erteilt. Die Maßnahme befindet sich zurzeit in der Ausführung.

**4.18 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Wartung und Reinigung von Schlinggruben
4767/2011****Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf bezüglich eines Zeitvertrages über die Reinigung und Wartung von Schlinggruben fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Submission fand am 16.04.2012 statt und blieb ohne Bieter. Eine erneute beschränkte Ausschreibung wird vorbereitet.

**4.19 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Absperrpfosten Modell Köln, Agnes, Agnes II oder glw. für die städtischen Bauhöfe
4770/2011****Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag über die Lieferung von Pfosten Modell Köln, Agnes, Agnes II oder gleichwertig für die städtischen Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Submission ist bereits erfolgt. Vor der Vergabe wurden Muster der Absperrpfosten angefordert, die noch begutachtet werden.

4.21 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Abfallentsorgung von den Bauhöfen 0089/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag über die Abfallentsorgung für die städtischen Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Submission fand am 25.06.2012 statt; der Beschluss ist erledigt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011 1350/2011

Beschluss (Rat am 14.02.2012:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung zur Umrüstung der Haltestelle Barbarossaplatz (Teilhaltestelle der Linien 16 und 18) auf eine Bahnsteighöhe von 90 cm über Schienenoberkante aufzunehmen, die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Die Pläne der Bahnsteiganhebung sind dem Verkehrsausschuss vor der Beantragung des Genehmigungsverfahrens noch einmal vorzustellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 87.556,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6304 Barbarossapl.- Umsetz. Niederflurkonzept, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Zusätzlich sollen Möglichkeiten eines Mittelbahnsteiges geprüft werden. Die Planungen sind jeweils der BV vorzustellen.

Sachstand:

Die abschließende Prüfung und Beurteilung der Varianten (Mittelbahnsteig, Seitenbahnsteige) ist derzeit in Bearbeitung. Die Ergebnisse werden im Anschluss daran den Gremien vorgestellt.

**5.6 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0072/2012**

Beschluss (Rat am 27.03.2012):

Der Rat beschließt den Erlass der 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Die Satzung wurde im Amtsblatt vom 18.04.2012, S.410 veröffentlicht. Das Satzungsverfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

23. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 13.03.2012

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Deckensanierung und Schulwegsicherung mit Fußgängerüberwegen und Buscap auf der Godorfer Hauptstraße zwischen "Bunsenstraße" und "Im Vogelsang" in Köln-Godorf 0239/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Vollausbau des Teilbereichs der Godorfer Hauptstraße/Ecke Bunsenstraße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Genehmigungsplanung wird zurzeit erstellt. Parallel dazu wird die Ausschreibung vorbereitet.

4.8 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Bedarfsfeststellung für die externe Vergabe der Projektsteuerung 0617/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Vergabe der Leistungen der Projektsteuerung für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von ca. 1 Mio. € fest und beauftragt die Verwaltung, die Leistungen auf Grundlage des entsprechenden VOF-Verfahrens zu beauftragen.

Sachstand:

Die Leistungen der Projektsteuerung wurden am 30.03.2012 beauftragt. Der Beschluss ist somit erledigt.

4.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Zoobrücke Baulose Z1, Z2 und D Durchführung einer objektbezogenen Schadensanalyse 0534/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Durchführung einer objektbezogenen Schadensanalyse an der Zoobrücke mit Gesamtkosten in Höhe von 559.300,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die benötigten Mittel in Höhe von 559.300,00 Euro sind im Haushaltsplanentwurf 2012 einschließlich Mittelfristplanung bis 2015 im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Sachstand:

Nach erfolgter, aber bieterloser Ausschreibung wird derzeit die Neuausschreibung vorbereitet.

4.10 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Bedarfsfeststellung für eine externe Personalbeistellung in der Abteilung Unterhaltung beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau 0655/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Beauftragung externer Personalgestellung für zwei Bauingenieure / Bauingenieurinnen für die Abteilung Bauunterhaltung beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau für zunächst sechs Monate fest und stimmt der Beauftragung eines externen Ingenieurbüros zu. Für den Fall, dass die Belastungs- und Personalsituation des Sachgebietes nach Ablauf der sechsmonatigen Beauftragung unverändert ist, stellt der Verkehrsausschuss hiermit den Bedarf für die Beauftragung der externen Personalgestellung für weitere drei Monate fest und stimmt der Verlängerung der Beauftragung zu.

Der voraussichtliche Aufwand für einen sechsmonatigen Einsatz von zwei Ingenieuren / Ingenieurinnen mit entsprechenden Qualifikationen beträgt rund 150.000,00 EURO (rund 225.000,00 EURO bei neun Monaten). Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2012 zur Verfügung.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt.

Sachstand:

Der Personalbedarf ist seit 20.8.2012 in der Abteilung Bauwerksunterhaltung, Bereich Sanierung der Straßentunnel gedeckt; der Beschluss ist erledigt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht 0701/2012

Beschluss Rat am 27.03.2012):

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungs-unschädlichen Baubeginns - zur Wahrung eines fristgerechten Baubeginns Bauaufträge inklusive der zugehörigen Ingenieurleistungen für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße ohne rechtskräftiges Baurecht nach Personenbeförderungsgesetz zu vergeben.

Sachstand:

Der Umbau der Haltestelle Liebigstraße hat im Mai 2012 begonnen; dieser Beschluss ist somit erledigt. Zum Umbau der Haltestelle im Übrigen wird künftig im Rahmen des Ratsbeschlusses vom 24.11.2011, TOP 5.3 berichtet.

5.6 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0672/2012

Beschluss (Rat am 15.05.2012):

Der Rat beschließt den Erlass der 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Die Satzung wurde im Amtsblatt vom 20.06.2012, S.602 f veröffentlicht. Das Satzungsverfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

24. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 08.05.2012

- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 3.1 Einrichtung eines Kreisverkehrs im Bereich Vingster Ring/Alter Deutzer Postweg in Köln-Vingst
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 20.10.2011, TOP 7.1
0723/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung eine Planung für einen Kreisverkehr im Bereich des Knotenpunkts Alter Deutzer Postweg/Vingster Ring zu erstellen.

Der Verkehrsausschuss stimmt der externen Vergabe der Straßenbauplanung zu.

Sachstand:

Der Planungsauftrag wird im Anschluss an den Ausbau des Alten Deutzer Postweges erteilt.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.5 Umplanung der Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk
4702/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis der vorgelegten Lagepläne (Anlagen 1- 5) mit der Erstellung der Ausführungsplanung für die Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk.

Als Ergebnis aus dem Fachgespräch zwischen der Verwaltung und der Bezirksvertretung Kalk sind hierbei folgende Punkte zu berücksichtigen:

- *Erstellung eines Zeitplans für die nachfolgenden Maßnahmen und die Umsetzung der Planung;*
- *Beteiligung des Marktamtes am Planungsprozess;*
- *Beteiligung der Geschäftsleute und der Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Köln-Kalk zur Festlegung möglicher Standorte für die Erweiterung der Außenrestaurants und zur Einrichtung von Ladezonen;*
- *„Entrümpelung“ des Straßenmobiliars vor Beginn der Umbau- und Markierungsarbeiten;*
- *Durchführung von zwei Informationsständen auf der Kalker Hauptstraße in Höhe*

Kalk Post und Bezirksrathaus Kalk zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit über die vorgesehenen Maßnahmen.

Die fertige Ausführungsplanung ist der Bezirksvertretung Kalk vorzustellen.

Unabhängig von den genannten Punkten wird die Verwaltung beauftragt, detailliert zu untersuchen, ob eine Abbindung der Vietorstraße ab der Kalker Hauptstraße in nördlicher Richtung bis in Höhe der ersten Grundstückszufahrt in der Vietorstraße möglich ist, um die dann freiwerdende Straßenfläche als kleine Platzfläche zu nutzen und damit auch den starken Fußgängerverkehr, der die Vietorstraße in diesem Bereich überquert, zukünftig besser zu führen.

Sachstand:

Eine positive Stellungnahme des Marktamtes zu der geplanten Umgestaltung der Kalker Hauptstraße liegt dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik vor. Derzeit erfolgt mit der ISG die Abstimmung über mögliche Standorte für Ladezonen und Außenrestaurants. Die noch offenen Punkte erfolgen nach Abschluss dieser Abstimmungen.

**4.8 Planungsbeschluss für die straßenbaulichen und lichtsignaltechnischen Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit am Knotenpunkt Frankfurter Straße/Rösrather Straße
0187/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer *Entwurfsplanung* von straßenbaulichen und lichtsignaltechnischen Maßnahmen am Knotenpunkt Frankfurter Straße/Rösrather Straße. *Anhand einer Mikrosimulation ist nachzuweisen, dass sich die Leistungsfähigkeit des Knotens durch diese Maßnahmen erhöhen lässt.* Als Grundlage der *Entwurfsplanung* dient hierbei das vorliegende Gutachten der Ingenieurgesellschaft Dr. Brenner. Mit der Entwurfsplanung soll ebenfalls ein externes Ingenieurbüro beauftragt werden.

Bei der Erstellung der Entwurfsplanung und Simulationsuntersuchung ist u.a. Folgendes zu berücksichtigen:

- Einbeziehung der Straße Alter Deutzer Postweg als Umgehungsstraße für die Verkehre, die die Frankfurter Straße aus südöstlicher Richtung befahren und als Fahrtziel u. a. die westlichen Stadtteile Vingst und Humboldt/Gremberg haben; für diesen Fall ist insbesondere die Ertüchtigung der Linksabbiegemöglichkeit von der Frankfurter Straße (aus Fahrtrichtung Porz) in die Straße Alter Deutzer Postweg zu prüfen, da die Abbiegemöglichkeit von der Frankfurter Straße nach links in die Ostheimer Straße entfallen soll;
- Wirksame Unterbindung von Schleichverkehren durch die Saarsiedlung;
- Optimierung für Radfahrer und Fußgänger am Knotenpunkt Frankfurter Straße/Rösrather Straße;

- Barrierefreie und sehbehindertengerechte Ausstattung des Knotenpunktes;
- Beibehaltung der Abhängigkeiten zwischen der Lichtsignalanlage und der Bahn-anlage;
- Möglichkeit einer Taktverdichtung der Straßenbahnlinie 9 in den Verkehrsspitzenzeiten aufgrund eines ansteigenden Fahrgastaufkommens durch die zukünftigen Bewohner des Waldbadviertels.

Die fertige Entwurfsplanung und die Ergebnisse der Mikrosimulation sind den *zuständigen Gremien* vor einer weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Weiterhin bittet der Verkehrsausschuss die Verwaltung, die nachfolgenden Anregungen und Bedenken der Bezirksvertretung Porz zu berücksichtigen:

„Die vorliegende zusammenfassende Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Frankfurter Straße/Rösrather Straße u.a. durch den Wegfall der Linksabbiegerbeziehung von der Frankfurter Straße zur Ostheimerstraße erreicht werden kann. Die alternative Wegebeziehung führt über den Alten Deutzer Postweg zum Vingster Ring, so dass der Wegfall der o.g. Linkabbiegerbeziehung zu einer Erhöhung der Verkehrsbelastung auf dieser Tangente führt.

Die Bezirksvertretung Porz verschließt sich dieser Verkehrsverlagerung nicht grundsätzlich, hält allerdings vor dem Hintergrund weiterer Ansiedlungspläne im Gewerbegebiet „Airport Business Park“ entlang des Alten Deutzer Postweges in Porz-Gremberghoven, einen Ausbau des Alten Deutzer Postweges im Abschnitt zwischen Frankfurter Straße und Vingster Ring für unausweichlich, um der zunehmenden Verkehrsbelastung gerecht zu werden.

Daher erneuert die Bezirksvertretung Porz Ihren Beschluss vom 27.09.2011 und bittet den Verkehrsausschuss die Verwaltung zu beauftragen ein umfassendes Verkehrskonzept für den gesamten Bereich Gremberghoven/Ostheim unter Einbeziehung des erweiterten Autobahnkreuzes Gremberg mit den Tangenten Vingster Ring und Porzer Ringstraße zu erstellen.

In diesem Verkehrskonzept sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- 1.) *Verkehre aus und in das Gewerbegebiet Airport-Business-Park, inklusive zukünftige Verkehre*
- 2.) *Verkehre des Gewerbegebietes Hansstraße-Nord*
- 3.) *Verkehre des Gewerbegebietes Hansestraße-Süd, unter Annahme dass im Bereich der 187.Änderung des FNP mehrheitlich Speditionsverkehr stattfinden wird.*
- 4.) *Verkehre des Gewerbegebietes Rath/Heumar (Wikingerstraße).*
- 5.) *Verkehrssituation im Bereich Rösrather Straße / Frankfurter Straße / Ostheimer Straße*
- 6.) *Anschlussstelle Gremberghoven der BAB559*
- 7.) *Anschlussstelle Rath / Heumar (BAB59)*

- 8.) *Verkehre Maarhäuser Weg, Eiler Straße, Rösrather Straße in Richtung Anschlussstelle Königsforst der BAB3*
- 9.) *Verkehrsknotenpunkt Hochkreuz (Frankfurter Str. / Maarhäuser Weg / Steinstraße)*
- 10.) *Verkehre aus dem Gewerbegebiet Robert-Diesel-Straße über Theodor-Heuss-Straße / Frankfurter Straße*
- 11.) *Verkehre aus dem Gewerbegebiet Humboldtstraße (REWE, KHD) über Theodor-Heuss-Straße und Steinstraße*
- 12.) *Verkehre aus dem geplanten Bebauungsgebiet Langendahlweg*
- 13.) *Berücksichtigung einer Führung von Verkehren über den Alten Deutzer Postweg, Vingster Ring, Gremberger Ring und Porzer Ringstraße*
- 14.) *Berücksichtigung der geänderten Rechtsprechung zur Genehmigung von Buslinien im Fernverkehr; Aufhebung der Monopolstellung des Schienenverkehrs*

Insbesondere in der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Alten Deutzer Postweges mit seiner unmittelbaren Anbindung an das Autobahnkreuz Gremberg sowie einer hindernisfreien Verkehrsführung über die Porzer Ringstraße sieht die Bezirksvertretung Porz noch erhebliche Potentiale, um die Verkehrssituation im Porzer Norden sowie im Bereich Ostheim erheblich zu verbessern.

Dabei sollte auch die Trassenverlagerung des Alten Deutzer Postweges zwischen Frankfurter Straße und Autobahnbrücke Alter Deutzer Postweg im Bereich des Stadtbezirks Kalk im Sinne einer Begradigung mit einbezogen werden, um eine möglichst schnelle und unmittelbare Verbindung zum Vingster Ring und damit zum Autobahnkreuz Gremberghoven zu schaffen.

Sachstand:

Die Vergabe für die geforderte ergänzende Verkehrsuntersuchung ist in Bearbeitung.

- 4.10**
- 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 40 Parkscheinautomaten**
 - 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0498/2012**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Beschaffung von 40 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 160.000 € bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Sachstand:

Nach Abschluss des Vergabeverfahrens wurden die Parkscheinautomaten zwischenzeitlich geliefert. Das Verfahren ist damit abgeschlossen und der Beschluss erledigt.

4.11 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Straßenabläufe 0623/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für einen Zeitvertrag über Reparatur, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßenentwässerungseinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Der Vorgang befindet sich im Vergabeverfahren.

4.12 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Absperrpfosten, Rohrpfosten, Aufsteckrohren und Rohrrahmen 0624/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag über die Lieferung von Absperrpfosten, Rohrpfosten, Aufsteckrohren und Rohrrahmen für die städtischen Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Der Vorgang befindet sich im Vergabeverfahren.

**4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Schutz- und Leiteinrichtungen
0802/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Reparatur, Instandsetzung und Erneuerung von Schutz- und Leiteinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Der Vorgang befindet sich im Vergabeverfahren.

**4.15 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Umrüstung der TEU (Traffic Eye Universal) Messstellen auf das Übertragungsverfahren GPRS (General Packet Radio Service)
0904/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Umrüstung der TEU Messstellen und der Detektorzentrale auf das Übertragungsverfahren GPRS fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Finanzierung ist gesichert. Die Vergabe wird nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung eingeleitet.

**4.16 Bedarfsfeststellung für die externe Vergabe der Leistung "Erstellung von Gesamtsicherheitskonzepten für 20 weitere Straßentunnel" nach den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln
RABT 2006
1057/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Beauftragung externer Leistungen zur Erstellung von Gesamtsicherheitskonzepten für 20 Kölner Straßentunnel nach der RABT 2006 fest.

Die Kostenschätzung für die Leistungen beträgt rund 175.000,00 €. Die Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2012, Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn,

ÖPNV, - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2012 zur Verfügung.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt.

Sachstand:

Die Dienstleistung befindet sich in der Beauftragung. Die Bearbeitung wird ca. ein Jahr in Anspruch nehmen.

**4.17 Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau
Instandsetzung der Steinschüttungen im Bereich der linksrheinischen und rechtsrheinischen Ufermauern und Böschungen, sowie an den Rheinstrompfeilern und am Fühlinger See
1242/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Steinschüttungen im Bereich der linksrheinische und rechtsrheinische Ufermauern und Böschungen, sowie an den Rheinstrompfeilern und am Fühlinger See zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 873.000,00 EURO. Die voraussichtlich benötigten Mittel in Höhe von 180.000,00 EURO für das Haushaltsjahr 2012 sind im Haushaltsplanentwurf 2012 berücksichtigt. Die benötigten Mittel für den Zeitraum 2013-2015 werden im Rahmen der zukünftigen Haushaltsplananmeldungen in der Mittelfristplanung bis 2015 im Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt. Die Realisierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushalts.

Die Vorschriften des § 82 GO NW zur vorläufigen Haushaltsführung sind erfüllt.

Sachstand:

Die Leistungen sind ausgeschrieben. Die Submission wird im Herbst 2012 stattfinden.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0672/2012**

Beschluss (Rat am 15.05.2012):

Der Rat beschließt den Erlass der 222. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Zurzeit läuft das Verfahren zur Bekanntmachung im Amtsblatt.

**5.3 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0971/2012**

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

Der Rat beschließt den Erlass der 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Zurzeit läuft das Verfahren zur Bekanntmachung im Amtsblatt.

**5.4 Resolution: Ausbau des Eisenbahnknotens Köln in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen
1358/2012**

Beschluss Rat am 15.05.2012):

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung NRW auf, den Ausbau des Eisenbahnknotens Kölns bei der Bundesregierung prioritär als Maßnahme mit vordringlichem Bedarf für den 2015 neu aufzulegenden Bundesverkehrswegeplan zu beantragen und die Bundesregierung zu bitten, die relevanten Maßnahmen des Güter- und Fernverkehrs im Knoten Köln im Rahmen des Anmeldeverfahrens positiv zu begleiten.

Sachstand:

Der Beschluss des Rates wurde mit Schreiben vom 22.05.2012 an den Zweckverband Nahverkehr Rheinland weitergeleitet, der gleich lautende Beschlüsse im ge-

samten Verbandsgebiet eingeholt hat und zur Unterstützung der beantragten Maßnahmen beim Land einreichen wird. Zudem wurde im Rahmen der Initiative Metropolregion Rheinland erfolgreich um Zustimmung der Kreise und Gemeinden im Rheinland zu dem vom NVR und der DB Netz ausgearbeiteten Bahnknoten-Gutachten geworben: Das Maßnahmenpaket des Bahnknotens Köln ist in der gemeinsam auf Verwaltungsebene abgestimmten Maßnahmenliste zur Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan an dritter Position enthalten. Diese Maßnahmenliste wird dem Verkehrsausschuss zur Septembersitzung vorgelegt.

25. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, den 14.06.2012

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Barrierefreie Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Neusser Str./Gürtel hier: Wiedervorlage der Straßenplanung gemäß Baubeschluss vom 07.10.2010 5461/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung für die Straßenraumanpassung, die sowohl im Zusammenhang mit der Aufzugsnachrüstung der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel als auch mit den erforderlichen Verbesserungen zur barrierefreien Busverknüpfung stehen gemäß der vorgelegten Planung zu Variante 3 bis zur Ausschreibung vorzubereiten sowie die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen.

Die Barrierefreiheit des Verknüpfungspunktes inklusive aller Bushaltestellen ist bei dieser Lösung weitestgehend zu gewährleisten.

Zur Gewährleistung der Buslinienführung ist die Einrichtung einer Linksabbiegespur für Busse von der Friedrich-Karl-Straße in die Neusser Straße vorzusehen und baulich umzusetzen.

Sachstand:

Die Entwurfs- und Ausführungsplanung zu der Variante 3 wird von der Verwaltung weiter bearbeitet. Aufbauend auf den bereits beim Zuschussgeber eingereichten Programmantrag wird die Verwaltung ergänzend den Finanzierungsantrag erstellen. Es ist vorgesehen, den Finanzierungsantrag noch in diesem Jahr beim Zuschussgeber einzureichen.

Die Planung für die Buslinienführung von der Friedrich-Karl-Straße in die Neusser Straße ist abgeschlossen. Derzeit bereitet die Verwaltung die weiteren Schritte für die Bauausführung zu den straßenbaulichen und lichtsignaltechnischen Änderungsarbeiten vor. Es ist geplant in den Herbstferien 2012 mit dem Ausbau zu beginnen.

4.4 Verkehrserschließung für das Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Ehrenfeld 3655/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung das notwendige Planfeststellungsverfahren für die Verkehrserschließung für das Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Ehrenfeld bei der Bezirksregierung Köln auf der Grundlage der Planvariante 4

des Verkehrsgutachtens mit der Anbindung der Stolberger Straße als $\frac{3}{4}$ Anschluss an die Militärringstraße, dem Knoten Vitalisstraße/Stolberger Straße als Kreisverkehr, die Rampenanbindung von der Militärringstraße an die Aachener Straße und die Anpassung der Aachener Straße zu beantragen.

Um einen Eingriff in die Böschungsvegetation zu vermeiden, wird die Zufahrt von der Militärringstraße auf die Stolberger Straße nicht verlängert und in ihrer heutigen Dimension so belassen.

Sachstand:

Entsprechend des Beschlusses wird die Planunterlage vom Ingenieurbüro Skribbe-Jansen GmbH geändert. Gleichzeitig wird der Landschaftpflegerische Begleitplan und die Entwässerung angeglichen. Die geänderte Planunterlage muss dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, als Baulastträger der Militärringstraße zur Abstimmung vorgelegt werden.

**4.5 Planungsbeschluss zur Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes in Köln-Altstadt/Nord
5209/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Gestaltungsplanung zu und beauftragt die Verwaltung, die Ausführungsplanung zu erstellen. *Die Verwaltung wird gebeten, hierbei die Absperrvorrichtungen für die Lüftungsbauwerke so dezent wie möglich zu gestalten und zudem das Pflaster im Bereich der Hotelvorfahrt in Verbundbauweise zu verlegen.*

Sachstand:

Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik, zuständig für die Ausführungsplanung, wird voraussichtlich im 4. Quartal 2012 mit der Planung beginnen.

Sobald die Planung mit den gewünschten Maßnahmen vorliegt, wird diese dem Ausschuss vorgelegt.

**4.6 1. Neubau und Sanierung von Schilderbrücken nach DIN 1076 für die Hinweisbeschilderung im öffentlichen Straßenland
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes,
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-0100 Straßenbauliche und verkehrstechnische Maßnahmen unter
100.000 €
1117/2012**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf der Erneuerung bzw. Sanierung der Schilderbrücken für die Hinweisbeschilderung im öffentlichen Straßenland auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung durch Einzelaufträge. Hierbei ist das städtische Rechnungsprüfungsamt zu beteiligen.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 500.000 € (davon 350.000 € Kassenmittel und 150.000 € Verpflichtungsermächtigungen) bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0100, Straßenbauliche und verkehrstechnische Maßnahmen unter 100.000 €, Teilplanzeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW.

Sachstand:

Die Verwaltung stellt zur Zeit anhand der Prüfberichte eine Prioritätenliste für die zu erneuernden bzw. instand zu setzenden Schilderbrücken und Kragarme zusammen. Je nach Zustand bzw. Gefährdungsgrad werden die Bauwerke anschließend abgearbeitet. Im Einzelfall wird auch jeweils die Möglichkeit geprüft, die Schilderbrücke oder den Ausleger alternativ durch einen seitlichen Aufsteller zu ersetzen.

- 4.8**
- 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 130 Parkscheinautomaten**
 - 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
1433/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Beschaffung von 130 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 650.000 € bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2012.

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Sachstand:

Das Vergabeverfahren (EU-weites offenes Verfahren) wurde durch die Verwaltung eingeleitet.

4.9 RadRegionRheinland; Umsetzung der Wegweisung 1313/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, unter Vorbehalt der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt mit der Umsetzung der Maßnahme. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet.

4.10 Erneuerung des Kölner Verkehrsrechnersystems 1899/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung des Kölner Verkehrsrechnersystems fest und beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung der Detailplanung und eines Pflichtenheftes zur vorliegenden gutachterlichen Empfehlung.

Sachstand:

Der Beschluss wird derzeit bearbeitet.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.3 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1873/2012

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

Der Rat beschließt den Erlass der 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Sachstand:

Zurzeit läuft das Verfahren zur Bekanntmachung im Amtsblatt.

**5.5 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln;
hier: Buserschließung Kalk-West/Odysseum und Dillenburger Straße
1370/2012**

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

1. Die Bezirksvertretung Kalk bittet den Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Erschließung der Bereiche Kalk-West/Odysseum und Dillenburger Straße in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben durch eine Verlängerung der Buslinie 150 ab dem Fahrplanwechsel Dezember 2012 zu gewährleisten mit der Maßgabe,

- dass die Linienführung nicht im Bereich Dillenburger Straße/Kapellenstraße (Kreisverkehr) endet, sondern die Linienführung wie folgt erweitert wird: Dillenburger Straße – Christian-Sünner-Straße - Heinrich-Bützler-Straße – Kapellenstraße – und dann wieder auf die Dillenburger Straße in westlicher Richtung.

Die erforderlichen Haltestellen sind zunächst provisorisch einzurichten. Der Bau von barrierefreien Haltestellen ist umgehend zu planen und schnellstmöglich umzusetzen. Die Finanzierung soll aus Mitteln der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 (2) ÖPNVG NRW erfolgen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus der neuen Linienführung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbau- steine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetrieb- nahme der neuen Linienführung.

2. Nach Inbetriebnahme der Weiterführung der Linie 150 ist zu prüfen, wie zur besse- ren Anbindung des bisher nicht ausreichend angebundenen nordöstlichen Bereiches von Vingst (vgl. dazu Vorlage Nr. 3264/2011) alle oder zumindest ein Teil der Fahr- ten der neuen Buslinie 150 über Kalk hinaus verlängert und über die Ostheimer Straße unter Einrichtung einer Haltestelle in Höhe der Kuthstraße/Oranienstraße bis in Höhe der Nobelstraße geführt werden können, wenn dies technisch möglich ist; für diesen Fall ist die verlängerte Linienführung in Richtung Vingst zum dann nächst- möglichen Zeitpunkt umzusetzen. Falls eine Umsetzung dieser Variante grundsätz- lich nicht möglich sein sollte, wird die Verwaltung aufgefordert, Alternativen zu prüfen und den Gremien vorzulegen.

Sachstand:

Die Umsetzung des Beschlusses zu 1.) wird derzeit vorbereitet und zum Fahrplan- wechsel Dezember 2012 erfolgen. Punkt 2 des Beschlusses wird entsprechend nach

Inbetriebnahme der Verlängerung abgearbeitet.

**5.7 Bocklemünd-Mengenich 2. Baustufe, Verlängerung der Stadtbahnlinie 3
hier: Einleitung eines Vergabeverfahrens für Rodungsarbeiten ohne
rechtskräftiges Baurecht
1880/2012**

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Wahrung eines fristgerechten Baubeginns ohne rechtskräftiges Baurecht nach Personenbeförderungsgesetz, das Vergabeverfahren für die Rodungsarbeiten im Zuge der Verlängerung der Linie 3 einzuleiten. Die Vergabe der Rodungsarbeiten erfolgt erst nach Vorlage des rechtskräftigen Baurechts und eines Baubeschlusses des Rates.

Sachstand:

Gemäß dem Beschluss wird die Ausschreibung der Rodungsarbeiten vorbereitet.

**5.9 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Nachtverkehr der Stadtbahnlinie 7 zwischen Köln und Frechen
2101/2012**

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

Der Rat beschließt, die Linie 7 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember im Nachtverkehr (freitags, samstags und vor Feiertagen) stündlich bis Frechen durchzubinden, sofern die Stadt Frechen zwei Drittel der entstehenden Mehrkosten übernimmt. Zur teilweisen finanziellen Kompensation wird die Buslinie 136 ihren Betrieb nach der Abfahrt um ca. 2.15 Uhr einstellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG umzusetzen und mit der Stadt Frechen bzw. dem Rhein-Erft-Kreis eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung zu treffen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus dem neuen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des erweiterten Angebots.

Sachstand:

Die Umsetzung des Beschlusses zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 wird derzeit vorbereitet. Eine Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Frechen befindet sich in

Abstimmung. Da der Rat der Stadt Frechen einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat, ist dies jedoch nur noch Formsache.

**5.11 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Zweite Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum "KVB-
Nachtverkehr" vom 26.05.2011
0104/2012**

Beschluss (Rat am 28.06.2012):

Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, die zweite Stufe des in der Anlage vorgestellten Konzeptes zur Weiterentwicklung des Nachtverkehrsangebotes in Köln mit Mehrleistungen auf den Stadtbahnlinien 1, 7, 15 und 18 unter Optimierung des bestehenden Rendezvous-Systems zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2012 umzusetzen. Auf Basis der künftigen Fahrgeldeinnahmen muss gegebenenfalls im Jahre 2013 über die Fortführung der Maßnahme entschieden werden.

Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Angebotsausweitung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Regelung.

Sachstand:

Die Umsetzung des Beschlusses zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 wird derzeit vorbereitet.